



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Master's Thesis

Ambivalente Affinitäten

Der Diskurs um die Krise der Demokratie
in der Spätmoderne

verfasst von / submitted by

Marion Stoeger, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the
degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Dr.in Brigitte Bargetz

The old languages of moral political vision and hope are no longer in sync with the world they were meant to describe and normatively criticize.

David Scott ([2004](#))

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1. Demokratie in Zeiten der multiplen Krise	3
1.2. Von sozialen Bewegungen inspirierte Theoriearbeit	5
1.3. Gliederung der Arbeit	7
2. Produktionsbedingungen von demokratischen Krisen	11
2.1. Selbstgesetzgebung eines sozial heterogenen Gemeinwesens	11
2.2. Gemeinschaft der Gleichen und Ungleichen	14
2.3. Unregierbarkeit im Spätkapitalismus	18
3. Postdemokratische Krisendiskurse	21
3.1. Nach dem Sieg der liberalen Demokratie	21
3.1.1. Aufkündigung des fordistisch-keynesianischen Klassenkompro- misses	21
3.1.2. Übersetzung sozialer in politische Ungleichheit	25
3.2. Demokratie ohne Demos	27
3.2.1. Demokratie als Verwaltungspraxis des „Fast-Nichts“	29
3.2.2. Besitzindividualismus als demokratischer common sense	34
3.2.3. Politik der Feindschaft	38
4. Demokratische Krisen in populistischen Zeiten	43
4.1. Populismus als essentieller Bestandteil demokratischer Diskurse	43
4.2. Populismus als Zeitgeist	45
4.3. Autoritärer Antipopulismus	49
5. Krise der Ungleichzeitigkeit	52
5.1. Refeudalisierung des Demokratiediskurses	52
5.1.1. Verrechtlichte Ausfilterung des demokratischen Willens	52
5.1.2. Widerstand gegen die Obrigkeit als demokratisches Imaginäre	55
5.2. Demokratie als prekäre Einschließung	57
5.2.1. Das nie einlösbare Versprechen der kommenden Demokratie	60

5.2.2. Sprachlos angesichts der Demokratisierung der Demokratie	64
6. Immaterielle Krise und Wert der Demokratie	69
6.1. Demokratie im Angesicht des Empires	69
6.2. Marktförmige Subjektivierungen	74
6.2.1. Valorisierung des Sozialen	77
6.2.2. Nicht-nachhaltige Demokratie	81
7. Conclusio	84
7.1. Dimensionen einer Krise	84
7.2. Ambivalente Affinitäten	88
Literaturverzeichnis	91
A. Anhang	101
A.1. Zusammenfassung	101
A.2. Abstract	102

1. Einleitung

Der Begriff von Demokratie, der dieser Arbeit zugrunde liegt, bezeichnet einerseits ein Regierungssystem moderner, kapitalistischer Gesellschaften und andererseits die Diskurse, welche sich seit dem 18. Jahrhundert von Europa ausgehend um diesen Begriff entwickelten. Trotz des universellen Anspruchs sowohl der Regierungsform, als auch der theoretischen Konzepte ist beiden Seiten von Demokratie der Provinzialismus ihres Entstehungskontextes konstitutiv eingeschrieben (Dhawan 2014, S. 49). Die bisher unentschiedene Frage ist, ob das demokratische Versprechen von Freiheit und Gleichheit tatsächlich die Achtung individueller Rechte und Selbstbestimmung aller als Möglichkeit in sich trägt oder nur einer geringen Zahl Begünstigter. Denn ein konstituierender Aspekt von Demokratie ist Ambivalenz. Die Proklamation einer neuen Gemeinschaft der Gleichen ging sowohl ideengeschichtlich, als auch institutionell mit der Definition der Nichtgleichen einher (Mbembe 2017, S. 36) und die schrittweise Ausweitung des demokratischen Prinzips wurde von jenen erkämpft, die von der Mitgestaltung ausgeschlossen waren (Eley 2002).

Der zweite zentrale Begriff dieser Arbeit ist jener der Krise. Ich begann die Auseinandersetzung mit der Krise der Demokratie unter dem Eindruck der Finanzmarktkrise von 2008¹, die sich zu einer globalen Wirtschaftskrise entwickelte. Als eine zentrale Krisenbearbeitungsstrategie verfolgte die Europäische Union die Senkung der Staatsverschuldung in den besonders stark durch die Krise betroffenen Ländern, was gerade in Südeuropa steigende Arbeitslosigkeit, Deflation, höhere Lebenserhaltungskosten und die Privatisierung öffentlicher Güter sowie Dienstleistungen nach sich zog. In Spanien ebenso wie in den USA führte ein rapider Konjunkturabschwung des Immobilienmarktes zu zahllosen Zwangsräumungen, welche die betroffenen Personen mit einer hohen Schuldenlast und teilweise obdachlos zurück ließen. In Bezug auf Spanien spricht Nikolai Huke (2017, S. 274) von Prozessen der Verelendung, sozialem Abstieg und Krisen der individuellen Selbstverwertung durch die umgesetzten Austeritätspolitiken.

Aber der neoliberale Umbau sozialstaatlicher Institutionen in europäischen Ländern begann nicht erst 2008, auch wenn dieser als Folge der Finanzmarkt- und Wirtschafts-

¹ Alle Jahresangaben in dieser Arbeit beziehen sich auf die Zeitrechnung des gregorianischen Kalenders.

krise nochmals an Geschwindigkeit gewann (Marchart 2017). Gerade „Osteuropa war durch den Systemwechsel zu einer Art Labor einer neoliberalen Wirtschaftsordnung geworden“ (Segert 2009, S. 122). Die nachhaltige Reduktion sozialstaatlicher Leistungen, wie sie in den südeuropäischen Staaten durch die Austeritätspolitiken nach 2008 rapide und in den westeuropäischen Staaten schon länger, wenn auch langsamer umgesetzt wird², fand in vielen Staaten Ostmitteleuropas bereits in den 1990er Jahren ihren Höhepunkt. Durch diese „Vorreiterrolle“ lassen sich in den ostmitteleuropäischen Staaten die konkreten Auswirkungen des Wandels der liberalen Demokratie, die durch einen Sozialstaat stabilisiert wurde (Krastev 2007b), beobachten. Die sozialen Konsequenzen sind trotz höheren gesamtgesellschaftlichen Wohlstands eine steigende soziale Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung, verfestigte Armut- und Privilegienvererbung sowie hohe Armutsgefährdung und Langzeitarbeitslosigkeit, die nur von kleinen Teilen der Bevölkerung durch Arbeits- und Pendelmigration abgemildert werden kann (Berend 2007; Jarosz 2012; Segert 2009)³.

Auch wenn der rapide Einbruch der Finanzmärkte in der medialen Öffentlichkeit als paradigmatisch für gegenwärtige wirtschaftliche Krisendynamiken analysiert und insbesondere auf die den Markt destabilisierenden Spekulationsgeschäfte fokussiert wurde, denke ich, dass die letzte Finanzmarktkrise nur als Teilaspekt einer „multiplen Krise“ zu sehen ist. Ulrich Brand beschreibt die multiple Krise als Ergebnis unserer fossilistisch-kapitalistischen und imperialen Produktions- sowie Lebensweise, die in den letzten dreißig Jahren mit der Herausbildung einer globalen neoliberalen Hegemonie einher ging (Brand 2009; Brand/Wissen 2017). Dabei wurde die kapitalistische Wettbewerbsorientierung zunehmend zum maßgeblichen Interaktionsmodus zwischen Staaten, dessen Ziel die Sicherstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit im globalen Finanzmarktkapitalismus ist. Diese Entwicklung geht mit einer institutionellen Absicherung des neoliberalen Wettbewerbsimperativs auf nationalen und transnationalen Governance-Ebenen einher und führt in Folge zu der Aushöhlung demokratischer Strukturen sowie einer Zunahme autoritärer Formen von Politik (Brand 2009, S. 2). Gleichzeitig stabilisieren sich global sehr ungleiche Konsummuster, wobei diese zu einer massiven Übernutzung natürlicher Ressourcen und Senken führen. Im globalen Maßstab haben die Folgen wie Klimawandel, Erosion biologischer Vielfalt und zunehmende Erschöpfung natürlicher Ressourcen stark unterschiedliche Konsequenzen, da vorwiegend Länder des globalen Nordens über die notwendige Infrastruktur und Macht verfügen, um die negativen bis lebensbedrohenden Aus-

² Mit Ausnahme von Großbritannien, wo diese Entwicklung während der Regierungszeit Margaret Thatchers schon in den 1980ern massive Auswirkungen zeigte.

³ Vergleiche diesbezüglich auch Stoeger (2013).

wirkungen für ihre Bevölkerungen abzuschwächen. Brand warnt vor einem möglichen Zivilisationsbruch, wenn die Allokation überlebensnotwendiger, begrenzter Ressourcen vorwiegend über einen kapitalistischen, hochgradig vermachteten Markt geschieht (ebd., S. 8).

1.1. Demokratie in Zeiten der multiplen Krise

Ausgehend von dieser wenig optimistisch stimmenden Einschätzung gegenwärtiger gesellschaftlicher Entwicklungen stellt sich zunehmend die Frage, ob demokratische Akteur_innen und Institutionen in ihrer bestehenden Form über Handlungsmöglichkeiten verfügen die multiple Krise zu bearbeiten oder ob sie durch diese selbst unter existentiellen Druck geraten. Auch in gegenwärtigen demokratischen Gesellschaften werden die Prinzipien der gleichen Teilnahme am politischen Prozess und Mitgestaltung der Zukunft des Gemeinwesens (Jörke 2005, S. 486) in einem Maße verletzt, dass nicht wenige Theoretiker_innen die Frage stellen, ob diese Gesellschaften überhaupt als demokratisch zu bezeichnen sind. Hierbei werden insbesondere drei Entwicklungen betont. Erstens lassen durch sinkende Wahlbeteiligung immer mehr Bürger_innen mit schwachen Ressourcen bezüglich Bildung, Einkommen und Status ihre Beteiligungsrechte ungenutzt (Segert 2008; Varga/Freyberg-Inan 2009). Zweitens schließen die hohen Hürden der Einbürgerung und die restriktive Migrationsgesetzgebung in Europa einen wachsenden Anteil der Wohnbevölkerung vom Wahlrecht aus (Valchars 2006). Der dritte Aspekt bezieht sich auf die Einbindung von national verfassten demokratischen Regierungssystemen in globale, postkoloniale Wirtschafts- und Governancestrukturen. Die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaften des globalen Nordens ist in einem hohen Maße von einem asymmetrischen Zugriff auf Ressourcen anderer Kontinente sowie der Externalisierung der ökologischen und sozialen Kosten ihrer Lebensweise abhängig (Lessenich 2016). Die Gestaltung der Zukunft des Gemeinwesens in postkolonialen Ländern ist in einem hohen Maße von den Konsumgewohnheiten der Bewohner_innen der Demokratien des globalen Nordens abhängig. Diese nicht selten gewaltsam durchgesetzten Abhängigkeitsverhältnisse unterlaufen die demokratische Norm der Selbstgesetzgebung, nach welcher die von kollektiven Entscheidungen Betroffenen auch deren Autor_innen sein sollen.

Die letzte Entwicklungen beschleunigte sich in den 1980er Jahren und läutete den Beginn der zweiten Phase moderner Gesellschaften ein. Die Geschichte moderner Gesellschaften kann in zwei Phasen unterteilt werden. Die erste Phase der industriellen Moderne umfasst die Entwicklung der fordistischen Industriegesellschaft ab Beginn des 20. Jahrhunderts. In den 1970er Jahre setzt ein grundlegender Strukturwandel der Produkti-

onsabläufe und Konsumgewohnheiten ein, der die zweite Phase der Moderne einleitete. Für diese Phase wurden mehrere Begriffe geprägt: Postmoderne durch Jean-François Lyotard, post-industrielle Gesellschaft durch Alain Touraine, Postfordismus durch Joachim Hirsch, reflexive Moderne durch Ulrich Beck und Spätmoderne durch Anthony Giddens. Unter Spätmoderne⁴ verstehe ich vorwiegend einen zeitlichen und keinen inneren Zusammenhang, da die sie prägenden Ereignisse und Entwicklungen in widersprüchlichen Verhältnissen zueinander stehen. So ist sie stark durch die neuen sozialen Bewegungen der 1970er Jahre geprägt, die zu einer Diversifizierung der Lebensentwürfe, Schwächung maskulinistischer Geschlechterverhältnisse, der Emanzipation rassistisch unterdrückter und subordinierter Gruppen und der Ausweitung sexueller Selbstbestimmung führten. Ein weiterer zentraler Aspekt sind die global sinkenden Lohnquoten und Durchschnittseinkommen bei steigender Ungleichverteilung von Vermögen, wobei sich in vielen postkolonialen Ländern neue Mittelschichten und eine Verbesserung der Lebenssituation der ressourcenschwächsten Bevölkerungsgruppen herausbildeten. In den 1990er Jahren führte der Systemwechsel in den staatssozialistischen Ländern nicht nur zu einem leichten Rückgang der globalen Rüstungsausgaben, die aktuell das Niveau des kalten Krieges auch schon wieder überstiegen haben, sondern beschleunigte auch eine Entwicklung, die in der bisher höchsten Zahl an Ländern resultierte, die demokratische Prozesse einführten. Seit 2005 nimmt die Zahl von Demokratien wieder leicht ab, während die Zahl autokratisch regierter Staaten steigt⁵.

Während der Kunstdiskurs die neuen sozialen Bewegungen bereits mit Anfang der 1980er Jahre in der Krise und durch den Slogan „No Future“ der Punkbewegung abgelöst sieht (Lütticken 2018), werden sie von vielen politikwissenschaftlichen Theoretiker_innen als Entstehungsorte neuer demokratischer Diskurse und Beteiligungsformen analysiert. Dabei fokussiert die politische Theorie vorwiegend auf ihren dezentralen Aufbau, die Ablehnung einer repräsentativen Logik und das Fehlen einer einheitlichen Ideologie. Diese Aspekte neuer sozialer Bewegungen evozieren die Erwartung nachhaltiger politischer Veränderung, da sie als Antwort auf die zunehmende Schwächung der repräsentativ-demokratischen Aspekte von Nationalstaaten (Altwater 2005, S. 198 f.) und als Entstehungsorte neuer demokratischer Beteiligungsformen jenseits der auf staatliche Strukturen ausgerichteten politischen Repräsentation (Lorey 2011b; Lorey 2013) gesehen werden. Wie Donatella della Porta und Mario Diani schreiben wird aus dem Blickwinkel von Demokratietheorien die Entwicklung neuer Konzepte von Demokratie als das we-

⁴ Ich verwende in dieser Arbeit den Begriff der Spätmoderne. Dieser wird vornehmlich von Theoretiker_innen verwendet, sie sich mit der Frage des sozialen Wandels auseinandersetzen. Ich halte diese Frage untrennbar mit jener nach der Krise der Demokratie verbunden.

⁵ Ich beziehe mich auf die Daten der NGO „Freedom House“.

sentliche, wenn nicht vorrangige Ziel sozialer Bewegungen erachtet (Della Porta/Diani 2006, S. 239). Della Porta sieht in den neuen sozialen Bewegungen die Nachfolgeorganisationen der Arbeiter_innenbewegung, die eine wichtige Akteurin im Kampf um die Ausweitung des Wahlrechts war. Die Institutionen und Organisationsform der Arbeiter_innenbewegung gerieten seit den 1970er Jahren sowohl durch die Entwicklung des Neoliberalismus und die Fragmentierung ihrer Basis unter Druck (Della Porta 2015, S. 158), als auch durch den kulturellen Wandel, der die Bedeutung kollektiver, umfassender Identitäten verringerte (ebd., S. 163). Ausgehend von dieser Sichtweise spiegeln neue soziale Bewegungen die Veränderungen der sozialen Basis einer Gesellschaft wider, da ihr Mobilisierungspotential selbst Ergebnis des sozialen Wandels ist.

1.2. Von sozialen Bewegungen inspirierte Theoriearbeit

Als im Jahr 2011 in Spanien und Griechenland große Demonstrationen und Platzbesetzungen stattfanden, entstand auch die Idee zu dieser Arbeit. Die Protestbewegungen verstanden sich in Bezugnahme auf den arabischen Frühling als europäischer Frühling und verbanden den Kampf gegen die Austeritätspolitiken mit dem Ruf nach einer Demokratisierung der Demokratie. Mich begann die Frage zu interessieren, welche Konzepte demokratischer Beteiligungsformen die Akteur_innen dieser Protestbewegungen sowohl für die eigene Organisation, als auch hinsichtlich gesellschaftlicher Entscheidungsfindungsprozesse diskutieren. Ich beschloss mich auf die Protestbewegung gegen Austeritätspolitiken und Abbau demokratischer Rechte in Spanien zu fokussieren, die 2011 mit den Platzbesetzungen der Bewegung 15M nachhaltiges Mobilisierungspotential entfaltete. Ihre zentralen Slogans waren „Democracia Real YA“⁶ und „No nos representan“⁷. Mein Forschungsinteresse galt dem als heterogen angenommenen Demokratieverständnis innerhalb der spanischen Protestbewegung und den artikulierten Alternativen zu der von der Bewegung selbst deklarierten Krise der repräsentativen Demokratie.

Allerdings verfolgte ich ein zweites, implizites Forschungsinteresse, das schlussendlich dazu führte, dass ich keine qualitative Arbeit über die „Artikulation demokratischer Alternativen in der spanischen Protestbewegung gegen Austeritätspolitiken“ schrieb. Nachdem ich mich im Zuge meines Studiums mit verschiedenen demokratietheoretischen Strömungen auseinandergesetzt hatte, verbinde ich mit dem Begriff Demokra-

⁶ Wirkliche Demokratie Jetzt!

⁷ Sie repräsentieren uns nicht.

tie sowohl eine spezifische Regierungsform und die ihr eigenen institutionellen Settings, als auch normative Gesellschaftstheorien. Diese beiden Aspekte sind zwar aufeinander bezogen, aber nicht deckungsgleich. Gerade aufgrund des sich daraus ergebenden Spannungsverhältnisses steht der Begriff Demokratie seit seiner Positivierung und Futurisierung (Buchstein 2004) im Zentrum des politischen Streits um eine erstrebenswerte Gesellschaftsordnung, welche für alle Menschen Freiheit von Willkür durch gleiche Teilnahmerechte an der Gestaltung des Gemeinwesens garantieren soll. Darin liegt meines Erachtens nach die normative Bedeutung des Begriffs Demokratie. Indem er auf der Vorstellung von bedingungslos universellen und egalitären Rechten beruht, kann mit Bezug auf ihn jede Form von Hierarchie und Ungleichheit in Frage gestellt werden. So kritisieren soziale, deliberative und partizipative Demokratietheorien insbesondere die Verletzung der egalitären Grundnorm. Dies geschieht durch die sehr ungleiche Verteilung sozialer, kultureller und ökonomischer Ressourcen, die für die gleichberechtigte Teilnahme am politischen Prozess notwendig sind, sowie die Konzentration politischer Gestaltungsmöglichkeiten in trans- und nationalen Governancessstrukturen. Radikale Demokratietheorien thematisieren insbesondere die Verletzung der Norm der Selbstgesetzgebung. Die gegenwärtige institutionelle und nationalstaatliche Verfasstheit von Demokratien sowie das Privateigentum an gesellschaftlich notwendigen Produktionsmitteln führen zu einer in überwiegendem Maße undemokratischen Reproduktion des Gemeinwesens.

Ich teile die Kritik sozialer, partizipativer und radikaler Demokratietheorien an den liberalen und elitären Demokratieschulen, sowie an realexistierenden Demokratien (Krashev 2007a, S. 63), empfinde aber die Analysen ihrer Vertreter_innen, wie eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft erreicht werden kann, teilweise für unbegründet optimistisch. Insofern hegte ich die implizite Erwartung in den Interviews mit Aktivist_innen der spanischen Protestbewegung neue und aus meiner Sicht belastbare Konzepte nicht nur zur Verteidigung bisher erreichter demokratischer Rechte im Kontext der multiplen Krise zu finden, sondern auch zur qualitativen und quantitativen Ausweitung dieser Rechte. Im Zuge der Auswertung der Interviews wurde mir aber bewusst, dass ich bisher noch keine Kriterien für nachhaltige demokratische Veränderung erarbeitet hatte. Insofern fehlten mir Kriterien zur Einschätzung der verschiedenen Konzepte hinsichtlich ihres Potentials eine Demokratisierung der Demokratie anzustoßen. Diese Kriterien ergeben sich meines Erachtens nach aus der Analyse jener Entwicklungen, welche eine Demokratisierung der Demokratie notwendig erscheinen lassen. Mein Forschungsinteresse verschob sich daher zu der Frage, welche Auswirkungen die multiple Krise auf demokratische Institutionen, Prozesse und Gemeinwesen in der Spätmoderne hat. Um mich einer möglichen Antwort anzunähern, versuche ich in dieser Arbeit einen Überblick darüber zu gewinnen, welche

Konzepte der Krise der Demokratie im akademischen Kontext seit Beginn der Spätmoderne diskutiert wurden und aktuell werden.

Damit wechselt mein Fokus jedoch zwischen verschiedenen sozialen Träger_innen des Demokratietheoretisierens (Buchstein/Jörke 2003, S. 480 f.). Buchstein und Jörke unterscheiden zwischen drei Akteur_innengruppen: Erstens politisch aktive Personen, deren Forderungen und Argumente im Zuge konkreter politischer Auseinandersetzungen für demokratiepolitisch relevant erachtet wurden, zweitens politisch engagierte Intellektuelle, die in politischen Forderungen eine Art Rohmaterial sehen, das sie durch Systematisierung und Kritik weiterentwickeln sowie drittens Intellektuelle, die ihre politischen Ambitionen zugunsten einer akademisch professionellen Beschäftigung in den Hintergrund haben rücken lassen. Durch den Wechsel meines Forschungsfokus beschäftige ich mich mit den Texten und Thesen der dritten Akteur_innengruppen. Im Rahmen meiner Interviews jedoch traf ich Personen aller drei Gruppen und erhielt in den Gesprächen einen geschärften Blick auf bereits gelesene Texte und Autor_innen. Aus eigener Erfahrung kenne ich soziale Bewegungen und politische Organisationen als Orte intensiver theoretischer Diskussionen, die sowohl durch Erfahrungen der Organisierung beeinflusst sind, diese aber auch beeinflussen. Ausgehend von meinen Interviewpartner_innen kann ich die von Alain Touraine beschriebene starke Differenzierung von Überzeugungen und Orientierungen in sozialen Bewegungen nur bestätigen (Touraine 1985). Dies ist auch der Grund, warum soziale Bewegungen Orte der Produktion vielschichtiger praxisbezogener politischer Theorien sind, die ich im Rahmen dieser Arbeit zu dokumentieren plante. Trotz des Scheiterns dieser anfänglichen Intention schärften die Interviews meinen Blick auf demokratische Theorien und halfen mir in den vielschichtigen Diskussionen um die Krise der Demokratie in der Spätmoderne einen roten Faden zu finden.

1.3. Gliederung der Arbeit

Diese Arbeit versammelt Analysen der Krise der Demokratie in der Spätmoderne. Ich beziehe mich dabei auf demokratietheoretische Ansätze, die entweder in der spanischen Protestbewegung ab 2011 breit rezipiert wurden oder ein demokratisches Imaginäre thematisieren, welches sich als diskursiver Bezugspunkt in den Aussagen der Aktivist_innen fand. Die heterogenen Konzepte demokratischer Krisendynamiken werden nicht chronologisch diskutiert, sondern versuchen jene Dimensionen der demokratischen Krise sichtbar zu machen, die als Kritik der gegenwärtigen Demokratie und Artikulation von Alternativen auch im Rahmen der Proteste gegen Austeritätspolitiken thematisiert wurden.

Allerdings skizziere ich diese Diskussionen nur in der Vorstellung der Gliederung der Arbeit (1.3), um den roten Faden sichtbar zu machen.

Den Einstieg bildet das Kapitel „Produktionsbedingungen von demokratischen Krisen“ (2). Ausgehend von der in den Interviews thematisierten Forderung nach sozialen Grundrechten, zeichnet dieses Kapitel die Entstehung von Demokratie in sozial segregierten, kapitalistischen Gesellschaften nach. Im ersten Abschnitt wird die von liberalen Demokratietheorien betonte Priorität von rechtsstaatlich garantierten negativen Freiheiten gegenüber Mitbestimmungsrechten als partikuläre Lösung des Konflikts zwischen dem Schutz privater Eigentumstitel und der Selbstgesetzgebung eines sozial heterogenen Gemeinwesens rekonstruiert (2.1). Das daraus resultierende Spannungsverhältnis zwischen sozialer Ungleichheit und politischer Gleichheit erwies sich als Motor der Demokratisierung, die maßgeblich von den sozial subordinierten Gesellschaftsschichten getragen wurde (2.2). Eine zeitweilige Einhegung dieses Konflikts gelang sozialstaatlich eingebetteten Demokratien, die für die späte Phase der industriellen Moderne charakteristisch sind. Anfang der 1970er Jahre wurde jedoch eine Krise dieser Regierungssysteme konstatiert, welche im Rückblick den Beginn der Spätmoderne kennzeichnet (2.3).

Das 3. Kapitel zeichnet den breit gefächerten Diskurs um den Begriff Postdemokratie nach. Der erste Abschnitt versammelt Theoretiker_innen, die der sozialen Demokratietheorie zugeordnet werden können (3.1), während im zweiten Teil die Krisendiskurse poststrukturalistischer Ansätze diskutiert werden, die insbesondere das Streben sozialdemokratischer Parteien nach konsensualer Politik für eine fortschreitende Entdemokratisierung verantwortlich machen (3.2). Die Problemanalyse der sozialen Demokratietheorie wurde als Kritik des gegenwärtigen spanischen Regierungssystems von vielen Aktivist_innen geteilt. Colin Crouch warnt vor einer Entwertung des Wahlrechts im Rahmen der neoliberalen Restrukturierung von demokratischen Regierungssystemen, da gerade jene Institutionen entmachtet werden, durch die lohnabhängige Bevölkerungsschichten Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen können (3.1.1). Dirk Jörke, Armin Schäfer, Claudia Ritzi und Dieter Segert thematisieren den parallel dazu beobachtbaren Rückzug armutsgefährdeter Schichten von der politische Teilhabe, der die Tendenz der Übersetzung von sozialer in politische Ungleichheit noch verschärft. Postdemokratie könnte sich durch die wachsende Partizipationsenthaltung seitens der Bürger_innen als stabiles, minimal demokratisches Regime erweisen, oder aber einen generellen Rückgang der Zustimmung zu demokratischen Regierungssystemen nach sich ziehen (3.1.2).

Die poststrukturalistische Deutung des Begriffs Postdemokratie wurde insbesondere in zwei Teilen der spanischen Protestbewegung rezipiert. So bezogen sich Aktivist_innen der als 15M bekannten Platzbesetzungen von 2011 auf Jacques Rancières Beschreibung

von Demokratie als Regierung der Beliebigen, die keinen Anspruch darauf haben zu regieren. Rancière beschreibt Postdemokratie als Subjektivierungsweise, die das Individuum als Mikrokosmos der Verwaltung des Fast-Nichts des Möglichen entwirft, die aber zwischen Wohlstand und Elend für alle entscheidet. Wenn nun das Versprechen der Steigerung des Genießens nicht eingehalten werden kann, so obliegt es den Individuen den ‚schlechten Körper‘ zu finden, der den Genuss verunmöglicht (3.2.1). Aktivist_innen der Partei Podemos hingegen folgten sowohl Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes Vorstellung einer radikalen Demokratie als egalitäres Imaginäre, auf das sich die politischen Kämpfe der Linken gegen eine liberalkonservative Hegemonie beziehen müsse (3.2.2), als auch ihrer Einschätzung von populistischer Artikulation als notwendigen Bestandteil demokratischer Diskurse (4.1).

Die zunehmende Bedeutung populistischer Krisendiskurse (4) und der medialen Zuteilung politischer Parteien in das Lager der Demokrat_innen oder der als demokratiegefährdend angesehenen Populist_innen betraf auch die Partei Podemos, die 2014 mit Referenz auf die 15M-Bewegung gegründet wurde. Cas Mudde beschreibt Populismus als Machtkampf zwischen einer verantwortungsvollen, liberalen und einer maßlosen, popularen Demokratie. Für Benjamin Moffitt stellt der populistische Zeitgeist eine durchaus avantgardistische Antwort auf die Anforderungen neuer Medientechnologien dar (4.2). Oliver Marchart hingegen warnt vor der autoritären Gefahr des antipopulistischen Diskurses, da dieser Alternativvorschläge zu einer neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik als Populismus denunziert und damit die Gefahr verschärft, dass diese nicht innerhalb des demokratischen Diskurses artikuliert werden, sondern gegen Demokratie als solche (4.3).

Das 5. Kapitel diskutiert radikaldemokratische Ansätze, welche die feudalen, kolonialen, disziplinierenden und hierarchisierenden Aspekte des demokratischen Imaginären zum Ausgangspunkt der Analyse demokratischer Krisen machen. Während sich die spanische Protestbewegung positiv auf den Begriff der ‚Souveränität der Vielen‘ bezieht und dabei an die rousseausche Figur der Volkssouveränität als Selbstgesetzgebung anschließt, verweist der liberale Populismusdiskurs zumeist auf die rechtskonservative Definition von Volkssouveränität, um diese unter Totalitätsverdacht zu stellen. Für Ingeborg Maus drückt sich darin eine Refeudalisierung des gegenwärtigen Demokratieverständnisses aus, welches die Idee der Volkssouveränität suspendiert und durch das Primat der guten Regierungsführung ersetzt (5.1). Die Durchstaatlichung der Gesellschaft mit Rechtsformen filtert den demokratischen Willen zunehmend aus (5.1.1), während der Gestaltungsanspruch der Selbstgesetzgebung durch die Neudefinition von Demokratie als Widerstandshandlung aufgegeben wird (5.1.2).

Feministische und postkoloniale Theoretiker_innen wie Judith Butler, Nikita Dhanwan, Isabell Lorey und Birgit Sauer hingegen thematisieren die auf Gewalt und Unterwerfung aufbauende Dimension der republikanischen Idee (5.2). Auch in der spanischen Bewegung wurde der Frage nicht-exkludierender Organisation und Repräsentation viel Raum gegeben. Insbesondere Aktivist_innen der PAH, die auf Basis von Selbstorganisation seit 2009 gegen die Zwangsdelogierungen von Betroffenen der Hypothekenkrise kämpft, sowie der munizipalistischen Wahlbündnisse Barcelona en comú und Ganeamos Madrid problematisierten die paternalistische Dimension von Repräsentation und fragten, wie die Übersetzung solidarischer und basisdemokratischer Praxen in staatliche Institutionen funktionieren kann (5.2.1). Allerdings sind auch soziale Bewegungen vermachtete politische Räume, die dazu neigen hegemoniale Ausschlüsse zu reproduzieren und unsichtbar zu machen, wie ecuadorianische Aktivist_innen der PAH thematisierten (5.2.2).

Die im ersten Teil des 6. Kapitels vorgestellten demokratischen Krisenanalysen resonieren mit der in den Interviews geäußerten Wahrnehmung, dass durch die gegenwärtige Herausbildung einer supranationalen und imperial agierenden Rechtsordnung die soziale Reproduktion zunehmend einer kapitalistischen Verwertungslogik folgend organisiert ist und sich demokratische Spielräume verengen. Gleichzeitig teilen viele Aktivist_innen die Einschätzung von Michael Hardt und Antonio Negri, dass nur eine digital vernetzte, aber dezentral organisierte globale Bewegung eine ‚Demokratie von unten‘ anstoßen kann (6.1). Einige Interviewpartner_innen problematisierten aber auch das ‚consumerist mindset‘ vieler Aktivist_innen der Bewegung und befürchteten, dass selbst nach einem Wahlsieg linker Parteien keine ökologische und nachhaltige Politik betrieben würde. Der zweite Teil stellt daher Krisenanalysen von Andreas Reckwitz und Ingolfur Blühdorn vor, welche gegenwärtig hegemoniale Subjektivierungsweisen beleuchten (6.2). Wie Reckwitz zeigt, geht die Spätmoderne mit einer umfassenden Kommodifizierung des Sozialen einher, die zur Herausbildung von singulären Profilsubjekten in der kulturell hegemonialen Mittelschicht führt (6.2.1). Deren nicht-nachhaltiger Lebensstil stehe zwar für demokratische Selbstentfaltung, kann aber nach Ingolfur Blühdorn nur durch die Organisation zunehmender Exklusion und Ungleichheit gesichert werden (6.2.2).

Das abschließende Kapitel (7) stellt ausgehend von den Diskussionen innerhalb der verwendeten demokratietheoretischen Ansätze sechs Dimensionen der Krise der Demokratie in der Spätmoderne vor (7.1) und erläutert inwiefern das demokratische Imaginäre der Spätmoderne als ambivalente Affinität charakterisiert werden kann (7.2).

2. Produktionsbedingungen von demokratischen Krisen

2.1. Selbstgesetzgebung eines sozial heterogenen Gemeinwesens

Es ist wahrscheinlich nur wenig übertrieben zu sagen, dass die Entstehung des Diskurses um die Krise der Demokratie zeitlich mit der Entstehung des Begriffs Demokratie zusammenfällt. Zumindest in der ideengeschichtlichen Tradition, auf die sich europäische Demokratietheorien vorwiegend beziehen, ist eine der ersten Definitionen von Demokratie die Beschreibung einer Krise. Einer der einflussreichsten Begründer dieser Theorietradition, Aristoteles, gab nicht der republikanischen Staatsform, die von den durch Vernunft Berechtigten und nach Gemeinwohl Strebenden geleitet wird, den Namen Demokratie, sondern einem „entarteten“ Gemeinwesen, in dem die in Bezug auf Bildung und Eigentum unermöglichten Vielen über uneingeschränkte Macht verfügen und ihr partikulares Wohl zum Schaden der Besitzenden verfolgen. Der Begriff Demokratie wurde als Spottwort kreiert um den Tatbestand zu beschreiben, dass diejenigen herrschen, die keinen Anspruch darauf haben Macht auszuüben, weder durch Lebenserfahrung, sozialen Stand, Wohlstand, Ethik oder Wissen (Rancière 2008, S. 20).

Diese Denktradition hat sich trotz der positiven Umdeutung des Begriffs im Zuge der französischen Revolution (Buchstein/Jörke 2003, S. 472) in der Linie der liberalen Demokratietheorien erhalten (Salomon 2015). Wie Jacques Rancière schreibt, verlor im Zuge der Aufklärung das traditionelle Geburtsprinzip an Bedeutung, das den Nachweis göttlicher und menschlicher Abstammung mit einem legitimen Herrschaftsanspruch verband. An seine Stelle trat eine neue gesellschaftliche Ordnung, in der vorwiegend die Verfügung über ökonomische Ressourcen den legitimen Anspruch sich selbst und andere zu regieren begründete (Rancière 2008, S. 27). Diese These widerspricht auf den ersten Blick dem Selbstanspruch demokratischer Gesellschaften, wie er sich in der Losung der französischen Revolution von 1789 ausdrückt: Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit. Im Kern der demokratischen Idee steht die Überzeugung, dass die Existenz eines freien und unab-

hängigen menschlichen Willens nur eine Regierungsform der Herrschaft aller durch alle als legitim erscheinen lässt. Die demokratische Idee entwickelte sich jedoch in Gesellschaften, die in hohem Maße sozial segregiert waren. In dem Maße in dem die universale Losung nach Gleichheit und Selbstbestimmung von subordinierten Bevölkerungsgruppen übernommen wurde, wuchs zwar der politische Druck auf die herrschende Elite, aber für die neue bürgerliche Klasse gewann die Frage an Gewicht mit wem sie denn Gleichheit anstrebe.

Dies ist der Hintergrund vor dem sich das liberale Demokratiemodell als das bis heute einflussreichste erweist. Dieses entwirft politische Freiheit als negative Freiheit von Bevormundung und Abhängigkeit (Sartori 1992, S. 295). Die ersten sich demokratisierenden Gesellschaften folgten diesem Verständnis politischer Freiheit und definierten ökonomische Selbstbestimmung als Vorbedingung für die volle Ausübung demokratischer Bürger_innenrechte. Damit begründete sich ein modernes Geburtsprinzip, das vorwiegend darauf beruht über einen rechtlich abgesicherten Verfügungsanspruch auf Ressourcen auch das Recht auf politische Selbstbestimmung zu erben. Alle Staaten, in denen demokratische Reformen vor dem 20. Jahrhundert begannen, hatten anfänglich ein Zensuswahlrecht, welches das Recht zu wählen an die Höhe des Steueraufkommens koppelte. Ebenfalls vom Wahlrecht ausgeschlossen wurden als Fremde definierte Personen⁸. Als dritte Gruppe wurden Personen ausgeschlossen, denen die Befähigung zu einem freien, unabhängigen Willen und ökonomischer Selbstständigkeit abgesprochen wurde. Dies betraf neben Personen unter einer gewissen Altersgrenze, versklavte und kolonialisierte sowie als Frauen oder psychisch krank definierte Personen, die in der bürgerlichen Gesellschaft einer lebenslangen Infantilisierung oder Stigmatisierung unterworfen wurden.

Wie Brigitte Bargetz und Birgit Sauer betonen erfolgte der Ausschluss dieser Personengruppen aus der öffentlichen Sphäre und demokratischen Mitbestimmung über die Entwicklung eines spezifischen, weitgehend vergeschlechtlichten Gefühlsdispositivs. Während der Staat und männliche Personen der bürgerliche Klasse ent-emotionalisiert wurden, kam es zu einer Hyper-Emotionalisierung der anderen Personengruppen. Durch die weitgehende Verdrängung von Gefühlen aus der öffentlichen Sphäre in eine konstruierte Privatheit konnten diese Gruppen und ihre Interessen aus dem Raum des Politischen exkludiert werden. Gleichzeitig erlaubte dieses Gefühlsdispositiv dem Staat die Rolle ei-

⁸ Die Definition von Personen als Fremde hat sich im Zuge der Entwicklung von Nationalstaaten gewandelt. Ausgehend von der religiösen und feudalistischen Zuordnung galten Menschen jüdischen Glaubens in manchen Staaten als Fremde und erhielten erst im Zuge der jüdischen Emanzipation volle Bürger_innenrechte. Mit der Entwicklung von Nationalstaaten bildeten sich vorwiegend zwei Prinzipien aus, durch welche Personen per Geburt die Staatsangehörigkeit zuerkannt oder abgesprochen wird. Das *ius soli* bindet die Staatsbürger_innenschaft an den Geburtsort, während das *ius sanguinis* die Staatsangehörigkeit von jener der Eltern ableitet.

nes neutralen Bändigers der Leidenschaften ökonomischer Konkurrenz zuzusprechen und ihn damit zum Garanten eines nicht-gewalttätigen Gemeinwesens zu erklären (Bargetz/Sauer 2010, S. 143 ff.).

Die liberale Demokratietradition setzte somit nicht nur die Existenz von und das Verfügungsrecht auf Privateigentum als unumgängliche Voraussetzungen für das Recht auf politische Freiheit, sondern erklärte auch die Herrschaft von wenigen Gleichen zu einer demokratische Regierungsform. Der liberale Staat als Verfassungsstaat erhält einerseits die Qualität eines Schutzmechanismus der Bürger_innen gegen staatliche Willkür, andererseits stellt er eine mit Gewaltmonopol ausgestattete Schutzmacht privater Eigentumstitel dar. Dieser Doppelcharakter des sich schrittweise demokratisierenden Staates befreite die sich wirtschaftlich emanzipierenden und nach mehr Einfluss strebenden bürgerlichen Klassen des 18. Jahrhunderts aus einem Dilemma. Denn während der an Einfluss gewinnende Diskurs um den als Gleichen geborenen Menschen die auf Abstammung basierende Vormachtstellung des Adels in Frage stellte, gefährdete die politische Teilhabe des besitzlosen Teils der Bevölkerung jedoch gleichzeitig jene Ressourcen, die den Aufstieg des Bürgertums zur politischen Elite erst ermöglichten⁹.

Dem Staat fiel in den Theorien der Begründer der liberalen Demokratietradition, Thomas Hobbes und John Locke, die Rolle zu das Leben, die Freiheit und das Eigentum seiner Bürger_innen zu schützen. Hobbes modernisierte den Gedanken des Naturrechts in dem Sinne, dass an die Stelle der antiken und christlichen Auslegung, welche auf einer natürlichen Pflichten auferlegende Weltordnung basierte, der Charakter eines subjektiven Rechts auf Selbsterhaltung, Freiheit und Eigentum trat (Boldt 2010). In Hobbes Version der Vertragstheorie schließen die Bürger_innen hierfür einen Gesellschaftsvertrag zwischen eines jeden mit jedem zum Zwecke der Herrschaftsübertragung an einen Dritten. Obwohl dieser Vertrag das Recht auf Selbstregierung der Bürger_innen vorbehaltlos an einen Souverän überträgt, bestätigt Hobbes dennoch die Bürger_innen als einzig legitime Instanz diesen Vertrag zu schließen und damit das Recht auf Selbstregierung zu begründen. Locke hingegen unterscheidet zwischen einem Gesellschaftsvertrag, der die isolierten Individuen zu einer Gesellschaft integriert und einem Herrschaftsvertrag, in dem die Bürger_innen nur jene Rechte an die staatliche Gewalt übergeben, deren uneingeschränkte Ausübung das friedliche Zusammenleben am meisten beeinträchtigen würde. Dadurch

⁹ Wie Margarete Archer (1995, S. 318 ff.) anmerkt, stellt sich hinsichtlich der Übersetzung von philosophischen Ideen in staatliche Strukturen die Frage in welchem Verhältnis kulturelle und strukturelle Entwicklungen stehen. Da sie betont, dass kulturelle und materielle Interessen sich nicht notwendigerweise überschneiden, legt sie den Fokus auf die Entstehung machtvoller sozialer Akteur_innen. Diese können aus historisch kontingenten Allianzen hervorgehen, die ideelle Gruppen mit materiellen Interessensgruppen eingehen um Ressourcen für ihre kulturellen Aktivitäten zu erlangen.

konzeptionalisiert Locke ein spezifisches Rechtsverhältnis zwischen Bürger_innen und Obrigkeit, welches die Idee der Volkssouveränität als Selbstgesetzgebung suspendiert und das mittelalterliche Widerstandsrecht in das moderne Vertragsdenken übernimmt (Maus 1992, S. 47 f.). In der Schrift ‚Second Treatise of Government‘ (1689) entwickelte er das Modell eines Staates, dem die Bürger_innen die Gewalt Rechtsverstöße und Eigentumsdelikte zu bestrafen vollständig übertragen, während die Regierungsausübung durch Gesetze an den Vorbehalt gebunden ist, dass die Erhaltung des Staates selbst und der Gesellschaft diese erfordern (Röhrich 2000). Lockes Interpretation des Gesellschaftsvertrags begründete einen liberalen Staat, dessen Herrschaft auf Rechtsschutz eingeschränkt ist und als System öffentlicher Gerechtigkeit mittels Legislative, Exekutive und Jurisdiktion die Grundrechte der Individuen sichert (Kersting 1995).

Demgegenüber berief sich Jean-Jacques Rousseau nur auf das Naturrecht der Freiheit und leitete daraus den Anspruch auf Selbstgesetzgebung der Bürger_innen ab (Grevin 2010). Rousseau unterschied zwischen dem Gemeinwillen (*volonté générale*) und dem Willen aller (*volonté de tous*). Während der Wille aller die bloß additive Summierung der individuellen Sonderwillen darstellt, bilden die Individuen einen Gemeinwillen, indem sie in einem qualitativen Sprung über ihr bloßes Privatinteresse hinaus eine neue kollektive Identität gewinnen. Rousseau formulierte mit dem Begriff des *volonté de tous* eine Kritik an dem liberalen Konzept der Willensbildung durch die Aggregation individueller Einzelwillen. Der unmittelbare Wille aller, der nur auf den Privatinteressen der Individuen beruht, kann aus seiner Sicht nicht als Grundlage der Selbstgesetzgebung und damit Volkssouveränität dienen. Erst im Prozess der Selbstgesetzgebung bildet sich der Gemeinwille ab, dessen Horizont und Grundlage die Freiheit des Citoyen ist (Weiß 2010a; Weiß 2010b). Die Betonung, dass Volkssouveränität unteilbar und unveräußerlich ist, steht nicht im Widerspruch zu den gegenwärtigen repräsentativen Elementen demokratischer Regierungssysteme, sondern wendet sich gegen die bei Locke zu findende Idee der Ausverhandlung einzelner Freiheiten unter Abtretung der einen großen Freiheit der Selbstgesetzgebung (Maus 1992, S. 55).

2.2. Gemeinschaft der Gleichen und Ungleichen

Die Begründer des neuzeitlichen Demokratiebegriffs, Hobbes, Locke und Rousseau messen der Frage, ob Eigentum im Sinne vererbbarer und erblicher Rechtsansprüche eine Voraussetzung oder eine Gefährdung für ein demokratisch organisiertes Gemeinwesen darstellt, eine zentrale Bedeutung zu. Dies ist insofern wenig überraschend, als die Entstehung des Demokratiemodells der europäischen Aufklärung – kontingent oder nicht – mit

der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise zusammenfällt. Ellen Meiksins Wood sieht den entscheidenden Faktor in der Entstehung des Kapitalismus gegenüber anderen Formen von Handelsgesellschaften in der Herausbildung von Eigentumsverhältnissen, welche die gesellschaftliche Reproduktion universell durch den Markt vermitteln. Individuen müssen nun in Marktbeziehungen eintreten, um Zugang zu Erwerbsquellen zu bekommen (Wood 2015, S. 15, 92). Dieselben Eigentums- und Produktionsverhältnisse erlaubten dem Bürgertum wiederum ihren ökonomischen Einfluss innerhalb des Staates gegen die militärische und bürokratische Macht der aristokratischen Elite geltend zu machen. Marx betont auch die Bedeutung der Staatsmaschinerie, welche zu Zeiten der absoluten Monarchie entstanden war, für die Entwicklung der bürgerlichen Herrschaft. Diese verfügte über ausreichende Ressourcen um gesellschaftliche Angelegenheiten zu staatlichen und damit allgemeinen zu machen (Marx 1985b, S. 405 f.).

Demokratie als Regierungsform entwickelte sich parallel zur Herausbildung staatlich sanktionierter, privater Eigentumsformen im Sinne des liberalen Modells. Als staatszentrierte Herrschaftsform bedeutete sie für den besitzenden Teil der Regierten die Ausweitung ihrer Mitgestaltungsrechte über die Belange des Gemeinwesens, sowie den Schutz vor willkürlicher Gewalt. Das Primat des Schutzes der neuen kapitalistischen und staatlich abgesicherten Eigentumsformen wiederum erschwerte die Konstituierung von Demokratie als Selbstgesetzgebung eines sozial heterogenen Gemeinwesens. Denn die Distribution von Konsumtion durch den Markt führt tendenziell zu einer Verringerung der breiten Masse der Einkommen und dem Zuwachs konzentrierten Vermögens. Da aber die Mehrheit der Bevölkerung von dieser kontinuierlichen Abnahme ihrer Einkommen betroffen ist, steht die marktförmige Allokation von Eigentumsrechten immer in Konflikt mit dem demokratischen Mehrheitsprinzip (Przeworski 1992, S. 52 f.).

Karl Polanyi betont in seinem 1944 erstmals publizierten Werk ‚The Great Transformation‘, „dass das Entstehen nationaler Märkte keineswegs die Folge der langsamen und spontanen Emanzipation des ökonomischen Bereichs von staatlichen Kontrollen war. Der Markt war, im Gegenteil, das Resultat einer bewussten und oft gewaltsamen Intervention von Seiten der Regierung, die der Gesellschaft die Marktorganisation aus nicht-ökonomischen Gründen aufzwang.“ (Polanyi 1978, S. 330 f.) Dennoch wurde der Staat als Akteur in der liberalen Theorie zum Verschwinden gebracht, genauso wie Klassen- und Machtverhältnisse. Die Theorie eines sich selbst regulierenden Marktes setzte sich gerade zu jener Zeit durch, als die sozialen Folgen der neu etablierten kapitalistischen Produktionsweise in Form von Verelendung breiter Bevölkerungsschichten sichtbar wur-

den (Polanyi 1978, S. 187). Diese doppelt freien Lohnarbeiter_innen¹⁰ bildeten sowohl die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise als auch der formalen Demokratie, in welcher die Trennung zwischen staatsbürgerlichem und sozialem Status die Voraussetzung dafür bildete, dass staatsbürgerliche Gleichheit neben sozialer Ungleichheit existieren kann (Wood 2010, S. 215).

Historisch betrachtet hat der liberale Staat wenig mit dem demokratischen Gründungsmythos der Vertragstheorien gemein. Sowohl in den Theorien Hobbes, als auch Lockes und Rousseaus wird das Gemeinwesen durch einen wechselseitig bindenden Vertrag konstituiert, der auf dem freien Willen gleicher und freier Individuen basiert¹¹. Diese Gemeinschaft der Gleichen konstituierte sich aber faktisch durch die Definition der Nichtgleichen (Mbembe 2017). Die Machtakkumulation der neuen bürgerlichen Eliten bedeutete nicht nur den Ausschluss der Mehrheit der Regierten von Mitbestimmungsrechten, sondern auch die Verweigerung des Schutzes gegenüber willkürlicher Gewalt. Die Verallgemeinerung des privaten Besitzes erfolgte nur teilweise zu Lasten der mittelalterlichen Grundherren Kirche und Adel, sondern vorwiegend durch die gewaltsame Enteignung und Vertreibung der Bevölkerung von dem bis dahin subsistenzwirtschaftlich genutzten Land. Während dieser Prozess in Europa mit Gesetzen gegen Vagabundentum und der Einführung von Zwangsarbeit in Armenhäusern einher ging, führte er in den europäischen Kolonien zusätzlich zu Versklavung und Genoziden.

Wie Nikita Dhawan (2014) anmerkt, sah Locke einen fundamentalen Unterschied zwischen jenen Menschen, die Land durch Nutzung verbessern und jenen, die wie „Tiere“ nur das einsammeln, was die Natur bereitstellt. Für ihn zählte nur die erste Gruppe als rationale und damit vollständig menschliche Wesen. Mit diesem Denkmodell der rationalen Landnutzung wurde die private Enteignung und Ausbeutung von davor kollektiv genutzten natürlichen Ressourcen gerechtfertigt. Das geschah zwar auch in Europa, aber betraf im Zuge der europäischen Kolonialisierung in einem viel größerem Ausmaß die Bevölkerung anderer Kontinente. Die gewaltsamen Ent- und Aneignungen bilden den Beginn und die Grundlage der kapitalistischen Expansion (ebd., S. 27). Gleichzeitig wurden als Frauen definierte Personen zwar nicht von Besitztiteln ausgeschlossen, diese wurden aber über Ehe und Vormundschaft größtenteils männlicher Verfügung unterstellt.

¹⁰ Marx bezeichnet Lohnabhängige „als frei in dem Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als Ware verfügt, aber andererseits andre Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen.“ (Marx 1985a, S. 192)

¹¹ Das Kunststück gesellschaftlich bedeutsame und machtvolle Unterschiede, wie zwischen Ehemann und Ehefrau, Eltern und Kind, sowie Herr und Diener bei der imaginierten Vertragsunterzeichnung zum Verschwinden zu bringen, gelingt Locke dadurch, dass er sie als unpolitische Unterscheidungen setzt (Wolin 1996, S. 40)

Dem neuzeitlichen Demokratiekonzept ist dieser gewaltsame Gründungskonflikt eingeschrieben, der sich aus der ambivalenten Rolle von Privateigentum ergibt, welches nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung als ermöglichende Machtressource eine zentrale Rolle in der Ausweitung von Mitbestimmungsrechten spielte. Auch wenn die Gesetzgebung der französischen Revolution zum Schutz der bürgerlichen Interessen nicht nur die Organisation der Besitzlosen und Lohnabhängigen zu behindern suchte, sondern auch des Adels um einen Rückfall in feudalständische Strukturen zu vermeiden (Maus 1992, S. 218), schrieb sich in die demokratischen Staatsformen die Angst vor der Selbstregierung eines sozial heterogenen Gemeinwesens ein. Die Selbstgesetzgebung des Gemeinwesen wurde verfassungsrechtlich beschränkt, um die Klasse der rechtlich Nichtbesitzenden, welche durch die neue politische und ökonomische Ordnung ihrer Lebensgrundlage sowie bisherigen Rechte beraubt wurde, von der Mitbestimmung fernzuhalten.

Obwohl alle demokratischen Revolutionen auf der Mobilisierung von davor von politischer Mitbestimmung ausgeschlossenen Bevölkerungsschichten basierten, die für die Verbesserung ihrer Lebenssituation kämpften, war die soziale Ungleichheit die Basis des erneuten, diesmal rational begründeten Ausschlusses. Nur eine von niemandem abhängige Person wurde als aktiver Bürger anerkannt und die Einführung des Wahlrechts auf männliche, über ausreichend Besitz verfügende und nicht-versklavte Personen beschränkt. Wood (2010, S. 215 ff.) nennt diesen Prozess die amerikanische Neudefinition der Demokratie, da im Zuge der Gründung der USA das erste Modell einer repräsentativen Demokratie etabliert wurde, deren politische Institutionen die Trennung zwischen Masse und Elite im Kontext eines zunehmend demokratischen Wahlrechts und einer zunehmend aktiven Bürger_innenschaft bewahren sollten. Sheldon S. Wolin betont, dass die amerikanische Verfassung zwar gegen die Demokratie gerichtet war, aber nicht in dem Sinn sie abzuschaffen, sondern das ihr zugrundeliegende Prinzip des Mehrheitsentscheids einzudämmen (Wolin 1996).

Die schrittweise Ausweitung des demokratischen Prinzips wurde von jenen erkämpft, die von der Mitgestaltung dieser neuen Ordnung ausgeschlossen waren (Eley 2002). In den Kämpfen um mehr Gleichheit, politische und soziale Rechte bezogen sich die Akteur_innen auf das durch ihre Exklusion verletzte Versprechen des Gründungsmythos (Gouges 1791; Working Men's Association 1838; Truth 1889; Douglass 1892; Jörke 2010). Entgegen der hegemonialen Erzählung, dass die neu entstandene bürgerliche Klasse die Trägerin der Demokratisierung war, kämpften die sozial benachteiligten und subordinierten Gesellschaftsschichten am konsequentesten für Demokratie. Insofern war es nicht allein der Machtzuwachs der bürgerlichen Klasse gegenüber dem Landadel, sondern auch der wachsende Einfluss der Arbeiter_innenklasse, der sich aus ihrer essenti-

ellen Bedeutung für den kapitalistischen Produktionsprozess ergab, welcher den Wechsel von einer feudalen zu einer demokratischen Gesellschaft begünstigte (Della Porta 2013, S. 127 f.; Rueschemeyer/Huber/Stephens 1992, S. 46 f.). Denn obwohl die demokratische Idee ihr Selbstverständnis aus der Überwindung von nicht-egalitären sozialen Beziehungen und Interaktionen zieht, wurde Demokratie als Regierungsform in Gesellschaften etabliert die Hierarchien nicht nur tolerieren, sondern funktional auf diese angewiesen sind.

Genau in dieser Ambivalenz sieht Achille Mbembe (2017, S. 36) das zentrale Merkmal von Demokratie. Sonja Buckel (2017, S. 24) betont mit Verweis auf Johannes Agnoli, dass dieser Widerspruch geschichtlich immer wieder hin zu einer autoritären Auflösung demokratischer Staaten und ihrer Rückbindung in vor- oder antidemokratische Formen führte. Die vielfältigen Kämpfe um die Ausweitung des aktiven und passiven Wahlrechts auf lohnabhängige, sexistisch und rassistisch diskriminierte Personen dauerten bis Ende des 20. Jahrhunderts an, um das universelle Wahlrecht zumindest formell zu einem unhintergehbaren Bestandteil demokratischer Regierungssysteme zu machen.

2.3. Unregierbarkeit im Spätkapitalismus

Der Doppelcharakter des liberalen Rechtsstaates als Garant sowohl der politischen und damit öffentlichen Freiheit der Bürger_innen, als auch ihrer privaten Eigentumstitel und des darauf aufbauenden Produktionssystems führte nach der Durchsetzung des universellen Wahlrechts zur Herausbildung der repräsentativen, kapitalistischen und sozialstaatlichen Demokratie, wie sie vorwiegend in Europa etabliert wurde. In Bezug auf diese Regierungssysteme entwickelte sich ab den 1970er Jahren ein spezifischer Krisendiskurs der Demokratie, welcher die demokratische Steuerung der kommodifizierenden und dekommodifizierenden Funktion staatlicher Institutionen in den Mittelpunkt des Interesses stellt. Die Kämpfe der Arbeiter_innenbewegung um die Verbesserung der Lebenssituation von lohnabhängigen Menschen erreichten, dass Staaten durch sozialpolitische Interventionen eine partielle Dekommodifizierung von Dienstleistungen im Bereich von Bildung, Gesundheit, Arbeitslosigkeit und -unfähigkeit, Kinderbetreuung sowie Altersvorsorge sicher stellen. Jedoch verfolgt der Sozialstaat immer auch eine Strategie der Kommodifizierung, indem er die notwendigen Voraussetzungen für die Produktion sowie Reproduktion von Arbeitskraft und damit den Markt für Arbeitskraft schafft (Borchert/Lessenich 2004, S. 576 f.).

Der Krisendiskurs der 1970er Jahre prognostizierte gerade aufgrund dieser Funktion eine Überforderung des Staates im Spätkapitalismus, wobei sich zwei konkurrierende

Deutungen herausbildeten. Ich folge in der Darstellung dieser „Krisentheorien der Demokratie“ weitgehend Armin Schäfer (2008). Die Unregierbarkeitsthese fokussierte auf die Überforderung des Staates durch die wachsenden Ansprüche von Bürger_innen und organisierten Interessensgruppen. Die Spätkapitalismusthese sah die Überforderung des Staates in den politischen Dauerinterventionen, die zur Stabilisierung der Kapitalakkumulation und zur Abfederung des Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit notwendig waren (ebd., S. 12). Beide Krisentheorien lassen sich nur im Kontext des keynesianischen Nachkriegskonsenses verstehen, welcher aus den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit in Europa Inflation sowie Arbeitslosigkeit als demokratiegefährdend erachtete. Dem Staat wurde die Verantwortung zugesprochen beide Phänomene durch Interventionen und Regulationen hinsichtlich des Marktsystems auf geringem Niveau zu stabilisieren, da sie als Ergebnis eines Verteilungskonfliktes zwischen Beschäftigten und Arbeitgeber_innen verstanden wurden (ebd., S. 9 f.).

Die Unregierbarkeitsthese basierte auf der liberalen Annahme, dass die Funktionsfähigkeit von Märkten auf ihrer Selbstregulation beruhte, die durch politische Eingriffe gefährdet würde. In einem demokratischen Staatssystem sahen ihre Vertreter_innen – wie Samuel Huntington und Niklas Luhmann – nun drei Akteur_innengruppen, welche die Ausweitung der staatlichen Eingriffe in den Markt vorantrieben. So konnten Gewerkschaften aufgrund ihrer Fähigkeit des kollektiven Handelns partikulare gegenüber Gemeinwohlinteressen durchsetzen (ebd., S. 3), während politische Parteien Wähler_innenstimmen und Legitimation durch die Ausweitung staatlicher Transferleistungen erkaufte und so eine Kompensationsspirale in Gang setzten, die dadurch verstärkt wurde, dass Bürger_innen ihre staatsbürgerlichen Tugenden zunehmend gegen einen materialistischen Hedonismus tauschten. Wolfgang Streeck zufolge führt die dekommodifizierende Wirkung sozialstaatlicher Leistungen zu einer Deaktivierung von Bürger_innen als rationale Marktsubjekte und fördert dysfunktionales Verhalten (Borchert/Lessenich 2004, S. 568). Um diese Anspruchsinflation zu durchbrechen sollte der Staat seine sozialstaatlichen Leistungen verringern und die Märkte vor politischer Einflussnahme schützen (Schäfer 2008, S. 11 f.).

Die Spätkapitalismusthese beruhte hingegen auf der marxistischen Theorie, dass Märkte nicht selbstregulierend, sondern hoch krisenanfällig sind. Ihr Funktionieren ist abhängig von öffentlichen Gütern, die der Staat bereitstellt. Die Unfähigkeit kapitalistischer Unternehmen zur Kooperation zwingen den Staat Infrastruktur sowie Sozial- und Bildungsleistungen zur Verfügung zu stellen, um die Rahmenbedingungen einer profitablen Kapitalverwertung zu gewährleisten. Das politische Institutionensystem ist zwar durch klassenspezifische Selektivität geprägt, jedoch verfügt die Politik über relative Eigenstän-

digkeit. Der keynesianische Wohlfahrtsstaat stabilisierte nicht nur den Wirtschaftskreislauf, sondern konnte auch Reformen zugunsten der Lohnabhängigen durchsetzen (Schäfer 2008, S. 12 f.). Allerdings wichen die Vertreter_innen dieser These – wie Jürgen Habermas und Claus Offe – von der keynesianischen Nachfragetheorie ab, dass der Staat über die Steigerung von Konsumption auch das Wirtschaftswachstum stärken könne. Analog zur liberalen Angebotstheorie argumentierten sie, dass die für die Stabilisierung der Kapitalakkumulation notwendigen politischen Steuerungselemente ein ökonomisches Wachstumshemmnis darstellen. Die Überforderung des Staates ergibt sich daraus, dass die dekommodifizierende Wirkung öffentlicher Güter auf Dauer die Wachstumsdynamik der Wirtschaft und damit das Steueraufkommen abschwächen würde (ebd., S. 14 f.). In Folge schwindet die Fähigkeit des Staates ökonomische Krisen durch Interventionen abzuschwächen, wodurch wiederum das politische System sowie konsensorientierte politische Parteien an Legitimation unter den Bürger_innen verlieren (ebd., S. 16). Die Krisenanfälligkeit kapitalistischer Ökonomien übersetzt sich in Krisen demokratischer Regierungssysteme.

Diese beiden Krisentheorien entstanden zwar noch im Kontext des keynesianischen Nachkriegskonsenses, reagierten aber schon auf eine Strukturkrise desselben, die das Ende des fordistischen Produktionsmodells und den Beginn der Spätmoderne einleitete. Auch wenn die Transformationsprozesse in den ehemals staatssozialistischen Ländern in den 1990er Jahren das liberal-repräsentative Demokratiemodell als Siegerin des Systemwettbewerbes hervorgehen ließen, rückten die Krisendiskurse um Demokratie nur für wenige Jahre in den Hintergrund. Spätestens mit der breiten Rezeption des Begriffs der Postdemokratie in den 2000er Jahren nahm die Diskussion um die Veränderungen demokratischer Regierungssysteme im Spätkapitalismus wieder an Fahrt auf. Dabei zeigt sich, dass die vielfältigen Krisentheorien seit den 1980er Jahren zwischen den beiden Erklärungsmodellen der Unregierbarkeits- und Spätkapitalismusthese oszillieren. Entweder liegt der Fokus stärker auf einer veränderten Anspruchs- und Werthaltung der Bürger_innen, die als zunehmend unvereinbar mit einem demokratischen Gemeinwesen behauptet wird, oder die Entwicklungen innerhalb der globalen Re-/Produktionsverhältnisse werden als zentrale Krisentendenzen analysiert.

3. Postdemokratische Krisendiskurse

3.1. Nach dem Sieg der liberalen Demokratie

3.1.1. Aufkündigung des fordistisch-keynesianischen Klassenkompromisses

Allerdings sahen weder die Unregierbarkeits- noch die Spätkapitalismusthese die zentrale Entwicklung der 1980er voraus: die Aufkündigung des fordistischen Klassenkompromisses, der wie Sonja Buckel (2017, S. 37) betont immer auch ein Geschlechterkompromiss und Migrationsregime war. In Folge nahm der Einfluss der Gewerkschaften ab. Seitdem stagnieren oder sinken die Reallöhne und die Gefahr einer zu hohen Inflation wandelte sich in die Risiken einer Deflation. Die Mittelschicht wiederum erwies sich als erfolgreiche Gegnerin der steuerfinanzierten Ausweitung der Staatstätigkeit, und die Marktwirtschaft blieb trotz des Rückbaus staatlicher Steuerungsinstrumente funktionstüchtig (Schäfer 2008, S. 39). Dies lag nicht zuletzt daran, dass es im Zuge des Wechsels hin zu einer neoliberalen Hegemonie (Ritzi 2017, S. 209) nicht zu einem generellen Rückbau des Staates kam, sondern vorwiegend zu einem Abbau jener konsensorientierten korporatistischen Institutionen, in welchen die Interessen der Lohnabhängigen berücksichtigt werden (Buckel 2017, S. 37). In der politischen Praxis setzte sich somit die Sozialstaatskritik der Unregierbarkeitsthese durch (Schäfer 2008, S. 5). Gleichzeitig verschoben sich mit der zunehmenden Vernetzung von Märkten auf globaler Ebene Entscheidungskompetenzen von den Nationalstaaten zu demokratisch schwach legitimierten transnationalen Wirtschaftsinstitutionen, in denen Vertreter_innen lohnabhängiger und subsistenzwirtschaftlich tätiger Bevölkerungsteile nicht vertreten sind. Während der Spätkapitalismus-Diskurs davon ausging, dass die daraus resultierende wachsende soziale Ungleichheit zu einer Repolitisierung der Bürger_innen führen würde, denen in Zeiten des keynesianischen administrativen Systems eher der „Status von Passivbürgern mit Recht auf Akklamationsverweigerung“ zugesprochen wurde (Habermas 1973), kam es hingegen zu einem Rückzug der armutsgefährdeten Schichten von demokratischer Teilhabe (Schäfer 2008, S. 39).

Obwohl das liberal-repräsentative Demokratiemodell durch die Transformationsprozesse in den staatssozialistischen Ländern für ein Jahrzehnt den fast unantastbaren Status

einer normativ erstrebenswerten Regierungsform erhielt, erneuerte sich mit der Wiederkehr politisch autoritärer¹² Tendenzen in den neuen Demokratien Osteuropas und den medial stark rezipierten Protesten gegen die Auswirkungen neoliberaler Globalisierung eine kritische Auseinandersetzung mit demokratischen Regierungssystemen. Autor_innen, die sich mit dem Einfluss von Wirtschaftsakteur_innen auf den Prozess der Globalisierung und den bestehenden demokratischen Institutionen auseinandersetzten, begannen vor der Einengung des politischen Spielraumes von Regierungen zu warnen (Ritzi 2014, S. 11). Stephen Gill prägte den Begriff des neoliberalen Konstitutionalismus, demzufolge wirtschaftspolitische Entscheidungen zunehmend demokratischer Mitbestimmung entzogen und rechtlich abgesichert werden (Gill 2000). Bezüglich des institutionellen Designs der EU warnte Fritz Scharpf (2002), dass dieses ökonomischen Interessen einen privilegierten Zugang zu den europäischen Gesetzgebungsprozessen gewährleiste, wodurch es zu einer grundlegenden Asymmetrie zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik komme. In den 2000er Jahren entwickelte sich um den Begriff der Postdemokratie ein neuer Krisendiskurs, dessen verbindendes Element die These ist, dass mit der neoliberalen Restrukturierung der ehemals keynesianisch eingebetteten Regierungssysteme eine Veränderung ihrer demokratischen Qualität einhergeht.

Im europäischen politikwissenschaftlichen Diskurs ist Colin Crouch wohl der bekannteste Vertreter der Postdemokratie-These. In dem 2004 erstmals veröffentlichten Buch „Postdemokratie“ beschreibt Crouch seine Intention diesen Begriff zu etablieren damit, dass die niedrigen Anforderungen, die ein liberales Demokratieverständnis an das Funktionieren eines politischen Systems stellt, sowie die einfache Unterscheidung zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Regierungssystemen den Blick für eine neuartige Entwicklung verstellt (Crouch 2008, S. 10, 30):

Der Begriff bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, daß Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man

¹² Allerdings beinhaltet auch der Transformations- und insbesondere der Integrationsprozess der ehemals staatssozialistischen Länder in die EU autoritäre Tendenzen, wie Ivan Krastev (2007a, S. 60 f.) betont. Indem sich die antiegalitären Interessen der postkommunistischen Elite mit der antiegalitären Ideologie der liberalen Gegeneliten verbanden, wurden die Übergangsregime seitens der Bevölkerung als „democracies without choice“ erlebt.

ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten. (ebd., S. 10)

Obwohl Crouch betont, dass diese Skizze von Postdemokratie eine Übertreibung darstellt, warnt er davor, dass sich bereits viele Aspekte seiner Definition in zeitgenössischen Demokratien beobachten lassen. Im gesellschaftlichen Diskurs wird der Begriff Demokratie zunehmend liberal definiert, statt als egalitäre oder partizipative Demokratie (ebd., S. 9). Während eine starke Demokratie die Egalität in Bezug auf die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten aller Bürger_innen stärkt, setzt der Liberalismus auf freie, vielfältige und weitreichende Möglichkeiten politischer Einflussnahme (ebd., S. 26). Dies führt dazu, dass westliche Demokratien zwar weiterhin über intakte politische Institutionen verfügen, diese jedoch nicht mehr Ort der Entscheidungsfindung sind. Das aktive und passive Wahlrecht bleibt unangetastet, wird im Zuge dieser Entwicklung jedoch entwertet. Gesellschaftlich relevante Entscheidungen werden zunehmend in informellen beziehungsweise der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Besprechungen zwischen wirtschaftlichen und politischen Eliten getroffen.

Als Konsequenz dieser Entwicklung erleiden traditionelle politische Institutionen, wie (Massen-)Parteien und Parlamente einen Legitimationsverlust. Auch die häufig als Selbstorganisation der Bürger_innen verstandene stärkere Einbeziehung außerparlamentarischer Akteur_innen in Entscheidungsfindungen geben finanzstarken Lobbygruppen größere Einflussmöglichkeiten, auch gegenüber kleinen NGOs und sozialen Bewegungen. Insgesamt nimmt der Einfluss privilegierter Eliten auf politische Entscheidungen zu (ebd., S. 24), während jener des Demos¹³ geschwächt wird (ebd., S. 11). Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die Arbeiter_innenklasse sowohl an politischem als auch ökonomischem Einfluss verliert, da mit Ende des Fordismus die Bedeutung des Massenkonsums abnimmt. Mit der Schwächung der politischen und ökonomischen Rolle der Arbeitnehmer_innen verlieren sozialdemokratische und linke Parteien an Einfluss und Teile der Bevölkerung ihre bisherige politische Identität (ebd., S. 43)¹⁴. Die Rolle des Staates wandelt

¹³ Teilweise folge ich der Entscheidung deutschsprachiger Autor_innen den Begriff Volk durch jenen des Demos zu ersetzen, um auf das politisch heterogene Verständnis dieses Begriffs zu verweisen und mich von einer ethnisch homogenen Deutung abzugrenzen. Dennoch werde ich im Zuge der Arbeit beide Begriffe verwenden. Das Volk ist in der Theorie der Volkssouveränität Trägerin jener Freiheit von Herrschaft, die sich in der Identität der Gesetzgebenden und Gesetzesadressat_innen realisiert. Es ist mir im Zuge dieser Arbeit wichtig die emanzipative Deutung des Begriffs Volk und Volkssouveränität in Erinnerung zu rufen, die gegenüber der autoritären Interpretation durch rechtskonservative und liberale Theoretiker_innen aktuell verloren zu gehen droht.

¹⁴ Seit dem Erscheinungsjahr von „Postdemokratie“ 2004 hat sich die Parteienlandschaft in Europa durch die zunehmende Bedeutung von professionellen Wähler_innenparteien (Segert 2008,

sich von einem Sozial- zu einem Nachwächterstaat, der sich auf den Schutz der persönlichen Freiheit und des Eigentums zurückzieht. Indem das Steuersystem nicht mehr auf Umverteilung ausgerichtet ist und der Sozialstaat nur noch Hilfsleistungen für Arme zur Verfügung stellt, verabschiedet sich der Staat von der Aufgabe staatsbürgerliche Teilhaberechte für alle sicherzustellen (Crouch 2008, S. 34). Die aktive Rolle der Staatsbürger_innen verwandelt sich in eine passiv-kontrollierende, die hauptsächlich mehr Kontrolle über die Regierenden fordert. Gleichzeitig lässt sich eine Zunahme von sich als explizit nicht politisch definierenden Interessengruppen beobachten, die ihre Ziele jenseits der offiziellen Politik verfolgen und vor einer Monopolisierung von Politik durch den Staat warnen (ebd., S. 25). Für die Veränderung der politischen Kommunikation macht Crouch vorwiegend die Medien verantwortlich, welche die Komplexität der politischen Debatten und Dokumente nicht mehr darstellen. Obwohl Crouch durch das Präfix ‚post‘ betont, dass diese Entwicklungen innerhalb von Demokratien nicht zu prädemokratischen Regierungssystemen führen werden, sieht er dennoch vordemokratische Aspekte innerhalb der Postdemokratie. Indem Staaten im Zuge der Globalisierung gegenüber großen globalen Unternehmen an Einflussmöglichkeiten (ebd., S. 42) verlieren kommt es zu einer Rückkehr unkontrollierter privater Macht (ebd., S. 35).

Ein zentraler Kritikpunkt an Crouchs Konzept der Postdemokratie ist, dass er den sozialen Segregationsprozessen, die sich auf die Klassenzugehörigkeit und soziale Positionierung von Menschen beziehen, mehr demokratiepolitische Relevanz zuschreibt als Machtverhältnissen, die auf Vergeschlechtlichung und Ethnisierung aufbauen und so den Demokratiegewinn in Bezug auf Bürger_innenrechte ignoriert (Merkel 2015; Eberl/Salomon 2017; Sauer 2011a). So setzt Crouch die Blütephase der Demokratie für die USA rund um den New Deal in den 1930er an, während sie für Europa in die Zeit des Wiederaufbaus in den 1950er Jahren fällt. Dennoch wird seine zentrale These, dass mit dem Ende des fordistisch-keynesianischen Klassenkompromisses die lohnabhängigen, proletarischen Bevölkerungsschichten immer weniger Einfluss auf politische Entscheidungsfindungsprozesse nehmen können, und dies zu einer qualitativen Veränderung demokratischer Regierungssysteme führt, von politikwissenschaftlichen Autor_innen geteilt, die sich in sehr diversen Demokratietheorien verorten.

S. 56) allerdings diversifiziert. Neben einigen wenigen wirtschafts- wie gesellschaftspolitisch linken Parteien sind vorwiegend rechte und nationalistische Parteien entstanden oder zu ernstzunehmenden Akteurinnen angewachsen. Diese Parteien konnten teilweise Wähler_innen an sich binden, die sich von den ehemaligen Massenparteien abwendeten.

3.1.2. Übersetzung sozialer in politische Ungleichheit

Dirk Jörke sieht durch die Entstehung postdemokratischer Regime zwei essentielle Versprechen der Demokratie gefährdet: einerseits die gleichen Zugangsmöglichkeiten von Bürger_innen zum politischen Prozess, sei es durch passives und aktives Wahlrecht oder der Repräsentation spezifischer Interessen, und andererseits die Zukunft des Gemeinwesens durch demokratisch legitimierte Entscheidungen mitgestalten zu können (Jörke 2005, S. 486).

Das erste Versprechen sieht Jörke durch die zunehmende Wahlabstinenz von Bürger_innen mit schwachen Ressourcen bezüglich Bildung, Einkommen und Status gefährdet. Diese Entwicklung wird durch die qualitative und quantitative Zunahme unkonventioneller Formen der Beteiligung tendenziell verschärft, da diese vorwiegend von Angehörigen der Mittelschicht getragen werden. Wenn nun Interessen und Bedürfnisse nur selektiv in den politischen Prozess eingespeist werden, führt dies zu einer Verengung politischer Willensbildung (Jörke 2011). Das zweite Versprechen ergibt sich aus der demokratischen Norm der Selbstgesetzgebung, dass die von kollektiven Entscheidungen Betroffenen auch deren Autor_innen sein sollen, welche durch zwei Entwicklungen unterlaufen wird. Einerseits wird mit dem Verweis auf die zunehmende gesellschaftliche Komplexität und die Mängel bisheriger hierarchischer Entscheidungsfindungsprozesse die Vorbereitung von Gesetzestexten zunehmend aus dem Parlament in Expert_innengremien verlagert, in denen der Staat mit Vertreter_innen gesellschaftlich einflussreicher Interessen verhandelt¹⁵. Andererseits gewinnen im Zuge der zunehmenden globalen Interdependenz wirtschaftlicher und politischer Prozesse intra- und supranationale Institutionen an Relevanz. Die von diesen Institutionen gefassten Entscheidungen sind, obwohl diese globalen Einfluss auf die Lebensbedingungen von Menschen nehmen, in den wenigsten Fällen demokratisch legitimiert. Gerade die in Bezug auf die Ausgestaltung der transnationalen Freihandelsregime getroffenen Entscheidungen können von einzelnen Regierungen kaum mehr rückgängig gemacht werden (Jörke 2006a, S. 40 ff.). Nachdem die Demokratisierung der supranationalen Ebene nicht in Sicht ist, sieht Jörke die demokratische Souveränität von Bürger_innen trotz des Fortbestehens grundlegender demokratischer Institutionen im Rahmen des Nationalstaates nicht mehr gewährleistet (Jörke 2005, S. 491).

Armin Schäfer nimmt die Postdemokratisierungsthese im Rahmen der empirischen Demokratieforschung auf und weist nach, dass sich soziale in politische Ungleichheit übersetzt. Er beschreibt soziale Ungleichheit als Gefährdung demokratischer Institutio-

¹⁵ Birgit Sauer (2011b) betont, dass diese Entwicklung ebenso feministische Anliegen schwächt, da aufgrund der Logik männlicher Selbstrekrutierung in Wissenschaft und Wirtschaft männerbündische Strukturen vorherrschen.

nen, da diese dazu führt, dass immer mehr Bürger_innen ihre Beteiligungsrechte ungenutzt lassen (Schäfer 2008, S. 6). Formale Gleichheit sei zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine funktionierende Demokratie, denn sind „die für die demokratische Teilhabe benötigten Ressourcen in hohem Maße ungleich verteilt, gewährleistet der politische Prozess die gleiche Berücksichtigung aller Interessen allein deshalb nicht, weil sie unterschiedliche Chancen haben, zu den Entscheidungsträgern durchzudringen.“ (Schäfer 2010, S. 152). Obwohl diejenigen, die höher gebildet sind, über ein höheres Einkommen verfügen, sich stärker für Politik interessieren und diese gut verstehen, zufriedener mit der Funktionsweise der Demokratie sind, Parlamenten und Politiker_innen stärker vertrauen, häufiger wählen und unkonventionelle Beteiligungsformen stärker nutzen, sinkt jedoch mit einem steigenden Grad sozialer Ungleichheit in einer Gesellschaft sowohl die Demokratiezufriedenheit als auch das Institutionenvertrauen (ebd., S. 149) und damit die politische Partizipation in allen Gesellschaftsschichten (ebd., S. 151). Während Schäfer diese Entwicklung für westeuropäische Staaten anhand empirischer Daten nachweist, argumentiert Dieter Segert mit Blick auf die osteuropäischen Staaten, „dass eine aktive Teilhabe vieler am demokratischen Prozess die Überwindung grundlegender Ungleichheit in der Verteilung solcher Ressourcen wie Zeit, Geld, Wissen, organisatorische Fähigkeiten erfordert.“ (Segert 2016, S. 104 f.) So bedürfen repräsentative Demokratien eines funktionsfähigen Sozialstaats sowie der gerechten Verteilung von Gemeinschaftsgütern um politisch stabil zu werden und zu bleiben. (Dzihic/Segert 2012, S. 249).

In diesem Sinne argumentiert auch Claudia Ritzi, die sich – ebenso wie Dieter Segert – in der Tradition der sozialen Demokratietheorien verortet. Sie verweist darauf, dass Crouch ein „normativ anspruchsvolles Demokratieverständnis [vertritt], welches intensive Partizipation, die umfassende Verwirklichung politischer Gleichheit und die Gewährleistung politischer und sozialer Rechte als zentral erachtet und Demokratie nicht auf die Frage nach der Existenz regelmäßiger, freier und kompetitiver Wahlen beschränkt.“ (Ritzi 2017, S. 219) Insofern kritisiert sie Crouchs These, dass sich die Postdemokratie durch die wachsende Partizipationsenthaltung seitens der Bürger_innen als stabiles Regime erweisen könnte (ebd., S. 209). Ritzi geht hingegen davon aus, dass zunehmende soziale Ungleichheit die Stabilität eines politischen Systems selbst dann gefährden könne, wenn diese nicht unmittelbar zu politischem Protest führt (ebd., S. 219). Für sie liegt die „Gefährdung der Demokratie angesichts der sozialen Fragmentierung und der Destabilisierung des integrativen Potenzials eines Staates [...] maßgeblich im Verlust des generalisierten supports“ (ebd., S. 221).

Wolfgang Merkel wiederum kritisiert, dass viele Vertreter_innen der Postdemokratiethese ein maximalistisches Demokratiemodell vertreten, welches die Output-Performanz in die Demokratiedefinition mit einschließt. Merkel fokussiert insbesondere auf die von der Arbeiter_innenbewegung vertretene Idee einer solidarischen Demokratie, welche er als normativ zu anspruchsvoll beschreibt, da sie Fairness in Bezug auf Kollektivgüter sowie die Verteilung von Einkommen und Lebenschancen als systemische Dimensionen von Demokratie definiert (Merkel 2015, S. 12). Um eine mögliche Krise der Demokratie empirisch untersuchen zu können, bezieht sich Merkel auf die Idee einer meritokratisch fundierten Demokratie, sowie auf Veränderungen in der Input- und Partizipationsdimension (ebd., S. 476). Obwohl Merkel von einer Erosion und nicht Krise spricht, kommt er zu demselben Schluss wie Crouch: „Formale Rechte, Normen und Verfahren bleiben in der Regel intakt, aber die Chancen auf Teilnahme und die tatsächliche Partizipation und Repräsentation haben sich verändert.“ (ebd., S. 490) Das Gebot politischer Gleichheit wird durch eine doppelte Oligarchisierung verletzt, welche sich durch die zunehmende Partizipationsenthaltung ressourcenschwacher Schichten äußert, während das Eigentum der obersten Einkommenschichten zwar zunehmend von jeder Sozialbindung befreit wird, gleichzeitig jedoch maximalen politischen Einfluss garantiert (ebd., S. 496).

3.2. Demokratie ohne Demos

Auch Jörke und Buchstein kritisieren die zunehmende Output-Orientierung der modernen Demokratiethorien, welche sie als Rationalisierung des Demokratiebegriffs beschreiben. Dieses Paradigma betrifft ihrer Meinung nach alle Theorietraditionen, wodurch sich Differenzen nur in Bezug auf den Gehalt der Rationalitätskriterien wie verfahrensrechtliche Mechanismen, Effektivität, Implementierbarkeit, Interessensrepräsentation, Gerechtigkeit oder Gemeinwohl ergeben (Buchstein/Jörke 2003, S. 474 f.). In Kritik dieses Verständnisses von Demokratie als eine auf einem gewissen Institutionenensemble beruhende Herrschaftsform, dessen demokratische Qualität sich vorwiegend an der Rationalität der Ergebnisse messen lasse, entwickelte sich ein Diskurs um den Begriff Postdemokratie, den Buchstein und Jörke als Dynamisierung des Demokratiebegriffs beschreiben. Als demokratisch gelten nicht Institutionen, sondern Widerspruchshandlungen gegenüber jenen politischen Entscheidungen und Strukturen, welche das egalitäre Beteiligungsversprechen und die prinzipielle Unabgeschlossenheit von Demokratie verletzen (Jörke 2010, S. 272).

Als einflussreicher Vertreter dieses Diskurses prägte Sheldon S. Wolin den Begriff der flüchtigen Demokratie. Er definiert Demokratie als eine Seinsweise, die sich aus Unterdrückungserfahrungen bedingt, und sich nur in kurzfristigen, revolutionären Momenten realisiert, aber als Möglichkeit in der politischen Erinnerung eingeschrieben bleibt. Diese Erneuerung des politischen Moments findet in Widerspruchshandlungen statt, in denen Individuen neue kulturelle Formen des Gemeinsamen hervorbringen, um für die demokratischen Werte Freiheit und Gleichheit zu kämpfen. Während Freiheit den Ausdruck von Heterogenität und Vielfalt fördert, bildet der Bezug auf Gleichheit die Grundlage für das Gemeinsame, welches in den politischen Momenten eingefordert wird. Gleichzeitig weist Wolin darauf hin, dass moderne Formen von Macht wenig heterogene und fragmentierte Formen annehmen. Die ungleiche Verteilung von Macht kann nur dann herausgefordert werden, wenn politische Organisation auf Grundlage eines, wenn auch flüchtigen Gemeinsamen gelingt (Wolin 1996).

Die poststrukturalistisch geprägten Vertreter_innen eines dynamisierten Demokratiebegriffs – wie Jacques Rancière sowie Ernesto Laclau und Chantal Mouffe – arbeiten sich insbesondere an Jürgen Habermas' Theorie der deliberativen Demokratie ab. Dies ist insofern wenig verwunderlich als seine Theorie des kommunikativen Handelns die normative Letztbegründung von Demokratie intersubjektiv auflöst und damit als linguistic turn in der Kritischen Theorie beschrieben wird (Strecker/Schaal 2001). Habermas argumentiert gegen eine Letztbegründung von Normen, da er eine Situation annimmt, in welcher Behauptungen durch Konsens als allgemein anschlussfähig und damit wahr erzeugt werden können. Sprache ist das Medium des kommunikativen Handelns. Dieser Verständigungsprozess findet zwischen gleichberechtigten Teilnehmer_innen statt, die sich auf eine geteilte Lebenswelt beziehen, wodurch die erhobenen Geltungsansprüche akzeptiert und bestritten werden können. Das Rationalitätspotential der Deliberation ergibt sich daraus, dass die Teilnehmer_innen ausdrücklich das Ziel kooperativer Verständigung verfolgen (Habermas 1987, S. 148 f.), während die Verstetigung der Verfahren der Deliberation die riskante Verflüchtigung der gesellschaftlich schon einmal entschiedenen Inhalte auffangen soll (Maus 1992, S. 11).

Damit werden jedoch Rationalität, Kooperation und Konsens zur Voraussetzung von Demokratie, worin nicht wenige Theoretiker_innen eine Rekonstruktion machtvoller Ausschlüsse sehen. Insbesondere feministische Demokratietheoretiker_innen wie Marion Iris Young betonen, dass die deliberative Demokratietheorie ihren Anspruch eine nicht vermachtete Form der Verständigung zu entwerfen verfehlt, da die Bewertung einer Äußerung als rational notwendig innerhalb des hegemonialen Diskurses und der sich darin manifestierenden Machtverhältnisse stattfinden muss. Dieser Diskurs tendiert dazu beste-

hende gesellschaftliche Hierarchien zu stabilisieren, indem er Ungerechtigkeiten sowie Unterdrückungsverhältnisse verschleiert. Partikulare Interessen und Sichtweisen gesellschaftlich einflussreicher Gruppen werden als verallgemeinerbar gewertet, während die lebensweltlichen Erfahrungen marginalisierter Gesellschaftsschichten als zu wenig rational und respektabel gelten, um Teil einer kooperativen Verständigung zu werden. Damit setzt deliberative Demokratietheorie die Unterscheidung zwischen rationalen und irrationalen Äußerungen als das Fundament politischer Kommunikation, während die Frage der Legitimität dieser Unterscheidung eigentlich ihr Gegenstand ist (Young 1996; Young 2001). Rancière und Mouffe wiederum betonen wie Wolin, dass Konflikt und Widerspruch das eigentliche politische Moment darstellen, welches in der deliberativen Demokratietheorie zugunsten eines rationalen Konsens ausgelöscht wird (Mouffe 2013, S. 112). Damit gefährdet die Vorstellung einer konsensuellen Demokratie die Möglichkeit von Politik überhaupt, welche darin besteht im Konflikt die Logik der Gleichheit auf neue gesellschaftliche Bereiche auszudehnen (Rancière 2002, S. 132).

3.2.1. Demokratie als Verwaltungspraxis des „Fast-Nichts“

Jacques Rancière machte in Anschluss an Jacques Derridas „*démocratie à venir*“ den Begriff Postdemokratie im Rahmen seines 1995 erstmals erschienen Buchs ‚*La Méésentente*‘ einer breiten Rezeption zugänglich (Buchstein/Nullmeier 2006, S. 17). Das Wort Postdemokratie verwendet Rancière um das Paradox zu beschreiben, dass gerade in dem Moment, wo Demokratie weltweit als Siegerin des Systemwettbewerbs als gerechteste und wirksamste Regierungsform hervorgegangen ist, die Bindung an die und Wertschätzung der formellen Institutionen der Demokratie abnehmen (Rancière 2002, S. 108). Den Grund darin sieht Rancière in der zunehmendem Durchsetzung der konsensuellen Demokratie, welche darauf verzichtet sich als Macht des Volkes zu definieren. Sie ist eine neue Regierungsweise, die durch wuchernde Verrechtlichung, der verallgemeinerten Expert_innenpraxis und der ständigen Meinungsforschung gekennzeichnet ist (Rancière 2010, S. 145). Der Demos wird mit seinem gesellschaftlichen Körper identisch, indem der Namen des Demos mit der Aufzählung von Meinungen und Interessen seiner genau zählbaren Teile gleichgesetzt wird (ebd., S. 141). Alle Teile der Gesellschaft werden als gegeben und sichtbar konstruiert, zwischen denen nur noch vermittelt werden muss, um zu einer Lösung zu kommen (Rancière 2002, S. 118).

Rancière definiert Demokratie weder als ein Gesamtes der Institutionen des Rechtsstaates, noch als politische Herrschaftsform, sondern als die Subjektivierungsweise des Politischen, die darauf beruht, dass die Bürger_innen sowohl am Umstand des Herrschens

als auch des Beherrschtwerdens teilhaben (Rancière 2008, S. 7). Er definiert das Politische im Verhältnis zum Begriff der Polizei, welche für ihn die Anordnung der Körper in einer Gemeinschaft und Verwaltung von Stellen, Mächten und Funktionen darstellt (Rancière 2010, S. 125). Demokratie unterbricht diese Ordnung, indem in ihr eine Erscheinungssphäre eines mit sich nicht identischen Demos existiert, in welcher der Streit um zwei Logiken stattfindet, die zwar verflochten, aber nicht versöhnbar sind: die Logik der Gleichheit einerseits und die Ordnungslogik andererseits, die Funktionen, Stellen und Macht verteilt. Jedes Politische ist für Rancière in dem Sinne demokratisch, als dass es die Gleichheitslogik der polizeilichen Ordnung gegenüberstellt und die hierarchische Verteilung von Körpern und Funktionen in Frage stellt (ebd., S. 128 f.).

Rancière spricht von dem doppelten Körper des Demos: dem Demos der Texte, das auf der Gleichheitslogik beruht, und dem Demos der Arbeit und des Elends, der angeordnet ist. Und er fügt noch einen dritten Demos hinzu, der jedoch keinen konsistenten Körper hat, sondern nur Momente, Orte, Zustände und Gelegenheiten kennt. Dieser Demos interpretiert für Rancière den Abstand zwischen der formellen Erklärung der Gleichheit und der realen Verhältnisse im dramaturgischen Sinn und tut so als ob die Gleichheitserklärung Gültigkeit hat. Dieses ‚tun als ob‘ – en actu – ist immer unzeitgemäß, denn die Funktionsweise der Industrie ist feudal, genauso wie die Funktionsweise der Macht oligarchisch ist (ebd., S. 136). Das Politische muss daher notwendig polemisch und auf Dissens beruhend sein, da es im Versuch besteht die Logik der Gleichheit im Streit auf Bereiche auszudehnen, die der polizeilichen Logik folgen.

Postdemokratie ist für Rancière nun die Neubegründung der Demokratie auf den Gründungsprinzipien des Liberalismus, in welchem die Unterordnung des Politischen unter das Staatliche über den Umweg des Rechtlichen stattfindet, sowie die Gleichsetzung der demokratischen Form mit der Verwaltungspraxis der Unterwerfung unter die wirtschaftliche Notwendigkeit (Rancière 2002, S. 122). So definiert der postdemokratische Staat den politischen Streit zu einem Problem um, für das es eine richtige Lösung gibt und kann sich als bescheidener Staat präsentieren, der sich dadurch legitimiert, dass er Politik für unmöglich erklärt. Die Beweisführung der Unmöglichkeit erfolgt über die Demonstration seiner eigenen Ohnmacht angesichts von wirtschaftlichen Notwendigkeiten und rechtlichen Regeln. Die Postdemokratie setzt so die Politik ins Abseits, um den Demos ins Abseits zu setzen (ebd., S. 120). Rancière geht wie Crouch davon aus, dass die Legitimierung der staatlichen Gewalt durch die Behauptung der Ohnmacht staatlichen Handelns verstärkt wird. Durch die Unmöglichkeit der Wahl angesichts einer die ganzen Welt beherrschenden Notwendigkeit bezieht er seine Legitimation aus der Verwaltung des

„Fast-Nichts“ des Möglichen, welches aber auch die entscheidende Differenz zwischen Wohlstand für alle oder Elend, gesellschaftlichen Zusammenhalt oder Chaos darstellt.

Damit stellt die Postdemokratie eine Synthese aus dem für obsolet erklärten Marxismus und liberalen Thesen dar. Die objektive Notwendigkeit wird mit den Zwängen und Willkürlichkeiten des Weltmarktes gleichgesetzt (Rancière 2010, S. 146 f.), aber gleichzeitig bleibt der Demos nicht abwesend. Er kehrt zwar nicht wieder in der rousseauschen Figur der Volkssouveränität oder in Form der marxistischen Arbeiter_innen (Rancière 2002, S. 106). Die Rückkehr des verdrängten Demos erfolgt in der Form des ethnischen Volkes, das mit sich selbst ident und gegen den Anderen verfasst ist (ebd., S. 108). Die rechtspopulistischen Bewegungen fordern Souveränität für diese Figur des Volkes, die sie in der Tradition Carl Schmitts als Selbstregierung definieren¹⁶. Für Rancière gibt es jedoch erst dann Politik, wenn der Demos nicht ethisches Volk oder soziologisch verortete Bevölkerung ist, sondern Subjekte,

die als Supplement zu jeder Zählung der Teile der Gesellschaft eine spezifische Figur der Zählung des Ungezählten oder des Anteils der Anteillosen festschreiben. Dass dieser Anteil existiert, ist der eigentliche Einsatz der Politik. Und es ist der Gegenstand des politischen Streites. Der politische Konflikt bringt nicht Gruppen als Inhaber verschiedener Interessen zueinander in Opposition. Er stellt Logiken einander gegenüber, die auf verschiedene Weise die Anteile und Teile der Gemeinschaft zählen. (Rancière 2008, S. 28)

Politik als Einfordern des Anteils der Anteillosen¹⁷ bedeutet auf die Unbestimmbarkeit des demokratischen Prozesses zu bestehen. Die Unbestimmbarkeit liegt darin, dass sich die Zukunft ausgehend von den Möglichkeiten und Fähigkeiten, die in der Gegenwart

¹⁶ Ingeborg Maus argumentiert, dass Kant und Rousseau Volkssouveränität als Selbstgesetzgebung und insofern als weitgehende Identität der Gesetzgebenden und Gesetzesadressat_innen definieren. Dies ist bedeutsam, da Selbstregierung insbesondere bei Kant als despotische Herrschaftsform charakterisiert wird. Wenn Regierung und gesetzgebende Gewalt zusammenfallen, ist die Regierung keinen bestehenden Gesetzen unterworfen, sondern kann sich selbst Gesetze geben. Aus diesem Grund basiert die Republik auf Repräsentation, welche die Trennung von gesetzgebender und exekutiver Macht sicherstellt. Souveränität kommt aber nur jenen zu, die von den Entscheidungen selbst betroffen sind, und nicht den Verwalter_innen der delegierten, rechtsanwendenden Macht. Die Vertreter der deutschen konservativen Revolution, zu denen auch Carl Schmitt zählt, behaupten hingegen die Identität der Regierten und Regierenden. Damit verkehrten sie das Volkssouveränitätskonzept in sein Gegenteil, da sie Selbstgesetzgebung durch Selbstregierung ersetzen (Maus 1992, S. 201, 218)

¹⁷ Die Anteillosen sind für Rancière nicht gleichzusetzen mit prekarierten und marginalisierten Gruppen, die nach Teilhabe verlangen, da Politik nicht ident ist mit der Neuverteilung der Anteile verschiedener sozialer Gruppen und der Integration der Ausgeschlossenen in eine Gesellschaft. Aber gerade in den Kämpfen subordinierter gesellschaftlicher Gruppen kann das Problem des Ausschlusses in Form eines Konflikts inszeniert und als Gegensatz zwischen verschiedenen Welten sichtbar werden (Rancière 2007).

geschaffen werden, entwickelt (Rancière 2007). Politik ist insofern nicht das Lösen von Problemen, sondern die Inszenierung des Streites darüber, worin das Problem überhaupt besteht. Rancière kritisiert an der Idee des kommunikativen Handelns von Habermas, dass diese voraussetzt, dass sowohl die Partner_innen als auch der Gegenstand und die Bühne des Austausches festgelegt sind. Der politische Streit besteht jedoch darin Welten zum Erscheinen zu bringen, die der Andere nicht sieht und Dinge zu problematisieren, die im hegemonialen Diskurs nicht als Probleme wahrgenommen und anerkannt werden (Rancière 2008, S. 36). Rancière betont, dass das Politische nicht begründet ist und in keinem Zustand des Sozialen seinen Seinsgrund hat, sondern immer schon Teil der menschlichen Seinsweise als sprechendes Tier ist (ebd., S. 10, 34).

Damit zeigt sich trotz der Abgrenzung von den Theorien der deliberativen Demokratie eine Kontinuität hinsichtlich der Bedeutung, der Sprache bei der Konstitution des Politischen zugesprochen wird. Während Habermas die Letztbegründung von politischen Normen als Ergebnis intersubjektiver Verständigungsprozesses dachte und daher den Sprechakt Vernunft garantierender Verfahren unterwerfen wollte, ist das sprechende Tier bei Rancière bereits ausreichender Grund für die Existenz des Politischen, da Sprache Grundlage des Abstands des Sinnlichen zu sich selbst und damit des Dissens ist. Um eine andere Person nicht als politisches Wesen anzuerkennen reicht es aus, ihre Rede nicht als solche zu verstehen, sondern darin nur ein eine Befindlichkeit ausdrückendes Geräusch zu erkennen. Darin liegt nach Rancière der herrschaftsstabilisierende Effekt der Unterscheidung von privatem Leben und öffentlicher Sphäre. Wer dem häuslichen Raum zugeordnet wurde, wird nicht als Träger_in von Zeichen politischen Seins erkannt (ebd., S. 35). Die im Modell des kommunikativen Handelns festgelegten Verfahrensnormen sind für Rancière eine Neuinterpretation dieser vermachteten Unterscheidung, da die Rationalität und damit politische Relevanz einer Artikulation von jenen anerkannt werden muss, die bereits in der politischen Sphäre verortet sind.

Politik beginnt mit dem Streit um die Anerkennung und Benennung der Gegner_innen sowie um die Legitimität ihrer Forderungen. Die politische Argumentation oder Inszenierung konstruiert eine paradoxe Welt, die getrennte Welten zusammenbringt. Sie ist der Zusammenstoß zwischen zwei Aufteilungen des Sinnlichen. Wenn nun Politik von der Existenz einer spezifischen Welt von gleichen und freien Menschen abgeleitet wird, die der Erfahrungswelt der Notwendigkeit und des Zwangs entgegengesetzt ist, wird das zur Grundlage von Politik, was eigentlich Gegenstand des politischen Streits ist (ebd., S. 37). Rancière entwickelt diese Kritik in Auseinandersetzung mit dem Republikanismus Hannah Arendts. Die Trennung des Häuslichen vom Politischen, als Reinigung des Politischen von den Notwendigkeiten und Bedürfnissen des Sozialen bedeutet für ihn die

Reduktion des Politischen auf das Staatliche. Politik wird zum Vollzug einer Lebensweise, die den Anspruch auf Regieren legitimiert. Damit wird jedoch eine Aufteilung als Fundament der Politik gesetzt, die eigentlich ihr Gegenstand ist (ebd., S. 8 f.). Gerade das Fehlen eines Anspruchs auf Regieren ist für Rancière das, was Demokratie kennzeichnet (ebd., S. 16), so wie Streit die Grundlage von Politik ist. Das Ereignis des politischen Streits ist punktuell und die politische Differenz, die darin erscheint, steht immerzu kurz vor dem Verschwinden (ebd., S. 37). Die Formen von Demokratie – die Erscheinung der Bühne und der nicht-identischen Subjekte sowie die Austragung des Streits – sind zwar nicht dauerhaft stabilisierbar, aber von dem Bestehen institutioneller Grundlagen abhängig. Rancière betont, dass gewählte, repräsentative Institutionen, institutionelle Garantien, Rede- und Versammlungsfreiheit, sowie die Kontrolle staatlicher Macht die Bedingungen der Existenz demokratischer Formen sind. Demokratie verändert diese institutionellen Grundlagen jedoch auch und geht nicht darin auf (Rancière 2002, S. 110). Sie ist „das System von Eingriffsformen, die das System der Regierungsformen daran hindert, sich selbst als polizeiliche Ordnung zu verschließen.“ (Rancière 2010, S. 155)

Wie Demokratie ist für Rancière auch Postdemokratie eine Subjektivierungsweise, jedoch nicht des Politischen, sondern des notwendigen Genießens. Die Gleichsetzung von Politik mit der Verwaltung des Kapitals ist die Legitimierung der gegenwärtigen demokratischen Regierungen, denn sie verspricht die Optimierung der Genüsse der Individuen, die an die Stelle des Demos getreten sind. Aber diese Optimierung verlangt die Anerkennung der Unfähigkeit der Regierungen, die Bedingungen der Optimierung zu lenken. Die Verwaltung der Fülle wird identisch mit der Verwaltung der Krise (Rancière 2002, S. 123). Da die postdemokratische Gesellschaft mit der Summe ihrer soziologischen Teile vollständig übereinstimmt, wird jedes Individuum zu einem Mikrokosmos (ebd., S. 121), in dem sich die Verwaltung des „Fast-Nichts“ des Möglichen vollziehen muss, die zwischen Wohlstand für alle oder Elend, gesellschaftlichen Zusammenhalt oder Chaos entscheidet. Die entstehende postdemokratische Ordnung, die Rancière als aufgeklärte und kontrollierte Oligarchie bezeichnet (Rancière 2010, S. 155) kann das Versprechen der Steigerung des Wohlstands für alle und des allumfassenden Genusses nicht einhalten und lädt daher dazu ein, den ‚schlechten Körper‘, der den Genuss verunmöglicht, zu suchen und zu verfolgen (ebd., S. 153).

Dies äußert sich einerseits im Anstieg von Rassismus, Nationalismus und anderen essentialistischen Formen der Identifizierung in Europa und im Aufstieg der diese Positionen vertretenden politischen Bewegungen. Doch auch die Umgestaltung des Sozialstaates in einen aktivierenden Wohlfahrts- oder Fürsorgestaat kann zur Herausbildung eines Sozialpolizeistaates führen, „der keine faschistische Diktatur sein muss, um die Menschen-,

Bürger- und Freiheitsrechte unserer Verfassung ad absurdum zu führen. Aufgrund der Hartz-Gesetze durchdringt die staatliche Kontrolle das gesamte Alltagsleben der Leistungsbedürftigen: Eigentum, Schonvermögen, Größe der Wohnung, Formen des Zusammenlebens, Kindererziehung und selbst der Umfang eines Geburtstagsgeschenkes – alles kann zum Gegenstand staatlicher Aufsicht und Reglementierung werden. Finanzen, Wohnverhältnisse und Lebensweisen werden für die kontrollierenden Instanzen transparent. Wer so leben muss, der steht beständig unter dem Generalverdacht, die Gesellschaft als ‚Schmarotzer‘ zu belasten.“ (Butterwegge 2018, S. 238) Fremdenrechtsgesetzgebungen funktionieren nach ähnlichen Prinzipien. Maus sieht sozialstaatlich ausdifferenzierte Sonderregelungen für gesellschaftliche Gruppen und ethnische Minderheiten eher als Substantialisierung von Partikularitäten und autoritäre Festschreibung von gesellschaftlichen Positionen, als dass sie eine autonome Artikulation von Bedürfnissen zuließen (Maus 1992, S. 219). Nach Rancière hat die postdemokratische Auflösung politischer Identitäten dazu geführt, dass nur noch die gesellschaftliche, soziologische Identität übrigbleibt (Rancière 2002, S. 128).

3.2.2. Besitzindividualismus als demokratischer common sense

Auch Ernesto Laclau und Chantal Mouffe entwickeln ihr Modell einer radikalen, libertären und pluralen Demokratie (Laclau/Mouffe 2006, S. 35) ausgehend von der menschlichen artikulatorischen Praxis, wobei die Unmöglichkeit einer vollkommenen Fixierung von Bedeutung und damit die grundlegende Offenheit des Sozialen im Zentrum ihrer Theorie stehen. Ausgangspunkt ihrer Auseinandersetzung mit Demokratie war die Befürchtung, dass die gesellschaftlichen Machtverhältnisse Mitte der 1980er Jahre zu der Hegemonie eines liberalkonservativen Diskurses und einem Rückbau egalitär-demokratischer Rechte führen könnte. Insofern stellten sie die Frage, wie sich linkes Denken verändern müsse, um weiterhin einen Fortschritt hin zu freieren, demokratischeren und egalitären Gesellschaften erreichen zu können (ebd., S. 31).

Die Reformulierung linker Theorie und Praxis erfolgt in Abgrenzung zu dem, was sie als klassischen Marxismus beschreiben. So kritisieren Laclau und Mouffe einerseits die Vorstellung eines historischen und auf endogenen Marktgesetzen beruhenden Verlaufes der kapitalistischen Entwicklung und dem damit verbundenen Fokus auf die Arbeiter_innenklasse als einzig relevantes emanzipatorisches Subjekt, sowie andererseits die Konzeption des Kommunismus als eine befreite und transparente Gesellschaft, in der jede Form von Konflikt verschwunden sei (ebd., S. 34, 123). Als Grundlage einer radikalen und pluralen Demokratie sehen sie die Bejahung des unvollständigen, offenen und

politisch aushandelbaren Charakters jeder Identität (ebd., S. 140). Diese Offenheit existiert, weil jede Identität ein Resultat artikulatorischer Praxen ist, durch welche sie aber permanent modifiziert wird. Die Gesamtheit aller artikulatorischen Praxen bringt eine strukturierte Totalität hervor, welche Laclau und Mouffe als Diskurs definieren. Innerhalb des Diskurses existieren verschiedene Diskursformationen, die einzelnen Elementen unterschiedliche und oft auch widerstreitende Bedeutungen zusprechen. Dadurch sind alle sozialen Identitäten und Elemente überdeterminiert in dem Sinne, dass ihre Bedeutungen und Beziehungen zueinander niemals endgültig fixiert sind (ebd., S. 134, 148). Da keine Diskursformation eine Totalität darstellt in dem Sinne, dass Signifikat und Signifikant endgültig zusammenfallen, kann es Kontingenz und Artikulation geben (ebd., S. 143).

Ein Diskurs besteht für Laclau und Mouffe aus sprachlichen und nicht-sprachlichen Elementen, die ein differentielles und strukturelles System von Positionen konstituieren (ebd., S. 145). Die Praxis der Artikulation ist kein rein sprachliches Phänomen, sondern muss die gesamte materielle Dichte der Institutionen, Rituale und Praxen durchdringen, durch die eine Diskursformation oder historisch-diskursive Formation strukturiert ist (ebd., S. 146). Obwohl Identitäten und Elemente niemals völlig definiert sind, besteht die Praxis der Artikulation aus der Konstruktion von Knotenpunkten, die Bedeutungen teilweise fixieren (ebd., S. 151). Ein Beispiel für einen fundamentalen Knotenpunkt ist der Begriff Mensch (ebd., S. 155). Ist der Mensch in den humanistischen Demokratietheorien der Ursprung aller sozialen Verhältnisse, betont die radikale und plurale Demokratietheorie, dass jegliche menschliche Erfahrungen von den diskursiven Bedingungen ihrer Möglichkeit abhängt (ebd., S. 153). Die Logik des Diskurses ist die Logik der Differenz, da er aus einer Vielzahl miteinander verwobener Unterscheidungen besteht (Reckwitz 2006b, S. 344). Diese Logik führt zu einer Erweiterung und zunehmenden Komplexität des politischen Raums. Das Soziale existiert jedoch in Form des Gesellschaftlichen, welches einen Versuch darstellt ein objektives und geschlossenes System von Differenzen zu konstituieren und das Fließen der Differenzen aufzuhalten (Laclau/Mouffe 2006, S. 165). Aber dieses Begehren nach der endgültigen Fixierung von Bedeutung ist letzten Endes das Begehren nach einer immer abwesenden Struktur (ebd., S. 150), nach einem Diskurs, alle Bedeutungen eindeutig und endgültig fixiert. Diese Fixierung würde aber die unmögliche Identität zwischen Signifikat und Signifikant voraussetzen.

Gesellschaft ist somit eigentlich ein unmögliches Ding, das aber dennoch existiert, indem jede Gesellschaft ihre eigene Form von Rationalität und Intelligibilität konstituiert, mit der sie jeden sie untergrabenden Bedeutungsüberschuss aus sich zu verbannen versucht (ebd., S. 184). Diese partiellen Fixierungen von Bedeutung erlauben die Herausbildung temporärer Ordnungen und basieren auf der Logik der Vereinfachung des politi-

schen Raums. Laclau und Mouffe nennen dies die Logik der Äquivalenz. Die Logik der Äquivalenz überformt die Vielzahl von Unterscheidungen durch eine übergreifende, notwendig simplifizierende Identifizierung. Diese Identifizierung wird in der europäischen Philosophietradition nicht positiv über das allen Aspekten einer Identität Gemeinsame gedacht, sondern erfolgt über die Konstruktion eines Äußeren, welche die als Äquivalenzkette konstruierte Identität negativ definiert. Negativität und die Existenz von Antagonismen sind für Laclau und Mouffe die primären und begründenden Elemente des Sozialen. Daraus ergibt sich die Offenheit und Unbestimmtheit des Sozialen, welche die Voraussetzung bildet für die Existenz artikulatorischer und hegemonialer Praxen ¹⁸ (Laclau/Mouffe 2006, S. 187). Erst in der Abgrenzung von einem Äußeren lässt sich die Vielzahl einander überschneidender Differenzen zu einer übergreifenden Identität vereinheitlichen, in der sie alle einander ‚äquivalent‘ erscheinen.

Während nun die Logik der Differenz jedem Diskurs zugrunde liegt, ist die Logik der Äquivalenz die Voraussetzung für die Herausbildung hegemonialer Diskursformationen (Reckwitz 2006b, S. 344). Damit Diskurse hegemonial werden können, bedürfen sie neben der Logik von Äquivalenz auch der Existenz sozialer Antagonismen. Ein sozialer Antagonismus ist die Grenze einer gegebenen Ordnung, die in dieser selbst gegeben ist (Laclau/Mouffe 2006, S. 167). Der Antagonismus markiert die Grenze zwischen der in einer Gesellschaft legitimen Form von Rationalität und Intelligibilität in Abgrenzung zu dem, was als bedrohliches, inakzeptables und kaum begreifbares Anderes außerhalb der Grenzen der Gesellschaft situiert wird (Reckwitz 2006b, S. 345). Obwohl nun ein hegemonialer Diskurs den Versuch darstellt eine Ordnung zu etablieren, gelingt dies nie vollständig. Keine hegemoniale Ordnung kann volle Präsenz erreichen, da in ihr selbst die Negation dieser ihr zugrundeliegenden Ordnung als Antagonismus angelegt ist. Je instabiler nun die gesellschaftlichen Verhältnisse sind, desto weniger erfolgreich wird ein hegemonial fixiertes System von Differenzen bleiben und desto stärker werden sich die Orte des Antagonismus vermehren. Diese Vermehrung erschwert die Konstruktion jeder Zentralität und infolgedessen die Errichtung einheitlicher Äquivalenzketten um einen transzendentalen – leeren – Signifikanten (Laclau/Mouffe 2006, S. 149, 171).

Ein überaus erfolgreicher und über lange Zeit einflussreicher leerer Signifikant ist der Begriff Demokratie, der das Zentrum eines globalen hegemonialen Diskurses bildet. Für Laclau und Mouffe fand eine entscheidende Veränderung im politischen Imaginären euro-

¹⁸ Es stellt sich an dieser Stelle die Frage, inwieweit Laclau und Mouffe die Verwobenheit ihrer Theorie in den westlichen hegemonialen Diskurs mitdenken. Die radikale und plurale Demokratietheorie basiert auf einer partikularen, der griechischen Philosophie entspringenden Logik der identitären Definition durch negative Abgrenzung. In dieser partikularen Logik sehen Laclau und Mouffe aber zugleich die universelle Begründung des Sozialen.

päischer Gesellschaften mit dem Auftauchen der demokratischen Prinzipien der Freiheit und Gleichheit, sowie des Diskurses um die angeborenen Rechte eines jeden Menschen statt. Dadurch wurde die Logik der Äquivalenz in das grundlegende Instrument der Produktion des Sozialen transformiert. Der demokratische Diskurs erlaubt die Ausweitung von Gleichheit und Freiheit auf immer mehr gesellschaftliche Bereiche, da er diese als Unterdrückungsverhältnisse spiegelt (ebd., S. 195 f.). Politisch sind für Laclau und Mouffe jene Kämpfe oder Handlungen, die auf die Transformation jener sozialen Verhältnisse zielen, die ein Subjekt im Verhältnis der Unterordnung konstruieren. Diese Unterordnungsverhältnisse, also die Unterwerfung eines sozialen Agenten unter die Entscheidung eines anderen, sind nicht per se Unterdrückungsverhältnisse. Nur jene Unterordnungsverhältnisse, die sich zu Orten von Antagonismen transformiert haben, definieren Laclau und Mouffe als solche.

Es braucht eine konkurrierende diskursive Formation, welche den positiven differentiellen Charakter der untergeordneten Subjektposition in Frage stellt und die Unterordnung als Unterdrückung konstituiert. Es gibt daher kein Unterdrückungsverhältnis ohne die Präsenz eines diskursiven Äußeren, von wo die Logik der Unterordnung unterbrochen werden kann (ebd., S. 193 ff.). Indem Unterordnungsverhältnisse, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht in Frage gestellt worden waren, als äußerlicher Zwang und deshalb als Formen von Unterdrückung diskursiv konstruiert werden, bilden sich neue Formen radikaler Subjektivität aus. Was Formen des Widerstandes zu kollektiven Kämpfen werden lässt, ist die Existenz eines Diskurses, der von außen die Stabilisierung der Unterordnung als Differenz verhindert (ebd., S. 199 f.). In demokratischen Gesellschaften basieren kollektive Kämpfe nicht auf einer diskursiven Spaltung des politischen Raums in zwei entgegengesetzte Felder, sondern finden unter der Bedingung der Pluralität politischer Räume statt (ebd., S. 184).

Neue soziale Bewegungen spielen in der Einschätzung von Laclau und Mouffe eine zentrale Rolle dabei, die demokratische Revolution auf eine Reihe von neuen sozialen Verhältnissen auszudehnen (ebd., S. 201). Durch die Herausbildung einer demokratischen Konsumkultur in den entwickelten Industriestaaten und der zunehmenden Reduktion der Subjekte auf eine reine Konsumfunktion kommt es zu einer Verschiebung zwischen den beiden demokratischen Imaginären Gleichheit und Freiheit. Die Forderungen nach Autonomie und Individualismus spielen mittlerweile eine zentrale Rolle (ebd., S. 206). Laclau und Mouffe betonen zwar, dass dies die traditionell an dem Imaginär Gleichheit ausgerichtete Linke in Mobilisierungsprobleme brachte, sehen aber gerade darin das Terrain, welches die Vertiefung der demokratischen Revolution ermöglicht. Denn durch die radikale Anerkennung der Pluralität des Sozialen und der Identitäten geht die Akzeptanz

der Offenheit des politischen Prozesses einher. Demokratisch ist die Anerkennung eines radikalen Pluralismus für Laclau und Mouffe aber nur dann, wenn die Selbstkonstituierung jedes seiner Glieder das Resultat einer Verschiebung des egalitären Imaginären ist. Radikale und plurale Demokratie ist insofern ein Kampf um ein Höchstmaß an Autonomisierung von Bereichen auf der Basis der Verallgemeinerung der „äquivalentell egalitären Logik“ (Laclau/Mouffe 2006, S. 209).

Allerdings warnten Laclau und Mouffe schon Mitte der 1980er Jahre davor, dass sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse nicht zugunsten einer Demokratisierung der Demokratie entwickeln. Sie sehen ein neues hegemoniales Projekt in Form eines liberalkonservativen Diskurses entstehen, der die neoliberale Verteidigung der freien Marktwirtschaft mit der äußerst anti-egalitären kulturellen und sozialen Tradition des Konservatismus zu verbinden versucht. Ihres Erachtens nach liegt die Möglichkeit einer linken hegemonialen Gegenstrategie darin die demokratischen Kämpfe auf die ganze Zivilgesellschaft und den Staat auszudehnen (ebd., S. 218 f.). Allerdings erschwert der Besitzindividualismus die Möglichkeit das Prinzip der demokratischen Äquivalenz zwischen allen jenen Gruppen zu erreichen, deren Kämpfe zu einer Demokratisierung der Gesellschaft führen. Für Laclau und Mouffe bleiben die Forderungen der Gruppen in vielen Fällen untereinander unvereinbar, wenn der Besitzindividualismus als Produktionsmatrix der Identität dieser Gruppen erhalten bleibt. Daher braucht es die Konstruktion eines neuen ‚common sense‘, den sie mit folgenden Worten von Marx beschreiben: die freie Entwicklung einer_s jeden soll die Bedingung für die freie Entwicklung aller sein (ebd., S. 227). Die plurale Demokratie bedarf in ihrem Verständnis nicht nur der Logik der Gleichheit, sondern auch des Liberalismus als ethisches Prinzip, das die Freiheit des Individuums zur Verwirklichung seiner oder ihrer menschlichen Fähigkeiten verteidigt (ebd., S. 228).

3.2.3. Politik der Feindschaft

Chantal Mouffe entwickelte das Modell einer radikalen und pluralistischen demokratischen Politik weiter. In dem 2000 erstmals erschienenen Buch „Das demokratische Paradox“ bezeichnet Mouffe liberale Demokratie insofern als paradox, als sie aus der Artikulation zweier Logiken resultiert, die in letzter Instanz inkompatibel sind und nicht miteinander versöhnt werden können. Während die liberale Tradition Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und individuelle Freiheiten betont, baut die demokratische Tradition auf Gleichheit, Identität zwischen Regierten und Regierenden sowie Volkssouveränität auf (Mouffe 2013, S. 20). Liberale Demokratie als Verbindung dieser beiden Logiken ist für Mouffe eine kontingente historische Artikulation. Die Spannung, die liberaler Demokra-

tie daher innewohnt, kann nicht aufgelöst, sondern nur verhandelt werden (ebd., S. 22). Die Vertreter_innen eines Konsensmodells von Demokratie¹⁹ verkennen für Mouffe, dass moderne demokratische Politik in der Konfrontation zwischen den sich widersprechenden Interpretationen der liberaldemokratischen Normen besteht (ebd., S. 25). Das Ideal einer Demokratie als Realisierung eines rationalen Konsenses der alle Interessenskonflikte befriedet ist nach Mouffe eine Gefährdung der Zukunft der Demokratie, deren Stärke gerade in der Anerkennung und dem Aushalten dieser Paradoxie liegt (ebd., S. 26).

Mouffe schließt in diesen Schriften an dem gemeinsam mit Ernesto Laclau vorgebrachten Appell an, dass die Aufgabe der Linken darin besteht die liberaldemokratische Idee in Richtung einer demokratisch und pluralen Demokratie zu vertiefen und auszuweiten (Laclau/Mouffe 2006, S. 219). Gleichzeitig warnt sie davor, dass immer mehr sozialdemokratische Denker_innen den postpolitischen Konsens übernehmen demzufolge Politik heute nicht mehr nach sozialen Unterschieden strukturiert sei. Dadurch ignorieren sie die durch neoliberale Politik bewirkte tiefe Ungleichheit und verlieren die Fähigkeit ein glaubhaftes Alternativprojekt zu formulieren (Mouffe 1993; Mouffe 2001). Den Vertreter_innen des deliberativen Demokratieverständnisses wie Jürgen Habermas und John Rawls wirft Mouffe vor zu verkennen, dass das Politische gerade aus der Existenz eines nicht versöhnbaren Wertpluralismus besteht. Sie entwickelt diesen Gedanken ausgehend von Ludwig Wittgensteins These, dass Übereinstimmung nicht auf rationalen Einsichten, sondern auf geteilten Überzeugungen beruht. Jemanden als irrational wahrzunehmen bedeutet also nicht, dass die Person keinen angemessenen Gebrauch seiner Verstandskapazitäten macht, sondern dass sie nicht genug Wünsche und Überzeugungen mit uns teilt, als dass die Konversation fruchtbar werden könnte (Mouffe 2013, S. 73). Wittgenstein weist aber darauf hin, dass in den demokratischen Institutionen konkrete Inhalte und Umsetzungen von kontraktualer Deliberation existieren. Diese leiten sich von geteilten Urteilen ab, die uns als Praktiker_innen einer spezifischen Lebensform nahe liegen. Diese Lebensform wird durch ein Netzwerk präkontraktualer Übereinstimmungen zusammengehalten (ebd., S. 72). Bevor wir Übereinstimmungen bezüglich Meinungen finden können, müssen wir zuerst eine Übereinstimmung bezüglich der verwendeten Sprache herstellen, welche eine Übereinstimmung in der Lebensform bedeutet (ebd., S. 75).

Insofern gibt es Grenzen des Konsenses. Wenn zwei unversöhnliche Prinzipien aufeinandertreffen, dann sind diese in den präkontraktualen Strukturen der Lebensform verankert und daher nicht auf der Ebene der sprachlichen Deliberation versöhnbar (ebd.,

¹⁹ Mouffes Kritik bezieht sich einerseits auf die Vertreter_innen der von Jürgen Habermas begründeten deliberativen Demokratietheorie, sowie andererseits die Protagonist_innen einer Reformulierung sozialdemokratischer Politik in Anschluss an Anthony Giddens.

S. 78). Nur Regeln und Prozeduren, die in gemeinsame Lebensformen und Übereinstimmung in den Urteilen eingeschrieben sind, können akzeptiert und befolgt werden. Mouffe betont, dass Wittgensteins Philosophie keine Suche nach Gewissheit, sondern nach Verantwortung für eine getroffenen Entscheidung ist. Die Beendigung eines Deliberationsprozesses und Verkündung eines Konsenses ist immer das Ergebnis einer Entscheidung, die andere Möglichkeiten ausschließt. Demokratische Politik besteht auch darin, die Verantwortung für die Entscheidung zu einem Ausschluss zu übernehmen (Mouffe 2013, S. 106). Diese Betonung von Entscheidung und Verantwortung verhindert, dass bestehende Formen des Ausschlusses unter einem Schleier der Rationalität oder der Moral verborgen werden. Mouffe sieht darin die Grundlage einer demokratischen Politik, welche die Konversation bezüglich der Bedeutung der zentralen demokratischen Werte Gerechtigkeit und Freiheit für immer offen lassen muss und der Versuchung einer endgültigen Setzung widersteht (*ebd.*, S. 83).

Die Analyse demokratischen Handelns aus wittgensteinscher Perspektive führt Mouffe zu dem Schluss, dass Demokratie keine Wahrheitstheorie und keine universelle Gültigkeit benötigt, sondern eine Vielfalt von Praktiken und Verfahren, um Menschen davon zu überzeugen, die Bandbreite ihrer Verpflichtungen gegenüber anderen zu erweitern und eine inklusivere Gesellschaft aufzubauen (*ebd.*, S. 74). Daraus schließt sie, dass liberal-demokratische Institutionen nicht allein auf pragmatischen Kommunikationsbedingungen basieren können, sondern einen demokratischen Ethos benötigen (*ebd.*, S. 76 f.). Dieser besteht einerseits in einem Zugehörigkeitsgefühl zu demokratischen Institutionen, welche aus der Verfügbarkeit demokratischer Subjektivitäts- und Lebensformen entsteht. Dafür bedarf es nach Mouffe einer Vervielfältigung der Institutionen, Diskurse und Lebensformen, die die Identifikation mit demokratischen Werten festigen und eine Aktivbürger_innenschaft ermöglichen (*ebd.*, S. 98). Andererseits beruht der demokratische Ethos auf der Anerkennung des präkontraktuellen Wertpluralismus, der zu einer fundamentalen Spannung zwischen der Logik des Liberalismus als Betonung individueller Rechte und der Logik von Demokratie als Selbstregierung Gleicher führt. Diese Spannung kann genauso wenig aufgelöst werden, wie die Ausschlussdimension jeder demokratischen Entscheidung, ohne die Grundlage des Politischen selbst aufzuheben. Für Mouffe liegt die Natur des Politischen in der Existenz von Macht und Antagonismus (*ebd.*, S. 101). Die Legitimität politischer Entscheidungen beruht eben nicht auf einem vorpolitischen Grund, wie Rationalität, sondern ergibt sich daraus, dass diese Entscheidungen von manchen gesellschaftlichen Gruppen unterstützt werden. Gleichzeitig existieren diese Gruppen nicht a priori, sondern entstehen im Zuge politischer Prozesse. Für Mouffe verfolgt Politik die Schaffung von Einheit im Kontext von Konflikt und Diversi-

tät. Durch die Bestimmung eines ‚sie‘ erzeugt sie ein ‚wir‘ (ebd., S. 103). Die Aufgabe demokratischer Politik und Institutionen besteht nun darin diese wir/sie-Unterscheidung mit einer pluralistischen Demokratie kompatibel zu machen.

Mit dem Begriff agonistischer Pluralismus versucht Mouffe das Politikverständnis zu beschreiben, durch welches die dem Politischen zugrundeliegenden Konflikte zwischen Feinden in Auseinandersetzungen zwischen einander als legitim anerkennenden Gegner_innen umgewandelt werden können. Obwohl Mouffe davor warnt Politik auf Ethik zu reduzieren (ebd., S. 101), beruht ihr Modell des agonistischen Pluralismus darauf, dass sich unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen gegenseitig als legitime Gegner_innen anerkennen, weil sie sich alle auf die ethisch-politischen Prinzipien liberaler Demokratien beziehen. Denn auch agonistische Politik bedarf eines Basiskonsenses bezüglich der Werte Freiheit und Gleichheit (Mouffe 2018). Der Unterschied zur Konsensdemokratie liegt für Mouffe darin, dass es sich um einen konfliktorischen Konsens handelt, da über ihre konkrete Interpretation gestritten werden soll und muss (Mouffe 2013, S. 105). In der Konsensdemokratie hingegen, da sie die Erzeugung von und die Auseinandersetzung zwischen distinkten politischen Identitäten verhindert, äußern sich gesellschaftliche Antagonismen in Formen, welche die demokratische Öffentlichkeit aushöhlen. Während die Rechtssphäre die demokratische Öffentlichkeit als Ort der politischen Entscheidungsfindung verdrängt, nimmt die Bedeutung eines moralischen Diskurses zu, der sich um zu- meist sexuell konnotierte Skandale, Korruption, religiöse oder nicht-verhandelbare Werte dreht. (ebd., S. 112 ff.).

Mouffe sieht darin den Triumph eines moralisierenden Liberalismus, der nur die Opposition zwischen ‚gut‘ und ‚böse‘ kennt. „Auf der einen Seite die guten DemokratiInnen, die universelle Werte respektieren, auf der anderen Seite die RepräsentantInnen des Bösen, die rassistische und fremdenfeindliche Rechte, mit der keine Diskussion erlaubt ist und die ausradiert werden muss mittels moralischer Verdammung.“ (Mouffe 2001) Auch die zunehmende Gleichsetzung von demokratischer Politik mit der Verteidigung von Menschenrechten bei gleichzeitiger Aufgabe des Elements der Volkssouveränität sieht Mouffe kritisch. Der daraus resultierende Diskurs lehnt oftmals jede Form von Erklärungsversuch für den zunehmenden Einfluss rechtspopulistischer Bewegungen ab, sondern setzt vorwiegend auf Denunziation politischer Gegner_innen. Die Stärke des moralischen Diskurses liegt auch darin, dass die Linke die real existierenden liberalen Demokratien zunehmend als einzig denkbare Form einer pluralen Gesellschaft akzeptiert, anstatt die darin verletzten Versprechen von Gleichheit und Freiheit für alle weiterhin einzufordern. Indem auch die Linke nur noch moralische Feinde definiert, deren Forderungen sie außerhalb des Sagbaren und damit politischen Diskurses verortet, verzichtet sie darauf

politische Gegner_innen innerhalb des demokratischen Lagers festzulegen. In Zeiten neo-liberaler Hegemonie bedeutet dies aber, dass der demokratische Diskurs ein weitgehend neoliberaler ist und keine Möglichkeit besteht eine Alternative zur gegenwärtigen Politik zu artikulieren (Mouffe 2001).

Demokratische Politik braucht für Mouffe insofern zwei Voraussetzungen. Einerseits darf sie nicht mit der Suche nach rationalen Lösungen gleichgesetzt werden, da ansonsten die Wahl zwischen Alternativen und damit die Grundlage des Politischen verloren gehen. Andererseits dürfen politische Gegner_innen nicht als moralische Feinde definiert werden, da ein antagonistischer Konflikt nicht mehr im Rahmen demokratischer Institutionen ausgetragen werden kann. Mouffe beschreibt eine_n Gegner_in „als jemanden, dessen Idee wir bekämpfen, dessen Recht, jene Ideen zu verteidigen, wir aber nicht in Zweifel ziehen“ (Mouffe 2013, S. 103). Ihr Modell eines agonistischen Pluralismus baut darauf auf, dass alle Akteur_innen den Konflikt auf symbolische Weise inszenieren, ausverhandeln und innerhalb demokratischer Institutionen austragen. Insofern bedarf die Existenz demokratischer Politik eines von allen geteilten demokratischen Ethos. Damit tendiert ihre Analyse dazu Demokratie nicht mehr als historisch-konkrete hegemoniale Formation zu definieren, sondern als eine sittliche Anforderung an die Bürger_innen (Jörke 2006b, S. 263). Das liegt darin begründet, dass Mouffe die Krise der Demokratie vorwiegend als Versagen innerhalb des demokratischen Diskurses analysiert. Dennoch nimmt ihre Kritik eine Entwicklung im politischen Diskurs voraus, die seit einigen Jahren massiv an Bedeutung gewinnt. In den 2000er Jahren wird eine neue Konfliktlinie hegemonial zwischen denen, die andere als Populist_innen bezeichnen und denen, die als solche bezeichnet werden (Marchart 2017, S. 11).

4. Demokratische Krisen in populistischen Zeiten

Während in den 1990er Jahren eine Politik jenseits von links und rechts (Mouffe 2001) verkündet wurde, bildet sich in den 2000er Jahren eine neue Konfliktlinie im demokratischen Diskurs. Die zentrale Unterscheidung zwischen politischen Parteien in der medialen Berichterstattung besteht in der Zuteilung zum Lager der Demokrat_innen oder dem Lager der als demokratiegefährdend angesehenen Populist_innen. Während der post-strukturalistische Diskurs warnt, dass diese Unterscheidung jegliche politische Differenz innerhalb des demokratischen Lagers zum Verschwinden bringt und die Alternativenlosigkeit gegenwärtiger Politik betont, wird Populismus im liberalen Krisendiskurs als Machtkampf zwischen einer verantwortungsvollen, liberalen und einer maßlosen, popularen Demokratie geframt. Wenn aber innerhalb des Parteienspektrums des demokratischen Blocks keine Alternative zur neoliberalen Prekarisierung aller Arbeits- und Lebensbereiche formuliert werden kann, besteht die Gefahr, dass sie gegen die Demokratie als solche formuliert wird (Marchart 2017). Zusätzlich stärkt die Zuspitzung des politischen auf einen moralischen Diskurs das Mobilisierungspotential rechter und rechtsextremer Parteien, da ihre Diskurse vorwiegend darauf aufbauen, dass es einen Feind gibt, dessen Präsenz und Erscheinungsform vernichtet werden muss.

4.1. Populismus als essentieller Bestandteil demokratischer Diskurse

Für Laclau und Mouffe ist der Konflikt zwischen distinkten politischen Identitäten ein essentieller Bestandteil des Politischen. Bezugnehmend auf die Mobilisierungsstrategien der lateinamerikanischen Linken prägt Laclau in den 2000er Jahren einen Populismus-begriff, der diesen als artikulatorische Praxis und notwendiges Werkzeug des politischen Diskurses beschreibt. Das konstituierende Moment von Politik liegt für Laclau in der unauflösbaren Asymmetrie zwischen der Gesellschaft als Ganzes und dem Gemeinwillen (Laclau 2014, S. 49). Dies bedeutet einerseits, dass Politik begrenzt ist im Sinne ihrer

Problemlösungsfähigkeit. Egal welche Entscheidung getroffen wird, der Streit darüber ob dies die richtige Wahl war geht weiter. Andererseits liegt darin auch die spezifische Qualität von Politik, denn sie ermöglicht die Wahl zwischen alternativen politischen Lösungsvorschlägen zu gesellschaftlichen Problemlagen und damit Zukunftsvisionen. Der demokratische Aspekt erstreckt sich innerhalb des Politischen darauf, wer berechtigt ist seine Forderungen zu artikulieren, zur Wahl zu stellen und daran teilzunehmen. Da aber eine Wahl möglich sein muss, bildet die Repräsentation unterschiedlicher Interpretationen des Gemeinwillens den Kern des Politischen.

Das Politische ist nun zwischen zwei Polen einer artikulatorischen Logik aufgespannt. Einerseits der Logik der Differenz, in der jede soziale Forderung individualisiert artikuliert und durch das institutionelle System befriedigt werden kann. Laclau nennt dies den institutionalistischen Diskurs (Laclau 2014, S. 45). Der zweite Pol folgt der Logik der Äquivalenz, in der sich alle soziale Forderungen miteinander verbinden und sich gemeinsam artikulieren (ebd., S. 37). Dies gelingt, indem sie jenseits ihrer Unterschiedlichkeit eine gemeinsame Opposition gegen das gegenwärtige politische System artikulieren. Dieser Logik folgt der populistische Diskurs. Insofern macht es für Laclau keinen Sinn zu fragen, ob eine politische Bewegung populistisch ist, sondern nur in welchem Ausmaß sie populistisch agiert (ebd., S. 47). Denn die populistische Logik ist unentbehrlicher Teil des Politischen, auch wenn beide Pole Extreme darstellen, die innerhalb eines demokratischen Systems unerreichbar sind, ohne dieses zu zerstören. Der erste Pol würde eine vollständig verwaltete Gesellschaft bedeuten, während der zweite Pol die Gesellschaft im Sinne der Massenpsychologie des 19. Jahrhunderts denkt und alle sozialen Forderungen auf ihre Auflehnung gegenüber den Regierenden reduziert (ebd., S. 45 f.). Für Laclau führen daher alle Ansätze in die Irre, welche versuchen Populismus über eine inhaltliche Dimension zu definieren. Er warnt, dass diese Ansätze, die Populismus als ein automatisch gefährliches und damit abzulehnendes Phänomen sehen, oftmals mit einer Abwertung breiter Bevölkerungsschichten und einer generellen Ablehnung von Politik einhergehen (Laclau 2005, S. X).

Laclau versteht Populismus formal als spezifische Praxis der politischen Artikulation (Laclau 2014, S. 44). Diese besteht darin über die gleichberechtigte Verknüpfung unterschiedlicher, unerfüllter politischer Forderungen eine populäre Subjektposition zu konstituieren. Diese populäre Subjektposition kann aber nur entstehen, wenn das politische Feld in zwei antithetische Lager aufgespalten wird und diese Subjektposition für das Lager der Benachteiligten und Unterlegenen steht (ebd., S. 42). Diese artikulatorische Praxis, durch die einerseits eine Äquivalenzkette zwischen unterschiedlichen politischen Forderungen gebildet wird und andererseits ein sozialer Antagonismus konstruiert wird, ist der Ver-

such einen hegemonialen Diskurs zu etablieren. Damit ist die populistische Artikulation als Ringen um Weltinterpretation für Laclau Bestandteil allen politischen Handelns. Je populistischer eine politische Bewegung jedoch agiert, desto leerer und dürftiger werden ihre inhaltlichen Argumente, da die Vielzahl an Forderungen, die sie zu vertreten vorgibt, keinen gemeinsamen Nenner mehr haben. Deswegen muss sie die partikulare Vielfalt des Sozialen durch eine homogenisierende Figur überdecken. Dies kann der Name einer zentralen Person sein, ein allumfassendes Feind- oder Hoffnungsbild (ebd., S. 39 f.). Populismus ist damit nicht per se eine Pathologie, sondern ein notwendiges Werkzeug des politischen Diskurses um trotz der sozialen Komplexität und Heterogenität Handlungsfähigkeit durch Organisierung, Solidarisierung und affektive Bezugnahme zu schaffen.

4.2. Populismus als Zeitgeist

Damit steht Laclaus Ansatz im Widerspruch zu an die liberale Tradition anschließende Demokratietheoretiker_innen, welche Populismus als Krisensymptom demokratischer Regierungssysteme analysieren. Zugespitzt gesagt ist Populismus gegenwärtig die einflussreichste liberale Krisentheorie, die als Fortschreibung der Unregierbarkeitsthese gelesen werden kann. Cas Mudde spricht von der zunehmenden Bedeutung eines „populistischen Zeitgeists“ (Mudde 2004) und sieht westliche Demokratien vor einer entscheidenden Machtprobe. Entweder geben liberale Politiker_innen den Forderungen der Populist_innen nach und erschaffen ein stärker populistisches und weniger liberales demokratisches System, oder sie widerstehen der populistischen Versuchung, indem sie die demokratische Begrenztheit der liberalen Demokratien erklären und verteidigen (ebd., S. 562).

Zur Erläuterung, warum sich kontemporäre Demokratien in dieser Zwickmühle befinden, führt Mudde drei Gründe an. Einerseits veränderte sich die Rolle der Medien als diese zunehmend unabhängig von politischen Parteien wurden und sich dabei kommerzialisierten. Im direkten Wettbewerb um die Aufmerksamkeit der Rezipient_innen gewann die Berichterstattung über skandalöse Aspekte von Politik an Bedeutung. Damit verbunden war ein Ansehensverlust der politischen Institutionen innerhalb der Bevölkerung. Zweitens resultierte die Egalisierung und Öffnung der Bildungssysteme in den 1960er Jahren in einer besser gebildeten und emanzipierten Wähler_innenschaft. Mudde spricht von einer „kognitiven Mobilisierung“, welche Bürger_innen zu kritischeren Beobachter_innen des politischen Geschehen macht. Drittens haben globale Entwicklungen westliche Gesellschaften verändert. So fiel mit dem Ende des Realsozialismus die Negativfolie zur Bewertung der Qualität demokratischer Regierungssysteme weg. „Real-

existierende Demokratien“ werden nun mit dem theoretischen Modell verglichen, eine Bewertung, die zumeist ungünstig für erstere ausfällt. Gleichzeitig hat die zunehmende Globalisierung der ökonomischen Sphäre den Handlungsspielraum der nationalen politischen Eliten verengt, während die weit verbreitete Forderung nach dem Vorrang von Politik eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Konsequenzen dieser Veränderung erschwert (Mudde 2004, S. 553 ff.).

Die gegenwärtig breite Zustimmung zur Forderung nach einem Vorrang von Politik sieht Mudde als Folge der neuen sozialen Bewegungen, die mit der Jahreszahl 1968 assoziiert werden. Deren zunehmender politischer Einfluss führte zu einer „partizipativen Revolution“ insbesondere in der Demokratietheorie, wodurch sich die akademischen und politischen Reaktionen auf die Erstarkung von populistischen Akteur_innen gegenwärtig vorwiegend auf den Ruf nach mehr Demokratie beschränkt (ebd., S. 557). Gleichzeitig versuchen etablierte Parteien ihre Macht durch eine Strategie der Kartellbildung mit anderen Parteien, Monopolisierung der politischen Sphäre und Schließung gegenüber neuen politischen Akteur_innen zu stabilisieren (ebd., S. 552). Mudde spricht von einer Schizophrenie unter Partieliten, die gleichzeitig versuchen das politische System zu schließen und zu öffnen. Als Öffnungsstrategie wird zumeist die Einführung von Elementen der direkten Demokratie oder E-Governance verwendet.

Diese Strategie stärkt jedoch die populistische Erzählung der Möglichkeit einer unmittelbaren Einflussnahme auf politische Entscheidungen durch Bürger_innen. Mudde betont, dass es einen grundlegenden Unterschied zwischen den populistischen Bewegungen von 1968 und dem gegenwärtigen Zeitgeist gibt. Während sich der Populismus der Neuen Sozialen Bewegungen an politisch aktive, selbstbewusste und gut gebildete Bürger_innen richtete, inszeniert der gegenwärtige Populismus die Rebellion der „schweigenden Mehrheit“ (ebd., S. 557). Die Zielgruppe dieser populistischen Parteien wünscht sich eine starke und responsive Führung, die ihre Bedürfnisse und Wünsche erkennt und diese umsetzt, ohne mehr politische Partizipation einzufordern. Insofern spielt eine charismatische Führungsperson oftmals eine zentrale Rolle in populistischen Parteien, welche sich einerseits als einflussreich genug präsentiert um die Wünsche ihrer Anhänger_innen erfüllen zu können, aber gleichzeitig eine Außenseiter_innenrolle innerhalb der etablierten Eliten einnimmt (ebd., S. 560).

Es stellt sich nun die Frage, welche Merkmale Populismus aufweist um eine solche Gefahr für demokratische Regierungssysteme darzustellen. Die Antwort fällt bei Mudde überraschend kurz aus:

[Populismus ist eine dünne] Ideologie, welche die Gesellschaft als in zwei homogene, antagonistische Gruppen getrennt darstellt, das ‚reine Volk‘ und

die ‚korrupte Elite‘, und die argumentiert, dass Politik ein Ausdruck der *volonté générale* oder des allgemeinen Volkswillens sein soll. (ebd., S. 543)

Zu dieser Definition gelangt Mudde nachdem er eine Vielzahl historischer und gegenwärtiger populistischer Akteure miteinander verglichen hat. Als Gegenströmungen des Populismus zählt Mudde Elitismus und Pluralismus. Elitismus dreht die populistische Logik um und spricht von der tugendhaften Elite versus das amoralische Volk. Pluralismus hingegen lehnt diesen homogenisierenden Blick auf Gesellschaft ab und anerkennt, dass sich eine Gesellschaft aus heterogenen Gruppen und Individuen mit oftmals unterschiedlichen Sichtweisen und Wünschen zusammensetzt (ebd., S. 544). Allerdings kann auch die pluralistische Logik zur Substantialisierung von Bürger_innen führen, wenn auch in Betonung ihrer Partikularitäten. Durch die zunehmende Bedeutung von Abstammungskriterien hinsichtlich der Erlangung von Staatsbürger_innenschaft, sowie den sozialstaatlich differenzierenden Sonderregelungen für gesellschaftliche und ethnische Gruppen neigen liberaldemokratische Gesellschaften zu einer autoritären Festschreibung der Positionen und daraus abgeleiteten Bedürfnissen ihrer Bürger_innen (Maus 1992, S. 217 f.).

Die Interpretation von Populismus als Ideologie, wenn auch als dünne, ist nicht unumstritten. So kritisiert Benjamin Moffitt, dass Populismus jene Aspekte fehlen, die eine Ideologie ausmachen. Weder finden sich in populistischen Bewegungen Formen der Kanonisierung noch Wertschätzung für theoretische Diskussionen. Auch findet kaum Vernetzung zwischen populistischen Bewegungen statt (Moffitt 2016, S. 18). Moffitt selbst definiert Populismus als politischen Stil, der sich maßgeblich aus den Anforderungen der Medientechnologien entwickelt hat. Er verortet seine Arbeit innerhalb des *performative turn* in der neueren Populismusforschung, die an Guy Debords These der Gesellschaft als Spektakel, sowie die Schriften von Benjamin Arditi (2007) anschließt. Populismus als politischer Stil ist ein Repertoire von verkörperten und symbolisch vermittelten Performances. Diese Performances bringen ein Publikum hervor, durch welches Machtfelder kreiert und navigiert werden können. Diese Machtfelder konstituieren das Politische, welches sich vom expliziten Regierungshandeln bis zum alltäglichen Leben erstreckt (Moffitt 2016, S. 28).

Moffitt definiert drei Kernaspekte des populistischen Stils. So wird das Volk als authentischer Träger von Souveränität, Vernunft und Alltagswissen angerufen und der Elite, dem Establishment oder dem System gegenübergestellt. Zweitens besteht dieser politische Stil explizit in einer sozial-kulturell und politisch-kulturell „niedrigen“ Performance, also der Inszenierung schlechter Manieren, die Verachtung für den als angemessen betrachteten politischen Stil zum Ausdruck bringen. Drittens setzt er auf die Inszenierung von Krisen, Zusammenbrüchen und Bedrohungen, die unmittelbares, Komplexität

reduzierendes Handeln verlangen. Gleichzeitig wird ein permanentes Misstrauen gegenüber den komplexen Mechanismen moderner Governance zum Ausdruck gebracht (Moffitt 2016, S. 44 f.). Diese Teilaspekte des populistischen Stils korrespondieren auf der medialen Ebene mit dem Fokus auf Skandale als Ereignisse der Simplifizierung und Intensivierung (ebd., S. 76).

Die populistische Repräsentation des Volkes oder einfacher Menschen ist ein medienvermittelter und dynamischer Prozess. Moffitt betont, dass Medien wichtige Akteure bei der Hervorbringung und Repräsentation der „Stimme des Volkes“ sind. So sind populistische Politiker_innen und Bewegungen Avantgarde hinsichtlich der Artikulation von Gruppenidentitäten in der gegenwärtigen medial vermittelten politischen Landschaft, wo sozioökonomische, schichtspezifische Verortungen und Parteienmitgliedschaft an Bedeutung verlieren und permanent neue Zielgruppen für politische Performances kreiert werden. Der performative Anspruch für das Volk zu sprechen und mit diesem ident zu sein richtet sich jedoch nicht nur an die explizit angerufene Zielgruppe, sondern auch an ein weiteres Publikum. Die populistische Performance kann nur gelingen, wenn die Aussage eines_r populistischen Politikers_in im Namen gewisser Teile der Bevölkerung zu sprechen, auch von jenen anerkannt wird, die diese Vertretung für sich selbst ablehnen (ebd., S. 112). Moffitt entwickelt damit eine ähnliche Idee wie der von Mudde beschriebene populistische Zeitgeist. Populistische Politiker_innen streben nach gesamtgesellschaftlicher Anerkennung ihres Anspruchs für das „einfache Volk“ zu sprechen, wobei die Frage, ob mensch sich affirmativ oder ablehnend auf ihre Performance bezieht diesbezüglich wenig Rolle spielt.

Bezüglich der Frage, ob populistischer Stil eine Gefährdung demokratischer Regierungssysteme darstellt, gibt Moffitt eine weit weniger eindeutige Antwort als Mudde. Moffitt betont, dass Populismus sowohl demokratische, als auch antidemokratische Tendenzen innewohnen und das vorwiegende Verhältnis populistischer Politiker_innen gegenüber Demokratie Opportunismus ist. Demokratische oder antidemokratische Politikinhalt werden strategisch ausgewählt, abhängig davon ob sie dem Ziel an die Macht zu kommen oder an der Macht zu bleiben, zuträglich sind (ebd., S. 149). Ebenso ist das Verhältnis von Krise und Populismus ein ambivalentes. Für Moffitt ist es eher ein performatives, denn ein abgeleitetes Verhältnis. Populistische Bewegungen entstehen nicht bevorzugt in Krisenzeiten. Jedoch besteht der populistische Stil darin politische Krisen zu inszenieren, um auf das Versagen der regierenden Elite hinweisen zu können. Insofern versuchen populistische Bewegungen die öffentliche Wahrnehmung auf krisenhafte Tendenzen zu fokussieren und gleichzeitig ihre Interpretation dieser Krise hegemonial zu machen (ebd., S. 158).

4.3. Autoritärer Antipopulismus

Interessanterweise sieht Mudde Populist_innen in einer rousseauschen Tradition, die er als Imagination einer unmittelbaren Verbindung zwischen den politischen Führer_innen und ihren Anhänger_innen sowie der Existenz eines homogenen, ungeteilten Volkes beschreibt (Mudde 2004, S. 546). Damit teilt Mudde jedoch selbst die populistische Interpretation des Begriffs Volkssouveränität. Nach Ingeborg Maus ist es von entscheidender Bedeutung, ob Volkssouveränität als Selbstgesetzgebung und insofern als weitgehende Identität der Gesetzgebenden und Gesetzesadressat_innen definiert wird, oder als Identität der Regierten und Regierenden und damit als Selbstregierung. Die Interpretation des rousseauschen Begriffs der Volkssouveränität als Selbstregierung geht auf die Vertreter der deutschen konservativen Revolution, insbesondere Carl Schmitt, zurück, auf die sich viele zeitgenössische populistische Bewegungen berufen. Da im Zuge der Selbstregierung die Regierung und gesetzgebende Gewalt zusammenfallen, charakterisiert sie Maus im Anschluss an Kant als despotische Herrschaftsform. Wird Volkssouveränität jedoch als Selbstgesetzgebung gedacht – der Begriff den auch Rousseau selbst verwendete – dann realisiert sie sich als republikanische und repräsentative Demokratie, welche die Trennung von gesetzgebender und exekutiver Macht sicherstellt (Maus 1992, S. 201, 218).

Durch diese Interpretation des Begriffes Volkssouveränität schreibt sich Mudde selbst in das ein, was er den „populistischen Zeitgeist“ nennt (Mudde 2004, S. 562). Er negiert die republikanische Tradition des Begriffs Volkssouveränität zugunsten jener von Carl Schmitt. Ebenso übernimmt er den ethnischen Volksbegriff nationalistischer Strömungen, welche Volkswillen nicht als Ergebnis eines Prozesses, sondern als immer schon substantiell gegeben interpretieren (Maus 1992, S. 203). Als einzige Lösung stellt sich dann die Abwehr der Idee der Volkssouveränität dar. So schreibt Mudde, dass das einzige wirksame Mittel gegen Populismus die Anerkennung und konsequente Kommunikation der demokratischen Begrenztheit von liberalen Demokratien als komplexer Kompromiss zwischen liberalem Elitismus und Massendemokratien ist (Mudde 2004, S. 561). Aus diesem Blickwinkel erklärt Mudde die Zurückdrängung demokratischer Mitbestimmung zu einem ebenso schützenswerten Gut wie die konstitutionell abgesicherten Minderheitenrechte.

Maus spricht in diesem Zusammenhang von der Refeudalisierung des gegenwärtigen Demokratieverständnisses. Insbesondere in der Darstellung der Verfassung als eine Gesetzgebung der Vernunft anstatt einer Gesetzgebung des Volkes drückt sich ein Misstrauen gegenüber der Befähigung des demokratischen Souveräns aus, auf die Komplexität technischer, sozio-ökonomischer und ökologischer Entwicklungen angemessen reagieren zu

können und gleichzeitig der Wunsch bestehende Verhältnisse gegenüber demokratischen Neuverhandlungen zu konservieren (Maus 1992, S. 34 ff.)²⁰. Wie Ivan Krastev schreibt verschiebt der populistische Diskurs die politischen Konfliktlinien dahingehend, dass sich die eigene Prophezeiung erfüllt. Während die politischen und akademischen Eliten gegenüber der demokratischen Mitbestimmung der Bürger_innen immer misstrauischer werden, wird die aufgebrachte Öffentlichkeit immer ablehnender gegenüber dem liberalen Aspekt realexistierender Demokratien (Krastev 2007a, S. 63). Auf diesen Aspekt des liberalen Diskurses über Populismus weist auch Oliver Marchart hin (Marchart 2017). In Aktualisierung von Laclaus Populismusverständnis sieht er im liberalen Antipopulismus selbst eine Gefährdung der Demokratie.

Antipopulistische Diskurse haben zwei Seiten. Einerseits denunzieren sie jeden Alternativvorschlag zu einer neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik als Populismus. Es ist aus dieser Sichtweise ohne Bedeutung, ob es sich um linke oder rechte, inklusive oder exklusive, demokratische oder autoritäre Spielarten von Populismus handelt. Damit transportieren antipopulistische Diskurse auch implizit die Aussage, dass verantwortungsvolle Politik nur darin bestehen kann, die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der letzten Jahre fortzusetzen, wie „ungehinderte Herrschaft der Märkte in allen Lebensbereichen, Ausverkauf öffentlicher Güter, Konstitutionalisierung des Austeritätsregimes, Abbau sozialer Sicherungssysteme, sowie Ausweitung des Niedriglohnsektors zugunsten globaler Wettbewerbsfähigkeit“ (ebd.). Andererseits gerät das neoliberale Politikmodell seit der Wirtschaftskrise von 2008 immer stärker unter Kritik, da es zunehmend als Ursache der steigenden sozialen Ungleichheit und Armutsraten benannt wird. Auf diese Entwicklung antwortet der liberale Antipopulismus mit einem elitären Paternalismus, der sich unter anderem in der Formulierung äußert, dass die Ängste und Sorgen der einfachen Bevölkerung ernst zu nehmen sind. Damit bestätigt er aber auch die populistische Annahme, dass es das einfache Volk als homogene Gruppe gibt, deren Interessen von der bisherigen Elite vernachlässigt wurde. In Rückgriff auf die gleichzeitig verteufelte Strategie des Populismus versuchen Politiker_innen etablierter Parteien sich nun selbst als Alternative zu der Politiklinie ihrer Parteien zu präsentieren und gründen „scheinbar antisystemische Bewegungen“ (ebd.).

Als zwei erfolgreiche Proponenten dieser Strategie, in der die neoliberale Elite in einen Scheinkampf mit sich selbst tritt, nennt Marchart den französischen Präsidenten Emmanuel Macron und den österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz. Damit ste-

²⁰ Der europäische Stabilitätsmechanismus ist ein exzellentes Beispiel dieser Entwicklung, indem durch die einmalige Zustimmung der europäischen Exekutiven die Entscheidungsbefugnis der nationalen Parlamente hinsichtlich der Budgetgestaltung massiv beschnitten wurde.

hen diese Bewegungen in direkter Konkurrenz zu anderen populistischen Parteien des linken und rechten Spektrums. Hierbei zeigt sich, dass die antipopulistische Spielart des Populismus eine offene Flanke bezüglich der Inhalte rechter bis rechtsextremer Parteien aufweist. Während linke Bewegungen Krisendeutungen anbieten, die gegen die Fortsetzung einer neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik sprechen, bieten rechte Bewegungen vorwiegend rassistische, ethnonationale und maskulinistische Erklärungen. Nachdem die Parteien und Bewegungen des antipopulistischen Populismus zur Verteidigung der neoliberalen Dogmen gegründet wurden, übernehmen deren Politiker_innen tendenziell Elemente der rechten Krisendeutung. Damit übertragen sie rechte und autoritäre Inhalte zunehmend in den Kanon der politischen Mitte, während sie auf der Alternativenlosigkeit eines neoliberalen Staatsumbaus bestehen. Mit dieser Strategie verschärfen Politiker_innen etablierter Parteien die Gefahr, dass Alternativen zu den sozialen Verwerfungen der neoliberalen Krisenbearbeitung seit 2008 nicht innerhalb des demokratischen Diskurses artikuliert werden, sondern gegen Demokratie als solche ([ebd.](#)).

5. Krise der Ungleichzeitigkeit

5.1. Refeudalisierung des Demokratiediskurses

Das elitäre Moment des antipopulistischen Diskurses demokratische Regierungen nicht als Ausdruck von Volkssouveränität, sondern als gute Regierungsführung zu denken, kritisiert Ingeborg Maus schon in den 1980er Jahren als Refeudalisierung des Demokratiediskurses. In ihrem Buch ‚Zur Aufklärung der Demokratietheorie‘ setzt sich Maus in Anschluss an deliberative Demokratietheorien vorwiegend mit den Institutionen demokratischer Willensbildung auseinander. Dabei konstatiert sie, dass realexistierende Demokratien eher Monarchien ähneln denn Regierungsformen, in denen die demokratischen Versprechen von Gleichheit und Freiheit für alle umgesetzt sind. Maus steht mit dieser Diagnose nicht allein. So spricht Danili Zolo (1997) von modernen Demokratien als liberale Oligarchien, während Elisabeth von Samsonow fragt, ob das Wesen gegenwärtiger Demokratie nicht kapitalistischem Feudalismus ähnelt (Samsonow 2008). Demokratie scheint geprägt von einer ‚Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen‘, welche sich nach Ernst Bloch in der zeitlichen Koexistenz unterschiedlicher, gar gegensätzlicher Bewusstseinslagen ausdrückt. Maus fordert in ihren Schriften die Reaktualisierung der demokratischen Idee der Selbstgesetzgebung ein und kann in diesem Sinn als Vertreterin radikaldemokratischer Theorieströmungen gesehen werden. Radikaldemokratisch bedeutet in Maus’ Sinn, dass alle Staatsapparate der Kontrolle des souveränen, gesetzgebenden Volkswillens unterstellt sind (Maus 1992, S. 230). Ihre Krisentheorie konstatiert eine zunehmende Refeudalisierung des Demokratieverständnisses sowohl in akademischen als auch gesellschaftlichen Diskursen weltweit. Diese Entwicklung setzte nicht erst kürzlich ein, sondern ist bereits allen demokratischen Verfassungsmodellen eingeschrieben.

5.1.1. Verrechtlichte Ausfilterung des demokratischen Willens

Maus spricht von einem grundlegenden Unterschied zwischen zwei archetypischen Verfassungsmodellen. Zum einen das französisch-kontinentale Modell der Verfassungen von 1791 und 1793, welches die ungeteilte Volkssouveränität mit einem Gewaltenteilungsschema verbindet, das auf der Ausdifferenzierung von Gesetzgebung und Gesetzesanwen-

dung basiert (ebd., S. 228). Die Exekutive ist Gesetzen unterworfen, welche nur die Legislative beschließen kann. Dieses Modell ist nach Maus' Interpretation sowohl mit dem radikaldemokratischen Projekt als auch der repräsentativ-demokratischen Form von Parlamentarismus vereinbar, da es den Willen der gesellschaftlichen Basis von unten nach oben zur Geltung zu bringen versucht. Die Vernunft des Staatshandelns wird durch die Selektivität des demokratischen Prozedere der Gesetzgebung gewährleistet (ebd., S. 230). Die zweite, dieser entgegengesetzte Verfassungsstruktur ist jene der amerikanischen Unionsverfassung von 1787. Diese suspendiert nach Sichtweise Maus' das Konzept der Volkssouveränität. Die Gewaltenteilung findet nicht zwischen Exekutive und Legislative statt, sondern diese beiden Instanzen arbeiten vermittelt über die starke Position des Präsidenten in der Gesetzgebung zusammen (ebd., S. 228). Die Kontrolle findet zwischen miteinander kooperierenden Staatsapparaten statt, wobei die Vernunft der politischen Willensbildung durch die Selektivität von Institutionen sichergestellt werden soll, die dem Gesetzgebungsprozess nachgeschaltet sind. Maus nennt die Filterwirkung der Bundesstaatsgrenzen, das präsidentiale Veto und die verfassungsrechtliche Normenkontrolle (ebd., S. 231).

Dem Einfluss von politischen Parteien und Gruppierungen auf das demokratische Gemeinwesen standen, wie Maus betont, sowohl Rousseau, als auch die amerikanischen Federalists skeptisch gegenüber. Eine möglichst große Zahl und Vielfalt an Fraktionen wurde von beiden Seiten als vorteilhaft gesehen. Der Unterschied zwischen dem kontinental-französischen und dem amerikanischen Verfassungsmodell liegt aber darin, wie diese mit der Kontrolle der Folgen des Parteienwesens umgehen. Während ersteres auf die Selektivität des demokratischen Gesetzgebungsprozesses setzt, verankert das amerikanische Modell diese Kontrolle in der Selektivität der staatlichen Institutionen. Damit beruht die Institutionalisierung von Demokratie in der amerikanischen Verfassung für Maus paradoxerweise auf der Ausfilterung des demokratischen Willens (ebd., S. 231). Das politische System der USA ähnelt in der Grundstruktur einer konstitutionellen Monarchie, was Maus damit erklärt, dass die Gründer_innen noch stark von Verfassungsidealen geprägt waren, welche die Immigrationsbewegung des 17. Jahrhunderts mitbrachte. Im Gegensatz zum parlamentarischen System beschreibt Maus dieses Verfassungsmodell als vormodern, da es vorwiegend darauf ausgelegt ist die umfassenden Machtbefugnisse der souveränen Staatsapparate durch judiziell abgesicherte Freiheits- und Widerstandsrechte einzuschränken.

Ausgehend von diesen beiden archetypischen Verfassungsmodellen beschreibt Maus, wie sich das amerikanische Verfassungsmodell im 20. Jahrhundert globalisierte und in allen demokratischen Verfassungen Elemente eingeführt wurden, welche die

gesetzgebende Volkssouveränität einschränken. Diese Elemente umfassen einerseits Aspekte des Präsidialsystems, als auch die justizförmige Bevormundung der Legislative durch eine Verfassungsgerichtsbarkeit, die nicht nur mit den Befugnissen einer prozeduralen, sondern auch inhaltlichen Normenkontrolle ausgestattet ist (Maus 1992, S. 235). Weiters kritisiert Maus, dass zentrale Aspekte der technisch-ökonomischen Entwicklung zwar rechtlich eingebettet, aber ohne politische Steuerung und demokratische Kontrolle stattfinden, wodurch gerade sehr partikulare Interessen gesellschaftlich dominant werden können (ebd., S. 223). Insofern sieht Maus in den realexistierenden Demokratien eher eine durch feudalständische Freiheitssicherung abgemilderte absolutistische Herrschaftsübertragung verwirklicht, als republikanisch organisierte Volkssouveränität.

Trotz dieser nicht gerade schillernden Beschreibung realexistierender Demokratien formuliert Maus eine darüber hinausgehende und gegenwärtig sehr aktuelle Krisentendenz. Die Ausdifferenzierung und Diversifizierung gesellschaftlicher Problemlagen seit dem 19. Jahrhundert führte zur Dezentralisierung politischer Macht und Steuerung. Durch die staatliche Feinsteuerung aller gesellschaftlichen Teilbereiche kommt es zu einer Durchstaatlichung der Gesellschaft mit Rechtsformen. Dies drückt sich auch in immer spezialisierteren Gesetzen aus, die wiederum die gesellschaftlichen Problemlagen als spezifische rechtliche Regelungsbereiche sedimentär verfestigen (ebd., S. 224). Auch wenn Maus diese Entwicklung als unumkehrbar sieht und aufgrund der Vielzahl hoch spezialisierter Wissens- und Steuerungsbereiche eine einheitliche Steuerung, wie sie in der Idee der Volkssouveränität anklingt, für illusorisch hält (ebd., S. 224), kritisiert sie das zunehmende Primat spezialisierter Rechts gegenüber demokratischer Gestaltung und die Favorisierung der Justiz als dezentrale, bloß reaktive Schlichtungsinstanz. Sie sieht die stattfindende Übertragung der Selbstgesetzgebung auf Verwalter_innen von rechtsanwendender Macht als weitere Refeudalisierung realexistierender Demokratien (ebd., S. 38). Maus beschreibt die gegenwärtige Entwicklung als Verselbstständigung des Rechts gegenüber dem demokratischen Prozess der Rechtserzeugung (ebd., S. 35), was in einem Zusammenbruch des funktionsspezifischen Gewaltenteilungsprinzips resultiert.

Die Entformalisierung des Rechts erlaubt es rechtsanwendenden Instanzen die Inhalte noch unbestimmten Rechts selbst zu definieren und sich dadurch gegen die Kontrolle des gesetzgebenden Souveräns zu verselbstständigen. Demgegenüber schlägt Maus vor zu versuchen die wesentliche Intention des Volkssouveränitätsprinzips – die Identität der Gesetzgebenden und Gesetzesadressat_innen – auch unter den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen zu rekonstruieren (ebd., S. 224). Zwar bleiben technisch hochentwickelte Gesellschaften auf dezentrale Gesetzgebung angewiesen, aber es bietet sich ein Design an, das zwischen Normsetzung selbst und Normierung der Normsetzung unterscheidet.

Je weniger Personen von einem Gesetz betroffen sind und je spezialisierter der Geltungsbereich ist, desto eher kann dieses Gesetz dezentral und unter Beteiligung der relevanten Interessensgruppen beschlossen werden. Allgemeine und auch im Sinne der Reichweite umfassende Rechtsnormen verbleiben weiterhin in der Entscheidungshoheit des Parlaments oder von Plebisziten. Gleichzeitig behält die Legislative auch die Kontrolle über die dezentrale Gesetzgebung, da sie für die Setzung der Verfahrensnormen zuständig ist. Die Fixierung der Verfahrensnormen kann dazu dienen um Machtasymmetrien zwischen konfligierenden Interessen auszugleichen und die Willkür verhindernde Unkenntnis des speziellen Falls sicherzustellen (ebd., S. 225).

5.1.2. Widerstand gegen die Obrigkeit als demokratisches Imaginäre

Gleichzeitig sieht Maus im hegemonialen Demokratieverständnis eine Verschiebung hinsichtlich des demokratischen Imaginären. Während die Idee der Volkssouveränität entweder als illusionär-romantisch belächelt oder unter Totalitätsverdacht gestellt wird, setzt sich eine Vorstellung von Demokratie als Widerstandshandlung durch. Kant jedoch galt das Widerstandsrecht als vormodern und Teil des feudalen-ständischen Vertragstypus zwischen Obrigkeit und Untertanen. Die Interpretation von demokratischen Rechten als Widerstandsrechte gibt für Maus den Anspruch weitgehend auf diese Gesetze selbst zu gestalten und trägt über den Begriff des zivilen Ungehorsams zu einem paternalistischen Verständnis von Widerstandsbewegungen bei. Während Kant Widerstand noch als Moment der außerrechtlichen, da rechtsbegründenden Volkssouveränität sah, findet aktuell eine zunehmende Verrechtlichung aller Widerstandshandlungen statt (ebd., S. 231). Einerseits indem Widerstand explizit gesetzlich normiert wird, wie im Rahmen der Gesetze zur Wahrung der „inneren Sicherheit“, die gegenwärtig dem polizeilichen Staatsapparat immer mehr Überwachungs- und Kontrollbefugnisse zusprechen. Andererseits indem sich soziale Bewegungen oftmals selbst juristischer Mittel bedienen um Gesetzgebungsprozesse zu beeinflussen. Maus kritisiert an dieser Praxis, dass anstatt den demokratischen Willensbildungsprozess zum Mittelpunkt ihrer Aktionsformen zu machen, die Strategie oftmals darin besteht den Rechtsweg einzuleiten und damit die Justiz als letztentscheidende Instanz anzuerkennen (ebd., S. 37).

Parallel zu der zunehmenden Verrechtlichung aller demokratischen Aktivitäten (ebd., S. 42) kritisiert Maus die wachsende Bedeutung der Output-Dimension von Politik, die sie ebenfalls eher als Element eines vormodernen Herrschaftsvertrages, denn eines sich selbst führenden Gemeinwesens sieht. Die Vorstellung, dass Glück, Gemeinwohl und Si-

cherheit gegenüber einer Regierung einklagbare Güter sind, findet sich zwar schon in der Bill of rights von 1776 und ansatzweise in den kontinental-europäischen Verfassungen²¹, widerspricht aber der Idee, dass die Autonomie und damit Freiheit individueller Glücksdefinitionen nur dem Prozess der kollektiven Selbstgesetzgebung unterworfen und damit eingeschränkt werden darf. Auch wenn der Verfassungsgerichtshof, wie Maus zutreffend schreibt, durchaus auch freiheitssichernde Entscheidungen trifft, so kommt diese Freiheitssicherung „in autoritärer Sachwahrung einer dem Grundgesetz unterstellten Metaphysik der Staatszwecke“ zustande (Maus 1992, S. 60). Der Bedeutungskern von Volkssouveränität liegt für Maus darin, dass der Wille der gesellschaftlichen Basis von unten nach oben zur Geltung gebracht wird. Die Verrechtlichung immer weiterer Lebensbereiche, eine in der Verfassung festgelegte und gegenüber der Regierung einklagbare Zielbestimmung, sowie die Umdeutung von Demokratie in Widerstandshandlungen (Jörke 2010, S. 272) stellen für Maus eine Schwächung der Kontrollfunktion des souveränen, gesetzgebenden Volkswillens gegenüber staatlichen Institutionen dar.

Maus' radikaldemokratische Theorie hingegen plädiert für eine Revitalisierung des Prinzips der Volkssouveränität durch egalitäre Verfahrensnormen innerhalb demokratischer Institutionen. Ihr Ansatz weist eine große Nähe zu deliberativen Ansätzen und gerade zu Jürgen Habermas' Ideal des kommunikativen Handelns auf. Damit trennt eine ontologische Differenz die unterschiedlichen Ansätze der radikaldemokratischen Theorie²². Während die poststrukturalistischen Ansätze Jean-François Lyotard folgend dem Republikanismus eine ihm innewohnende autoritäre Tendenz zusprechen, verteidigt Maus das Freiheitsversprechen der Aufklärung. In Maus' Darstellung sieht Lyotard in der Durchsetzung der abstrakten Allgemeinheit im Zuge der Aufklärung die Tendenz der Auflösung jeder konkreten politischen Gemeinschaft. Da der Republikanismus die Identität des Volkes erst aus dem zu gewinnen sucht, was es normativ sein soll, kann die Souveränität nie einem konkreten, heterogenen Volk zukommen, sondern immer der Idee der freien Gemeinschaft (Maus 1992, S. 209 f.). So sind die demokratischen Institutionen, durch die ein demokratischer Gemeinwille sich bilden und zum Ausdruck kommen soll, im-

²¹ In der österreichischen Verfassung, die aufgrund des Einflusses der Sozialdemokratie stark republikanisch geprägt ist, wird das Wort „glücklich“ bezeichnenderweise nur auf Kinder und Jugendliche angewandt, denen eine „bestmögliche geistige, seelische und körperliche Entwicklung zu ermöglichen [ist], damit sie zu gesunden, selbstbewussten, glücklichen, leistungsorientierten, pflichtgetreuen, musischen und kreativen Menschen werden“. Dieser Ansatz illustriert den paternalistischen und autoritativen Charakter einer staatlichen Glückszuweisung.

²² Ontologische Fragen in den Sozialwissenschaften beziehen sich auf ein Set von Annahmen, die ein bestimmter Zugang zu sozialwissenschaftlicher Forschung über die soziale oder politische Realität postuliert. Es geht um Behauptungen bezüglich was existiert, wie es aussieht, welche Einheiten es bildet und wie diese interagieren. Dazu zählt Hay auch die Frage nach der Natur des menschlichen, politischen Subjekts und der Motivation seines Verhaltens (Hay 2011).

mer schon anhand des normativen Ideals des Volks gestaltet. Dies ist für Lyotard eine Einschränkung, aber noch keine Verunmöglichung demokratischer Willensbildung. Die Öffnung der republikanischen Idee hin zu einer totalitären Herrschaft sieht er allerdings darin, dass autorisierte Personen immer nur im Namen des allgemeinen Willens des Volkes sprechen können. Dadurch sprechen sie aber nicht im Namen des Volkes, das nur als Metapher dient, sondern im Namen der Idee der freien Gemeinschaft und damit im Namen der reinen praktischen Vernunft. Nach Lyotard ist Republikanismus die Autorisierung, die Autorität autorisiert (*ebd.*, S. 211 f.).

Damit sieht die poststrukturalistische Idee in der Abstraktion der allgemeinen Begriffe die Gefahr der Auslöschung des bestehenden Besonderen, während Maus darin die Voraussetzung für die Autonomie des Besonderen sieht (*ebd.*, S. 212). Sie betont, dass sich bei Kant die Allgemeinheit des Politischen nur aus der Kompatibilisierung des Besonderen ergibt und Rousseau als Gemeinwillen die minimale Allgemeinheit innerhalb des Besonderen bestimmt. Mit Betonung der Prozeduralität des Gemeinwillens und der demokratischen Volkssouveränität verortet Maus das Allgemein-Abstrakte nur in der Institutionalisierung von Verfahren, in denen gesellschaftliche Themen entschieden werden. Gerade dadurch, dass sich demokratische Selbstgesetzgebung auf das Allgemeine beschränkt, kann das gesellschaftlich Besondere vor Eingriffen weitgehend verschont werden und in der außerrechtlichen Sphäre der Volkssouveränität verbleiben. Eine Qualität, die Maus gegenwärtigen demokratischen Regierungssystemen nicht zuspricht, die sie in Anschluss an Ulrich Beck als demokratische Monarchien bezeichnet (*ebd.*, S. 215 f.).

5.2. Demokratie als prekäre Einschließung

Lyotards Kritik am Republikanismus wirft die prinzipielle Frage nach der Möglichkeit demokratischer Repräsentation auf. Auch Maus sieht in repräsentativen demokratischen Systemen keine Verwirklichung einer radikaldemokratischen Volkssouveränität, definiert Repräsentation aber nicht im Widerspruch zu einer Selbstgesetzgebung des Demos (*ebd.*, S. 230). Demgegenüber argumentieren dekonstruktivistische feministische und postkoloniale Theorien, dass politische und sprachliche Repräsentation konstitutionell auf Ausschluss sowie Unterwerfung beruht. Auch diese radikaldemokratischen Ansätze reaktualisieren den demokratischen Grundgedanken, nachdem Menschen gemeinsam und gleichberechtigt ihre kollektive Zukunft gestalten. Aber sie verweisen darauf, dass die Kategorie des „Menschlichen“ unterscheidend und mit ausgrenzenden Zielen verwendet wurde (Butler 2002). Daher hinterfragen diese Ansätze kritisch, inwiefern demokratische Repräsentation einen egalitären politischen Prozess oder Mechanismus zur Überwindung

ungleicher Machtverhältnisse darstellen kann (Sauer 2011b, S. 130 ff.). Die Kritik der Repräsentation bezieht sich auf drei ihr zugrundeliegende Momente: den gewaltsamen Einschluss der Ausgeschlossenen, die Unterwerfung der Eingeschlossenen und die Abwesenheit der Repräsentierten.

Die erste Problematisierung bezieht sich auf die Idee, dass Repräsentation die Darstellung von etwas Bestehendem ist. Bezugnehmend auf Michel Foucaults Schriften betont Judith Butler, dass Subjekte nicht einfach gegeben sind, sondern erst durch den Diskurs über sie hergestellt werden (Castro Varela/Dhawan 2004, S. 206). Damit wird der Demos, auf den sich der Repräsentationsprozess bezieht, erst durch diesen konstituiert. Butler spricht von einem „Paradox der Unterwerfung“, da in diesem Prozess die Herausbildung von handlungsfähigen Subjekten und die Unterwerfung unter staatliche Herrschaftsverhältnisse gleichzeitig erfolgt (Sauer 2016). Dieser Prozess produziert aber nicht nur die Identität der Subjekte, die er zu repräsentieren vorgibt, sondern auch die der Anderen, welche die Kriterien dieser Identität nicht erfüllen (Sauer 2011b, S. 130 f.). Diese Anderen sind aber nicht einfach ausgeschlossen, sondern gewaltsam und ohne Rechte eingeschlossen. In einem Gespräch mit Gayatri Chakravorty Spivak argumentiert Butler in Kritik von Hannah Arendts Figur des nackten Lebens, dass die Legitimationsbasis von demokratischen Staaten strukturell verknüpft ist mit dem wiederholten Ausschluss von Nicht-Staatsbürger_innen oder anderen Minderheiten. Die damit zu nur Geduldeten gemachten Menschen fallen aber nicht aus dem Machtfeld des Staates heraus, sondern werden juristisch mit geringeren Rechten eingeschlossen. Unabhängig davon, ob die auf diese Weise als „Andere“ definierten Menschen innerhalb des Territoriums einbehalten oder aus diesem verstoßen werden, schafft erst dieser Ausschluss das Identifikationsangebot für die Eingeschlossenen (Butler/Spivak 2007, S. 24 f.).

Auf diese disziplinierende Wechselbeziehung zwischen Einschluss und Ausschluss bezieht sich die zweite Problematisierung. Die Drohung des Ausschlusses ist die Einladung zur Unterwerfung, die eine gesicherte, repräsentierbare Identität und somit eine soziale Existenz bietet (Butler 2001, S. 24). Isabell Lorey nennt diese Dynamik zur Legitimation von Machtverhältnissen biopolitische Immunisierung. Die Etablierung einer zu schützenden politischen Gemeinschaft wird mit dem Ausschluss und der Abwehr eines als nicht-integrierbar und diese Gemeinschaft gefährdend imaginierten Teils verbunden (Lorey 2012a, S. 61, 81). Diese nicht-identischen und nicht-dazugehörigen Anderen markieren den Wert der Zugehörigkeit und den Preis des Verstoßenwerdens. Auch wenn Repräsentation ein Mechanismus liberaler Demokratien ist gesellschaftliche Konflikte und Auseinandersetzungen in politisch stabile Formen und Institutionen zu bringen, verfügen schwache soziale Kräfte nicht über die autorisierte Identität um durch politische Reprä-

sensation sichtbar zu werden. Da der Repräsentationsprozess entlang sozialer Trennungslinien institutionalisiert ist, neigt er dazu diese zu reproduzieren (Sauer 2011b, S. 133).

Die dritte Kritik bezieht sich darauf, dass politische Repräsentation die Gesellschaft als das abwesende Repräsentierte zum Verschwinden bringt. Birgit Sauer sieht darin den zentralen Modus wie ungleiche soziale Verhältnisse im Raum des Politischen unsichtbar gemacht und Konflikte darum still gestellt werden (ebd., S. 134). Der Repräsentationsakt substituiert die sozial heterogene Gesellschaft durch die Illusion politischer Gleichheit. Der Akt der Repräsentation bringt die Bürger_innen „zum Zustimmung und Verstummen gegenüber sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung“ und kann daher bestehende soziale Machtverhältnisse kaum transformieren (ebd., S. 134). Postkoloniale Theoretiker_innen verweisen insbesondere auf den entmündigenden Aspekt von Repräsentation, wenn „Handeln und Sprechen für“ mit politischer Partizipation der Bürger_innen gleichgesetzt wird (ebd., S. 131, 134).

Bezüglich der Frage, wie die exkludierende und entmündigende Dimension von Repräsentation überwunden werden kann, plädiert Sauer für eine nicht-repräsentationalistische Politik durch die der Partizipationsgedanke in Demokratiekonzepten wieder gestärkt wird. Um Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit sichtbar zu machen, muss die direkte Teilnahme am politischen Prozess gelingen. Dies bedeutet zum einen die partizipative Öffnung demokratischer Räume, die über die parlamentarische Parteiendemokratie hinausgeht und die Entwicklung neuer Modi des politischen Handelns, welche auf Solidarität und Kooperation aufbauend die Trennung von öffentlicher und privat-ökonomischer Sphäre überwinden (ebd., S. 135). Gleichzeitig bedarf es jedoch auch alternativer Formen politischer Organisation, die gemeinsames politisches Handeln über Unterschiede hinweg und kollektive Verantwortung ermöglichen (ebd., S. 136). Die Frage, wie die Demokratisierung der Demokratie aussehen kann, wird im Rahmen radikaler Demokratietheorien sehr unterschiedlich beantwortet. Während alle Vertreter_innen das liberale Repräsentationsmodell als herrschaftlich überformte Demokratie kritisieren, fokussiert Ingeborg Maus auf die staatlich-institutionelle Erneuerung von Volkssouveränität, wobei sie die Tatsache, dass bisher Personen von der Teilnahme an demokratischen Verfahren ausgeschlossen wurden als mangelnde Konsequenz in der Umsetzung des demokratischen Universalismus fasst. Demgegenüber sieht Isabell Lorey nur durch außerinstitutionelle Organisations- und Widerstandshandlungen die Möglichkeit die der demokratisch-staatlichen Konstitution zugrundeliegenden Spaltungen zu überwinden (Lorey 2012b). Allerdings erschöpft sich Macht nicht im Staat (Sauer 2016), wodurch auch soziale Bewegungen und die Zivilgesellschaft als vermachtete politische Räume analysiert werden müssen (Dhawan 2009; Sauer 2009).

5.2.1. Das nie einlösbare Versprechen der kommenden Demokratie

Maus kritisiert den Widerstandsbegriff der amerikanischen Verfassung zwar auf theoretischer Ebene, betont aber gleichzeitig, dass die gut organisierte Zivilgesellschaft in den USA einen Gewinn an praktizierter Demokratie mit sich brachte (Maus 1992, S. 227). Da amerikanische Bürger_innen kaum Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess haben, fand die gesellschaftliche Institutionalisierung einer aufmerksamen kritischen Öffentlichkeit statt, die mit privatem Engagement und Einfallsreichtum eine Vielzahl an Widerstandsformen gegen staatliche Willkür entwickelte (ebd., S. 223). In Europa blieb die Widerstandskomponente als außerrechtliche Form der Volkssouveränität schwächer entwickelt, auch weil politischer Einfluss über den parlamentarischen Weg errungen werden konnte. Zumindest bezüglich demokratischer Staaten wird die Zivilgesellschaft im europäischen Kontext eher als integraler und produktiver Teil des politischen Systems verstanden. Soziale Bewegungen agieren einerseits als Lobbyorganisationen, die versuchen den Gesetzgebungsprozess zu beeinflussen. Jenseits dieser thematisch begrenzten Interventionen können sie durch die Veränderung institutioneller und formaler Verfahren sowie über Elitenrekrutierung und informelle Kontakte auch weitreichendere Beeinflussung des politischen Systems durchsetzen. Andererseits sind sie sehr erfolgreich darin neue Themen und Sichtweisen in den öffentlichen Diskurs einzubringen (Della Porta/Diani 2006, S. 229, 232 f.). Seit der 1968er Bewegung und nochmals verstärkt seit dem Ende der staatssozialistischen Regime wird sozialen Bewegungen auch eine zentrale Rolle bei einer „Demokratisierung von unten“ zugeschrieben.

Dabei spielen nach Della Porta und Diani drei Eigenschaften sozialer Bewegungen eine zentrale Rolle. So ist einerseits das in diesen Bewegungen vorherrschende Verständnis von Demokratie von Bedeutung. Repräsentative Demokratie wird aufgrund des starken Einflusses von Parteien und machtvollen Interessengruppen als wenig responsiv gegenüber den Forderungen der Bürger_innen geframt. Demgegenüber wird ein deliberatives und partizipatives Ideal von Demokratie vertreten, in welchem politische Entscheidungen transparent und durch Teilhabe einer interessierten Öffentlichkeit zustande kommen (ebd., S. 239). Gleichzeitig fungieren soziale Bewegungen aber auch über ihre Organisationsstrukturen und Aktionsformen als „Schulen der Demokratie“. Da gegenwärtige soziale Bewegungen auf Selbstorganisation und einer geringen Hierarchie zwischen den Aktivist_innen basieren, entwickeln sich in ihnen Modelle basisdemokratischer, konsensorientierter und dezentraler Entscheidungsfindungsprozesse. Della Porta versteht dies als Ergebnis der Fragmentierung der sozialen Basis traditioneller Bewegungen wie der

Arbeiter_innenbewegung durch den Neoliberalismus (Della Porta 2015, S. 158). Gleichzeitig sieht sie diese Entwicklung durch den kulturellen Wandel seit den 1970er Jahren geprägt, durch den umfassende kollektive Identitäten an Bedeutung verloren und die Gesellschaft fragmentierter und pluraler wurde. Damit wurden normative Ansprüche an politische Handlungen gegenüber strategischen wichtiger. In Folge fand eine weitgehende Ablösung sozialer Bewegungen von institutionalisierten Organisationsformen und Politikbereichen statt. Dies beeinflusste die Organisationsform, die Mobilisierungsstrategien und das Handlungsrepertoire gegenwärtiger sozialer Bewegungen, in welchen sich nach Della Porta vorwiegend präfigurative Formen von politischem Handeln finden. Präfigurative Politik beruht auf der These, dass die politischen Ziele, die eine soziale Bewegung erreichen kann, fundamental durch die eingesetzten Mittel mitgeprägt werden. Daher sollen die Aktions- und Organisationsformen die Art von Gesellschaft verkörpern, welche die soziale Bewegung anstrebt. Der Aufbau gegenhegemonialer Institutionen und Interaktionsformen, die auf Konsens und umfassender demokratischer Partizipation beruhen, sind daher zentrale Ziele progressiver sozialer Bewegungen. (ebd., S. 162 f.)

Auf diese drei Eigenschaften sozialer Bewegungen – das basisdemokratische Demokratieverständnis, die Selbstorganisation mit geringen Hierarchien und dezentraler Entscheidungsfindung, sowie die präfigurativen Formen politischen Handelns – bezieht sich auch Isabell Lorey, wobei ihr Interesse insbesondere sozialen Bewegungen in Europa gilt, die prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen zum Ausgangspunkt ihrer politischen Kämpfe machen (Lorey 2010). Für Lorey wird Prekarisierung im Neoliberalismus gleichsam demokratisiert (Lorey 2012a, S. 25) und ermöglicht so ein Regieren durch Unsicherheit. Allerdings ist Prekarisierung innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise weder neu, noch die Ausnahme. Sozialstaatliche Unterstützungsleistungen waren immer nur einem kleinen Teil der Lohnabhängigen zugänglich und daher auch Werkzeuge einer disziplinierenden und spaltenden Regierungstechnik (Puar 2012, S. 165). Lorey spricht von drei Dimensionen des Prekären, die sowohl Teil dieser Regierungstechnik sind, als auch Mittel ihrer Überwindung sein können (Lorey 2011a). Die erste Dimension bezeichnet Lorey nach Butler als Prekärsein, das als ontologische Dimension unsere soziale Vulnerabilität und unser existentielles Ausgesetztsein bezeichnet (Puar 2012, S. 169). „Das Prekärsein als prekäres Mit-Sein ist eine Bedingung jedes Lebens, die historisch und geografisch sehr unterschiedliche Variationen zeitigt.“ (Lorey 2011a) Die zweite Dimension ist Prekarität als politische Ordnungskategorie. Das Ausmaß des geteilten Prekärsein ist sehr unterschiedlich verteilt, wie die Ressourcen, die Menschen zum Überleben brauchen (Puar 2012, S. 169, 172). Der Begriff der Prekarität bezeichnet die gesellschaftlichen Positionierungen hinsichtlich des Ausmaßes an Unsicherheit (Lo-

rey 2011a). Die dritte Dimension bezeichnet Lorey als gouvernementale Prekarisierung und beschreibt damit eine Regierungs- und Subjektivierungsweise, die eine ambivalente Verzahnung kognitiv-kapitalistischer Produktionsverhältnisse und bürgerlicher Selbstbestimmung darstellt. Indem sie Techniken der Selbstführung in ökonomische Ausbeutungsverhältnisse inkludiert, basiert gouvernementale Prekarisierung als Regierungsweise sowohl auf Unterwerfung als auch Ermächtigung (Lorey 2011a). Lorey fragt nun, wie neue Formen nicht-neoliberalen Lebens- und Subjektivierungsweisen entstehen können, welche sich die im prekären Arbeitsprozess nachgefragten und erforderlichen Techniken der Selbstregierung emanzipativ aneignen und solidarisch wenden. Sie fokussiert diesbezüglich auf außerinstitutionelle Selbstorganisation, da für Lorey bestehende demokratische Institutionen vorwiegend zwei herrschaftssichernden Logiken folgen. Einerseits bauen sie auf der Logik der identitären Teilung der Vielen auf, wodurch nicht nur die Möglichkeit der Selbstgesetzgebung auf jene beschränkt wird, die Bürger_innen eines Staates sind, sondern auch diese Bürger_innen auf hierarchische Weise zueinander in Verhältnis gesetzt werden (Lorey 2012b). Andererseits folgen sie der Logik biopolitischer Immunisierung, durch welche die Etablierung einer schützenden politischen Gemeinschaft um den Preis des Ausschlusses und der Abwehr eines als nicht-integrierbar, diese Gemeinschaft gefährdend imaginierten Teils erfolgt (Lorey 2012a, S. 61, 81).

In den Organisationspraxen der gegenwärtigen sozialen Bewegungen sieht Lorey nun den Versuch, die Teilung der Vielen zu überwinden. Dabei fokussiert sie insbesondere auf die Besetzungen öffentlicher Plätze durch Camps und die Entscheidungsfindung in Form von großen Versammlungen, wie sie in der spanischen und griechischen Protestbewegung praktiziert wurden. Darin sieht Lorey die unmittelbare Realisierung einer demokratischen und egalitären Praxis, die auf teleologische Vorstellungen der Zukunft verzichtet und durch Handeln gegenwärtige Alternativen zur repräsentativen Demokratie entwirft (Lorey 2013, S. 51). Diese Formen der auf Sorge und Solidarität aufbauenden Selbstorganisation überwinden die repräsentative Spaltung durch die Herstellung eines politischen Raumes an dem alle teilnehmen können. Die Ausverhandlungsprozesse und Entscheidungsstrukturen, die sich im Zuge der Platzbesetzungen realisierten, folgen keiner dualen Logik des Ein- und Ausschlusses (Lorey 2014). Das Gemeinsame, welches dem politischen Prozess nicht vorausgehen und nicht deckungsgleich mit einer nationalstaatlich eingefassten Volkssouveränität sein kann, entsteht durch das kollektive Handeln der in ihrer Vielfältigkeit und Heterogenität versammelten Menschen (Lorey 2012a, S. 128).

Diese radikal auf unmittelbare Prozesse bezogenen Formen der Organisation sozialer Bewegungen nennt Lorey präsentische Demokratie²³ (Lorey 2011b). Gegenüber einer linearen und kontinuierlichen Fortschrittserzählung betonen diese Bewegungen das emanzipatorische Potential der in der Jetztzeit stattfindenden Kämpfe. Lorey schreibt, dass sich diese repräsentationskritischen Bewegungen von der liberalen Demokratie abgewandt haben, weil in dieser die umfassende Partizipation nur als zukünftiger Telos verwirklicht ist, „als prinzipiell unendliche Ausdehnung von Beteiligungsrechten [. . .], um die gekämpft werden muss.“ So haben sie aufgehört dem nie einlösbaren „Versprechen der kommenden Demokratie, der in die unendlich verschobene Zukunft gerichteten Demokratisierung“ hinterherzulaufen. Stattdessen lässt sich im Rahmen dieser Protestbewegungen der Versuch beobachten, Demokratie in der Jetztzeit zu erproben und „unzeitgemäßes, un-aufgeschobenes, nicht-eurozentristisches Werden der Demokratie“ zu praktizieren (Lorey 2014). Das Ziel des politischen Prozesses liegt für Lorey im Prozess selbst. Die präfigurativen Aktions- und Organisationsformen lassen Subjektivierungsweisen entstehen, die auf affektive Bezogenheit und Praxen der Solidarität aufbauen. Die auf den Versammlungen und Camps praktizierten, auf Sorge und Solidarität aufbauenden Handlungen der Selbstorganisation bleiben als affektive politische Erfahrung in den Subjektivierungen der Teilnehmenden und Assoziierten gegenwärtig (Lorey 2013, S. 49 ff.).

Diese radikal kontingenten Praxen werden, wie Lorey schreibt, gerade von Menschen als neue Demokratie gewählt werden, die durch Prekarisierung mit Zufälligkeit und Unplanbarkeit konfrontiert sind. Indem sich Prekarisierung im Neoliberalismus verallgemeinert, schwächt dies den Wert biopolitischer Immunisierung, da das eigene Überleben durch die Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft nicht mehr gesichert scheint. Dieser Prozess ermöglicht sowohl eine Affirmation als auch Wendung des Prekären. Durch die Ablehnung der herrschaftssichernden Logik der biopolitischen Immunisierung kann das emanzipative Potential gouvernementaler Prekarisierung als ermächtigende Selbstregierung produktiv werden (Lorey 2012a, S. 61, 135). Präsentische Demokratie ist nach Lorey also nicht in erster Linie eine Frage der partizipatorischen Verfahrensweisen, sondern sie konstituiert sich in der Entstehung neuer politischer Subjektivierungen, welche die Verbundenheit mit anderen nicht ablehnen und die vermeintlich schützende Logik von Identität, abgrenzender Zugehörigkeit und Repräsentation zurückweisen (ebd., S. 51). In den Praxen der präsentischen Demokratie werden Gegenentwürfe zu der servilen Subjektivierungsweise durch gouvernementale Prekarisierung erfahrbar.

²³ Zu dem von Isabell Lorey entwickelten Begriff der präsentischen Demokratie siehe auch Stoeger (2014).

Präsentische Demokratie ist für Lorey jedoch keine reine Negation repräsentativer Strukturen, sondern ein Prozess, der in die liberale Demokratie interveniert. Sie betont, dass das System politischer Repräsentation und soziale Bewegungen nicht als Gegensätze verstanden werden dürfen, sondern als Verhältnis des Austauschs von konstituierender und konstituierter Macht (Lorey 2009, S. 293). Die Bedeutung konstituierender Macht liegt für Lorey darin die konstituierte Macht zu ständiger Veränderung zu zwingen und damit die Voraussetzung für Demokratie zu schaffen (ebd., S. 58). Als neue konstituierende Macht, die von der Heterogenität der Vielen ausgeht, realisiert präsentische Demokratie einen Prozess in dem Spontanität und Organisation nicht getrennt sind. In den neuen Formen konstituierter Macht, durch die sich die konstituierende Macht in Institutionen manifestiert, darf die Konstituierung nicht still gestellt werden. Es braucht daher neben Institutionen des Gemeinsamen, für die bestehende Strukturen transformiert oder neu erfunden werden müssen, eine „radikale Bereitschaft für neue Formen der Organisation“ (Lorey 2014).

5.2.2. Sprachlos angesichts der Demokratisierung der Demokratie

Loreys Fokus auf die Dynamik biopolitischer Immunisierung macht nicht nur die hierarchischen Spaltungen sichtbar, die der Konstitution nationalstaatlicher Demokratien zugrunde liegen, sondern greift auch den Diskurs um die neoliberale Gouvernentalisierung des Staates sowie die zunehmende Entwicklung einer auf Informationstechnologien basierenden Produktionsweise auf. Der Rückbau sozialstaatlicher Leistungen wie auch die Zunahme von Arbeitsverhältnissen, die Kommunikationsfähigkeit, affektive und kognitive Fähigkeiten sowie Wissensmanagement seitens der Individuen einfordern, bedeuten, dass Lohnabhängige dem Zugriff des Arbeitsmarktes immer unvermittelter ausgesetzt sind. Damit nimmt der Einfluss von kapitalistischen Subjektivierungsweisen zu, durch die Eigenverantwortung, Selbstführung und Selbst-in-Wert-Setzung zu unentbehrlichen menschlichen Fähigkeiten werden (Sauer 2009, S. 19). Diese Subjektivierungsweisen erzeugen aber auch das Gefühl der Unmöglichkeit und Unwünschbarkeit von Gleichheit, da sie Individuen in umfassender Weise zueinander in Konkurrenz setzen.

Demgegenüber sieht Lorey in den auf affektive Bezogenheit und gegenseitige Sorge aufbauenden Selbstorganisationen der sozialen Bewegungen einen politischen Raum entstehen, der solidarische Formen der Subjektivierung fördert. Allerdings verlangt Loreys Vision einer präsentischen Demokratie den Teilnehmenden klassische zivilgesellschaftliche Tugenden ab. Wie Birgit Sauer anmerkt, sind Partizipation, Beteiligung und

Engagement im Zeitalter neoliberaler Aktivierung und gouvernementaler Staatlichkeit jedoch kaum mehr von Machttechnologien zu unterscheiden. „Governance als neuer Steuerungsmodus setzt auf die Freiheit der Individuen, auf ihre eigene Entscheidung und Individualität.“ (ebd., S. 19) Auch die präsentische Anrufung der Bürger_innen in Eigenverantwortung ein solidarisches und nicht-exklusives Gemeinwesen zu erschaffen ähnelt stark der gouvernementalen Anrufung zu einem leistungsbereiten Selbstentwurf. Dieser wird zudem zum Klassenmerkmal, indem selbstgeführte gegen fremdgeführte und vermeintlich disziplinierte Menschen positioniert werden (ebd., S. 19).

Dieser Zuschreibung kann mensch auch durch die Selbstorganisation in Form sozialer Bewegungen nicht entgehen. So zeigen Brigitte Bargetz und Magdalena Freudenschuss in einer emotionssensiblen Analyse medialer Berichterstattung, dass die Legitimität von Protestbewegungen darüber verhandelt wird, welches Affektprofil den Teilnehmenden zugeschrieben wird. Legitime empörte Subjekte wurden in den Medien als intelligent, jung, interessiert, ernsthaft, freundlich, geduldig, ordnungs- und sauberkeitsliebend, zielstrebig, kreativ, humorvoll, leistungsbereit, schön und vorwiegend männlich dargestellt (Bargetz/Freudenschuss 2012, S. 109). Dieses Traumprofil einer jobwerbenden Person wurde insbesondere den Protagonist_innen der Proteste in Spanien 2011 zugesprochen sowie der studentischen Streiks in Europa ab 2009. Illegitimen empörten Subjekten hingegen wurde eine ungenügende Affektkontrolle zugeschrieben, die mit rassistischen, klassifizierten und vergeschlechtlichten Beschreibungen illustriert wurde. Zerstörungswut, sinnlose Gewalt, Irrationalität, Respektlosigkeit, Enthemmung und Genussucht wurden teilweise den Protestierenden in Griechenland und explizit jenen in Großbritannien attribuiert (ebd., S. 110). Bargetz und Freudenschuss beschreiben die mediale Berichterstattung mit Verweis auf Lauren Berlant als Momente „öffentlicher Gefühlsorchestrierung“, in denen sich das spezifische In-Beziehung-Setzen von Emotionen und Politik als wirkungsmächtiges Instrument für die Hervorbringung und Aufrechterhaltung von Machtverhältnissen erweist (ebd., S. 107 f.). In Zeiten der Ökonomisierung von Gefühlen erfüllen auf Selbstverantwortung und gegenseitige Fürsorge aufbauende politische Räume zumindest in der medialen Darstellung die Anforderungen neoliberaler ‚employability‘ (ebd., S. 108, 112), während sie gleichzeitig zur Abgrenzung gegenüber der illegitimen Wut jener herangezogen werden können, deren Protestformen im hegemonialen Diskurs ‚nicht sprechen können‘ (Spivak 2008).

Auch für emanzipative politische Bewegungen ist es schwer den Fallstricken politischer und sprachlicher Repräsentation zu entgehen. Wie Nikita Dhawan und María do Mar Castro Varela schreiben, produziert der normative Diskurs um Emanzipation Kriterien der Emanzipation, die jene ausschließen, die diesen Kriterien nicht entsprechen. Eben-

so produziert der Diskurs um „Demokratisierung von unten“ sowohl die Bilder derjenigen, die zum „demokratischen Markt der Utopien“ (Bargetz/Freudenschuss 2012, S. 112) beitragen sollen und können, als auch von denjenigen, deren Teilnahme an den „Schulen der Demokratie“ nicht vorgesehen ist oder unmöglich erscheint (Castro Varela/Dhawan 2004, S. 206 f.). Wie Dhawan nicht ohne Ironie anmerkt, haben die Protestbewegungen, die sich seit dem Jahr 2011 in vielen Ländern der Welt bildeten, die Erzählung eines globalen Demos evoziert, der sich nun gegen die neoliberale Bestie zur Wehr setzt (Dhawan 2015). Diese politischen Gegenöffentlichkeiten, die auf spontaner Solidarität und der geteilten Vulnerabilität gegenüber staatlicher Gewalt einerseits sowie Prekarisierung und Marginalisierung andererseits beruhen, erwecken die Hoffnung machtvolle Staaten und internationale Finanzinstitutionen durch öffentliche Kritik – sowohl auf der Straße als auch in sozialen Netzwerken – zu nachhaltigem Wandel zwingen zu können (ebd.).

Dhawan zeichnet diese romantische Erzählung über die radikale Potenz von spontanen Protestbewegungen nach, um zu fragen an wen sie sich richtet. Sie sieht darin vorwiegend die Fantasien einer urbanen, gut ausgebildeten Mittelschicht befriedigt, während diese Erzählung aber gleichzeitig die auf Ausbeutung und Exklusivität beruhenden materiellen Bedingungen unsichtbar macht, welche die Handlungsmacht der Protestierenden erst ermöglichen (ebd.). Der Genuss dieser Erzählung ist nur unter der Bedingung der Ausblendung globaler Ungleichverteilung von Macht und Wohlstand zu haben. Die Dethematisierung von Hierarchien, die soziale, ökonomische und politische Beziehungen weltweit durchziehen, bringt Protestbewegungen für Dhawan jedoch in Komplizenschaft mit globalen Herrschaftsstrukturen (Dhawan 2009, S. 53). Das von den neuen sozialen Bewegungen dargebotene kreative und lebensfrohe Bild von Kämpfen gegen Austeritätspolitik, die neoliberale Globalisierung, Umweltzerstörung und wachsende soziale Ungleichheit basiert entweder auf geringer Mobilisierungsstärke oder exklusiven Segmenten einer größeren Protestbewegung. An den auf hohem Bildungsniveau, guter schriftlicher Ausdrucksfähigkeit und erfahrem Umgang mit digitalen Werkzeugen aufbauenden Protestformen hatten existentiell bedrohte oder subalterne Personen keinen Anteil (ebd., S. 60). „Die Stimme der Subalternen wird also gerade im selben Moment zum Verstummen gebracht, an dem die Behauptung, sie werde gehört, triumphierend verkündet wird.“ (ebd., S. 58)

Trotz des egalitären und basisdemokratischen Demokratieverständnisses, das in den neuen sozialen Bewegungen vorherrscht, gelingt es im Rahmen von Protestbewegungen nur selten, den paternalistischen Aspekt von Repräsentation zu überwinden, der ‚Handeln und Sprechen für‘ mit politischer Partizipation der Bürger_innen gleichgesetzt. Der postkoloniale Blick auf demokratische Gegenöffentlichkeiten zeigt, dass konstituierende

Macht im Rahmen desselben hegemonialen Diskurs operiert wie konstituierte Macht und mit dieser ein Begehren nach „wertvollen“ Subjektivierungen teilt. Angesichts dieser ernüchternden Einschätzung bezüglich des machtkritischen Potentials einer Demokratisierung von unten wird gerade im Rahmen postkolonialer Theorieansätze sehr kontroversiell darüber diskutiert, ob der demokratischen Idee überhaupt ein weiterzuverfolgendes emanzipatives Moment innewohnt oder ob sie als Vorbote für Ausbeutung und Zerstörung in Form von Kapitalismus und Kolonialismus nicht völlig zurückgewiesen werden muss.

Die zweite Sichtweise auf Demokratie als expansives Instrument einer eurozentristischen Aufklärung wird insbesondere von Vertreter_innen der dekolonialen Theorie wie Walter Mignolo geteilt (Dhawan 2014, S. 42). Breny Mendoza betont, dass die nicht-demokratischen Grundlagen der Demokratie am deutlichsten in der Entstehung von Nationalstaaten und der Konstitution von Bürger_innenrechten zu Tage treten. Aus dem Blickwinkel der kolonialen Erfahrung in Lateinamerika ist Demokratie untrennbar mit der historischen Bewegung des Kolonialismus verbunden, welche zur globalen Expansion und Herrschaft Europas führte (Mendoza 2014, S. 135 f.). Auch im 21. Jahrhundert stellt sich für Mendoza die Frage, wer menschlich genug ist um durch Menschenrechte geschützt zu werden, wenn diese als Rechtfertigung für Regimewechsel und ‚gerechte Kriege‘ herangezogen werden, deren Ziel die Rekolonialisierung von Staaten ist, um die Ausbeutung des Arbeitskräftepotentials und der natürlichen Ressourcen organisieren zu können (ebd., S. 137). Der Diskurs um Menschenrechte und Erlangung von Bürger_innenrechten ist in Lateinamerika ein historisch gewaltvoller, da die Anerkennung der indigenen Bevölkerung als Menschen und später als Bürger_innen einerseits mit der Verschleppung und Versklavung von Menschen aus Afrika einher ging und andererseits Indigene dem gewaltsamen bis tödlichen Prozess der Christianisierung unterwarf. Aus diesem Blickwinkel fragt Mendoza, was postkoloniale Subjekte unter der von Butler vorgeschlagenen Reartikulation der humanistischen Ethik als Ethik der Gewaltlosigkeit verstehen sollen, welche fordert die Vulnerabilität der jeweils anderen Person anzuerkennen und zu schützen. Ausgehend von den gegenwärtigen neoliberalen Demokratien kann die humanistische Ethik nur als Fortsetzung der kolonialen Ethik verstanden werden, die einigen das Recht zuspricht ihre Lebensweise anderen aufzuzwingen (ebd., S. 139 f.). Dekoloniale feministische Theoretiker_innen betonen daher mit Verweis auf die genozidale Vernunft des Westens die Unverzichtbarkeit eines alternativen Denkens jenseits der Grenzen des demokratischen Imaginären (ebd., S. 141).

Demgegenüber argumentiert Dhawan, dass die europäische Aufklärung ein widersprüchliches Erbe hinterlässt, das neben der gewaltvollen Durchsetzung eines als universell verkleideten, aber hoch partikularen Gestaltungsanspruches auch die Entstehung ei-

nes kritischen Bewusstseins umfasst. Das Ziel der aufgeklärten Philosophie ist die unaufhörliche Übertretung und Infragestellung der eigenen und vertrauten Denk-, Handlungs- und Seinsweise (Dhawan 2014, S. 57 f.). Insofern müssen nach Dhawan auch antikoloniale und ethnozentristische Erzählungen kritisch hinterfragt werden, inwiefern sie romantische politische Visionen und Hoffnungen enthalten, die nicht mehr übereinstimmen mit der Welt, die wir kritisch analysieren müssen (ebd., S. 66). Insofern hält es Dhawan zwar für unmöglich dieses Erbe abzulehnen, jedoch muss es permanent verhandelt werden. Für Spivak stellt Aufklärung als Haltung, die permanent die Grundlagen des eigenen Denkens hinterfragt, eine befähigende Verletzung dar. Das postkoloniale Subjekt klagt seine Unterdrückung im Diskurs der Aufklärung an, wenn es politische Bürger_innenrechte einfordert (ebd., S. 68 ff.). Insofern steht Dhawan der anti-etatistischen Grundhaltung vieler zivilgesellschaftlicher Akteur_innen kritisch gegenüber, da sich postkoloniale Staaten mit Hilfe globaler Governancestrukturen zunehmend der Verantwortung entziehen die Interessen ihrer verletzlichsten Bürger_innen zu schützen. Das moralische Unternehmertum der globalen Zivilgesellschaft verhält sich parasitär zum Scheitern dieser Staaten und erlangt ohne demokratische Legitimation beachtliche politische Macht (Dhawan 2009, S. 59 f.). Insofern muss das hegemoniale Alltagsverständnis hinterfragt werden, nachdem „eine ermächtigte Zivilgesellschaft unwillkürlich zu einer Stärkung von Demokratie beitragen wird.“ (ebd., S. 59)

6. Immaterielle Krise und Wert der Demokratie

6.1. Demokratie im Angesicht des Empires

Entgegen der vorwiegend skeptischen Einschätzung postkolonialer und feministischer Theoretiker_innen bezüglich der demokratiepolitischen Wirkung globaler sozialer Bewegungen verteidigen Vertreter_innen der postoperaistischen Theorie die Sichtweise, dass die neuen sozialen Bewegungen zentrale Akteur_innen einer globalen Demokratisierung sein können. Während Nikita Dhawan (2015) Staaten als „Pharmakon“ – Gift und Arznei zugleich – bezeichnet, weil sie neben einer repressiven auch eine redistributive Funktion erfüllen, wird in den postoperaistischen Theorien staatlichen Strukturen eine rein zersetzende Wirkung auf demokratische Prozesse zugeschrieben. Neue soziale Bewegungen hingegen fungieren insbesondere durch ihre Fähigkeit zur Selbstorganisation und dem Netzwerkcharakter dieser Organisation als Akteur_innen einer substantiellen Demokratisierung gegenwärtiger Gesellschaften. Das Netzwerk als Organisationsform respektiert nach Michael Hardt und Antonio Negri jegliche Differenz und stellt dadurch Mittel der Begegnung bereit um gemeinsam arbeiten und leben zu können (Hardt/Negri 2004, S. 9).

Ihre Sicht auf die gegenwärtige Krise der Demokratie fokussiert wie jene von Ingeborg Maus auf die zunehmende Verrechtlichung aller Lebensbereiche. Die Autoren der Werke „Empire“ (Hardt/Negri 2002) und „Multitude“ (Hardt/Negri 2004) sehen in der zunehmenden Einengung politischer Handlungsspielräume zugunsten der Ausweitung rechtlicher Regelungsbereiche den Grund sozialer Totalisierungstendenzen (Hardt/Negri 2002, S. 25). Während Maus diese Prozesse vorwiegend auf nationaler Ebene beobachtet, fokussieren Hardt und Negri auf die Auswirkungen von Globalisierungsprozessen. Sie prägen den Begriff Empire um die den Globalisierungsprozessen innewohnende Tendenz zu bezeichnen eine einzige supranationale Gestalt politischer Macht auszubilden (ebd., S. 24). Diese neue Souveränität beruht auf der Herausbildung eines globalen Produktions- und Arbeitsvermögens einerseits sowie auf der Transformation des traditionellen nationalen und internationalen Rechts in eine imperiale Rechtsordnung andererseits (ebd., S. 25).

Darin sehen die Autoren nicht den Niedergang souveräner Nationalstaaten. Diese bestehen weiter, werden jedoch in ein hierarchisches System globaler Normenerzeugung eingebunden. Diese Zentralisierungstendenzen gehen nicht von einigen wenigen Akteur_innen aus, sondern vom Normengerüst selbst (Hardt/Negri 2002, S. 29).

Hardt und Negri sehen in der Transformation des Rechts ein Symptom der Veränderung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der Postmoderne, in der immaterielle Arbeit qualitativ hegemonial geworden ist und alle anderen Formen der Arbeit beeinflusst. Sie beschreiben immaterielle Arbeit als vernetzt, intelligent, kommunikativ und affektiv, sowie gleichzeitig als flexibel, mobil und prekär (Hardt/Negri 2004, S. 128). Auch wenn die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zentrale Werkzeuge immaterieller Arbeit darstellen, sind sie nur ein Aspekt. Ein weiteres zentrales Merkmal immaterieller Arbeit ist die Herstellung zwischenmenschlicher Kontakte und Interaktion, was Hardt und Negri als affektive Arbeit bezeichnen (Hardt/Negri 2002, S. 34). Da in ihr die Grenzen zwischen Produktion und Reproduktion verschwimmen, fließen alle Aspekte des Lebens in den kapitalistischen Verwertungsprozess ein²⁴. Damit wird die allgemeine Fähigkeit zu produzieren zum Objekt der Ausbeutung (ebd., S. 221). Hardt und Negri bezeichnen diese Form der Produktion, die sich nicht auf ökonomische Phänomene beschränkt, sondern alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfasst, als biopolitisch.

Die biopolitische Konstitution der Gesellschaft ist neben der Herausbildung eines global geltenden, imperialen Rechts die zweite zentrale Grundlage sozialer Totalisierungstendenzen, wobei beide Aspekte ineinander greifen. Das imperiale Recht wird zum Verfahren, da der Geltungsbereich dieser neuen Gesetzesmacht tendenziell unbegrenzt ist. Da Biomacht die Aufgabe hat das Leben selbst zu verwalten, wird die Gesellschaft zur Machtmaschine. In Verbindung mit der biopolitischen Konstitution der Gesellschaft kann das imperiale Recht auf immer neue Akteur_innen und Lebensbereiche ausgeweitet werden, da seine Aufgabe die Verwaltung des Lebens selbst ist (ebd., S. 39). Abgesichert wird diese absolute Rechtsordnung durch ihre Souveränität über die Polizeiapparate und über die Möglichkeit den Ausnahmezustand auszurufen, wodurch auch die inneren Machtverhältnisse jedes Landes einem Wandel unterworfen sind (ebd., S. 32). Hardt und Negri beziehen sich auf Foucaults Begriff von Biopolitik und Gilles Deleuzes Konzept der Kontrollgesellschaft, wenn sie schreiben, dass sich Biomacht als Kontrolle ausdrückt, die Bewusstsein und Körper der Bevölkerung und zur gleichen Zeit die Gesamtheit sozia-

²⁴ Die Einbindung affektiver Arbeit in den kapitalistischen Verwertungsprozess ist jedoch keine neue Entwicklung, wie insbesondere marxistisch-feministische Theorieansätze zeigen. Wie Reproduktionsarbeit als emotionale Arbeit, die den Bereich der Pflege-, Betreuungs-, Kommunikations-, Sorge-, Sex-, Haus- und Erziehungsarbeit umfasst (Caixeta et al. 2004), gesamtgesellschaftlich organisiert ist hängt von der Ausrichtung staatlicher Regulation ab.

ler Beziehungen durchdringt (ebd., S. 39) und zu einem unmittelbaren und unvermittelten Verhältnis zwischen Macht und Subjektivität führt (ebd., S. 41).

Obwohl sowohl Maus, als auch Hardt und Negri eine Krise der Demokratie durch die Verabsolutierung der Rechtsordnung konstatieren, verbinden nur Hardt und Negri diese Entwicklung mit der Veränderung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Zwar kritisiert auch Maus die Tatsache, dass technisch-ökonomische Entwicklungen ohne politische Steuerung und demokratische Kontrolle stattfinden sowie insbesondere die immense Macht der globalen militärisch-industriellen Komplexe als die am schwersten wiegenden Probleme moderner Demokratien (Maus 1992, S. 223). Aber indem sie auf die mit der Vervielfältigung gesellschaftlicher Problemlagen verbundene Dezentralisierung staatlicher Steuerung fokussiert, theoretisiert sie gesellschaftliche Veränderung nur bezüglich der Transformation der Staatsapparate. Diese bleiben aus ihrer Sichtweise auch unter gegebenen gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsverhältnissen zentrale und souveräne Steuerungsinstanzen. Daher plädiert Maus dafür das Volkssouveränitätsprinzip als Identität der Gesetzgebenden und Gesetzesadressat_innen in den staatlichen Institutionen zu rekonstruieren. Sie hält die Restaurierung des funktionsspezifischen Gewaltenteilungsprinzips auch unter den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen für möglich und notwendig, um die Verselbstständigung des Rechts gegenüber demokratischen Prozessen aufzuhalten (ebd., S. 224). Demgegenüber sehen Hardt und Negri keine Möglichkeit gesellschaftliche Teilbereiche von den sozialen Totalisierungstendenzen abzukoppeln, da das Empire als Verbindung von Biomacht und imperialer Rechtsordnung alle Lebensbereiche durchdringt. So denken Hardt und Negri den Begriff Souveränität nicht mehr als Möglichkeit der Selbstgesetzgebung, sondern nur als Attribut der imperialen Rechtsordnung. Souveränität ist für Hardt und Negri ein duales Machtsystem zwischen denen, die regieren und jenen, die regiert werden, sie bedarf also der Zustimmung der Beherrschten. In dieser dynamischen und wechselseitigen Beziehung können die Eliten nur mittels Kompromissen die Hegemonie erlangen und aufrechterhalten (Hardt/Negri 2004, S. 367).

Damit vollziehen die beiden Autoren die Denkfigur, die Maus als Refeudalisierung des Demokratiebegriffs bezeichnet, allerdings erkennen sie gerade in dieser Entwicklung die Möglichkeit zur Erreichung einer absoluten Demokratie. Denn die Eliten sind im Empire nicht die eigentlichen Akteur_innen, sondern die arbeitende Menge, deren Handlungen die soziale Ordnung produziert (ebd., S. 370). Da das Kapital ein antagonistisches soziales Verhältnis darstellt, dessen eine Seite das produktive Leben der Menge ausmacht, reagiert es für Hardt und Negri nur auf Handlungen der arbeitenden Menge. Deren Weigerung sich ausbeuten zu lassen, in Form von Widerstand, Sabotage, Unge-

horsam und Revolution, bildet für Hardt und Negri die treibende Kraft der Wirklichkeit (Hardt/Negri 2002, S. 220 f.). Der Antagonist der globalen Rechtsordnung des Empires ist für Hardt und Negri der Widerstand der arbeitenden Menge. Sie nennen diese Denkfigur Multitude und schließen damit an die operaistische Theorietradition an, welche in den Widerstandspraxen der Arbeiter_innen gegen kapitalistische Ausbeutung die Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung sieht (Birkner/Foltin 2006). Hardt und Negri verwenden zwei Begriffe von Multitude. Als ontologisches Konzept beschreiben sie das Moment des Widerstands der Menge gegen ihre Ausbeutung durch das die Multitude aufeinander bezogen wird. Die kapitalistische Globalisierung produziert nicht nur ein Netzwerk von Hierarchien und Spaltungen, und beutet gerade diese Differenzen aus, sondern bringt ebenso neue Verbindungen des Zusammenwirkens und der Zusammenarbeit hervor. Der zweite Begriff fasst die Multitude als politisches, zukünftiges Projekt, dessen kulturelle, ökonomische und politische Voraussetzungen im Prozess der Globalisierung und biopolitischen Produktion im Entstehen sind (Hardt/Negri 2004, S. 9).

Die Zusammensetzung der Multitude spiegelt für Hardt und Negri die Veränderung in den Produktivkräften wider, welche zunehmend die Universalität menschlicher Kreativität umfassen (Hardt/Negri 2002, S. 222). Die Multitude entsteht aus der Logik immaterieller Arbeit in der biopolitischen Produktion, insbesondere ihrem affektiven und kommunikativen Aspekt. Da sie auf sozialer Interaktion beruht und im sozialen Raum der Kommunikation entsteht, ist Kooperation der Arbeitstätigkeit der immateriellen Arbeit vollkommen immanent und produziert durch die Herstellung zwischenmenschlicher Kontakte und Interaktion Formen von Biomacht. Die Multitude verfügt damit über das Potenzial die soziale Ordnung eigenständig zu produzieren, während das Empire immer parasitärer und entbehrlicher wird (Hardt/Negri 2004, S. 370). Das Verhältnis zwischen Empire und Multitude ist daher kein symmetrisches. Während das Empire nur auf Grundlage der Ausbeutung der Kreativität der Multitude existiert, verfügt diese tendenziell über die Fähigkeit autonom eine Gesellschaft zu schaffen (ebd., S. 251).

An diese Fähigkeit knüpft die zweite Bestimmung der Multitude als politisches, zukünftiges Projekt an. Sie ist ein aktives gesellschaftliches Subjekt, das auf Grundlage dessen handelt, was den Individuen gemeinsam ist und von allen geteilt wird (ebd., S. 118). Dieses Gemeinsame entsteht für Hardt und Negri aus der auf Kooperation beruhenden immateriellen Arbeit und ist gleichzeitig Endprodukt sowie Vorbedingung der biopolitischen Produktion der Multitude (ebd., S. 384). Als politisches Projekt besteht die Multitude damit aus Individuen, die gemeinsam handeln (ebd., S. 123). Da die Produktion von Wirtschaftsgütern zunehmend zur Produktion von sozialen Beziehungen und Gesellschaft an sich wird, verschwindet für Hardt und Negri die Unterscheidung zwischen

dem Ökonomischen und dem Politischen (ebd., S. 385). Gerade in diesem Zusammenfallen von ökonomischer Produktion und politischer Entscheidungsfindung sehen Hardt und Negri die Möglichkeit einer absoluten Demokratie. Die Multitude trägt die Mittel in sich diese absolute Demokratie zu verwirklichen. Einerseits durch die Ausweitung des Gemeinsamen im Zuge der biopolitischen Produktion, die alle Lebensbereiche durchdringt. Andererseits aufgrund des Netzwerkcharakters ihrer Organisation, den sie sowohl in der Produktion, als auch in Protestbewegungen realisiert (ebd., S. 12).

Hardt und Negri analysieren den Prozess der Globalisierung als zunehmende Verengung demokratischer Handlungsspielräume. Sie betonen die Gefahr totalitärer Tendenzen, wenn sie schreiben, dass im Empire Kapital und Souveränität tendenziell vollständig zur Deckung kommen. In ihrer Sichtweise der demokratischen Krise wird das Recht auf Selbstgesetzgebung von den ökonomischen und exekutiven Eliten monopolisiert. Die politischen Souveränitätsbeziehungen entbehren zunehmend demokratischer Einflussmöglichkeiten und werden den ökonomischen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit immer ähnlicher. Das Gemeinsame, von dem das soziale Leben abhängt, wird in ökonomische Güter umgewandelt, expropriert und in den kapitalistischen Verwertungsprozess eingebunden. Damit erlangt die entstehende souveräne Macht Herrschaft über die Reproduktion des sozialen Lebens. Diese Biomacht zeichnet sich durch die Konvergenz von Krieg, Politik, Ökonomie und Kultur aus, die Hardt und Negri als die Machtformen des Empires bezeichnen. Diese Konvergenz der Machtformen und die Globalisierung von biopolitischen Rechtsbeziehungen bringt gleichzeitig eine grenzenlose und miteinander vernetzte Multitude hervor. Da die imperiale Souveränität von der Ausbeutung der Produktion der Multitude abhängt, kann sie diese nicht ausgrenzen. Sie ist von den Regierten abhängig, welche die Produzent_innen der sozialen Ordnung sind (ebd., S. 368 ff.). Damit eröffnet sich für die Regierten die Möglichkeit des Exodus, durch den die Multitude ihre Fähigkeit zur Autonomie und politischen, ökonomischen und sozialen Selbstorganisation realisiert. In dieser Möglichkeit sich der Herrschaft des Empires zu widersetzen und eine gesellschaftliche Selbstorganisation zu versuchen, sehen Hardt und Negri die Möglichkeitsbedingung für Demokratie (ebd., S. 375).

Die biopolitische Produktion der Multitude hingegen wird tendenziell das, was ihr gemeinsam ist und was sie gemeinsam produziert, gegen die imperiale Macht des Kapitals mobilisieren. Mit der Zeit wird die Multitude, hat sie erst einmal ihre produktive, auf dem Gemeinsamen beruhende Gestalt entwickelt, in der Lage sein, durch das Empire hindurchzugehen und auf der anderen Seite herauszukommen, sich selbstständig auszudrücken und zu regieren. (ebd., S. 119)

Trotz der Eleganz der Metapher des Hindurchgehens stellt sich die Frage, wie aus den Spaltungen und Hierarchien, die das Empire als Herrschaftszusammenhang hervorbringt und ökonomisch ausbeutet, Formen des gleichberechtigten und selbstorganisierten Zusammenwirkens und -arbeitens entstehen können. Paolo Virno fragt in diesem Zusammenhang wie wir von der gegenwärtigen Universalisierung serviler Arbeit zu einer republikanischen Virtuosität²⁵ gelangen. Er beschreibt die Kooperation im Arbeitsprozess als dichtes Netz hierarchischer Beziehungen, in denen die Anwesenheit anderer die Form persönlicher Abhängigkeit annimmt (Virno 2005, S. 68). Sowohl Hardt und Negri, als auch Virno schlagen für den Übergang von serviler zu republikanischer Virtuosität zwei Strategien vor. Die Strategie des radikalen Ungehorsams als Infragestellung der Entscheidungsmacht des Staates und die Strategie des Exodus als Fluchtbewegung, wodurch die Multitude dem Empire zunehmend jene Ressourcen entzieht auf die seine Macht aufbaut. Die Vorbedingungen für die Verweigerung und den Exodus entstehen durch den Prozess der zunehmenden, auf Kommunikation aufbauenden Vernetzung im spätmodernen Arbeitsprozess. Dadurch gegen die Produktion von Subjektivität und die Produktion des Gemeinsamen eine spiralförmige, symbiotische Beziehung ein. Da diese Subjektivität mittels Kooperation und Kommunikation entsteht, produziert sie im Gegenzug ihrerseits neue Formen der Kooperation und Kommunikation, die wiederum neue Subjektivität produzieren. Diese spiralförmige Bewegung hat eine immer reichere soziale Wirklichkeit zur Folge, in der Hardt und Negri die Entstehung des demokratischen Körpers der Multitude zu erkennen meinen (Hardt/Negri 2004, S. 213 f.). Während die technische Entwicklung die Realisierung absoluter Vernetzung als totalitäres Herrschaftsinstrument ermöglicht, bringt sie aus Sicht der postoperaistischen Theorie gleichzeitig die Potentialität einer kooperativen und solidarischen Selbstorganisation hervor.

6.2. Marktförmige Subjektivierungen

Um zu verstehen, wieso sich im Herzen eines totalitär anmutenden globalen Herrschaftszusammenhangs, der auf Ausbeutung der allgemeinen menschlichen Fähigkeit zu Produzieren beruht, das Potential einer kooperativen und solidarischen Lebensweise herausbilden kann, ist der von Hardt, Negri und Virno verwendete Subjektbegriff von Bedeutung. Dieser steht in der Tradition der marxistischen Definition des Menschen, die in Abgrenzung zum im 18. Jahrhundert etablierten Begriff des bürgerlichen Subjekts entstand (Marx 1985c). Karl Marx spottet über die Vorstellung des vereinzelt, unabhängigen Menschen

²⁵ Als Republik der Multitude bezeichnet Virno eine nicht länger staatliche Sphäre gemeinsamer Angelegenheiten (Virno 2005, S. 70).

in der Figur des Jägers und Fischers, wie sie sich in den Schriften der Begründer der Nationalökonomie, David Ricardo und Adam Smith, findet, aber auch zentraler Bezugspunkt der Gesellschaftsvertragstheorien ist. Demgegenüber betont Marx, dass der Mensch ein gesellschaftliches Wesen ist in dem Sinne, dass er sich nur in der Gesellschaft vereinzeln kann. „Die Produktion des vereinzelt Einzelnen außerhalb der Gesellschaft [...] ist ein ebensolches Umding als Sprachentwicklung ohne *zusammen* lebende und *zusammen* sprechende Individuen.“ (ebd., S. 467) Marx kritisiert, dass das liberale Bild des Menschen das Ideal des bürgerlichen, kapitalistisch agierenden Individuums zeichnet, es aber als ahistorische Seinsweise des Menschen beschreibt.

Für Marx ändert sich die hegemoniale Vorstellung über das Wesen des Menschen durch den Wandel der konkreten historischen gesellschaftlichen Verhältnisse, im Rahmen derer dieses Bild artikuliert wird (ebd., S. 467). Gleichzeitig betont er, dass das menschliche Wesen als Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen ist (Marx 1985d, S. 199), die aus seinem Handeln hervorgehen, wenn auch nicht unter selbstbestimmten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen (Marx 1985b, S. 308). Diese Umstände sind im 19. Jahrhundert der Durchbruch einer kapitalistischen Produktionsweise, in der nur ein kleiner Teil der Gesellschaft unmittelbar über Produktionsmittel und -infrastruktur verfügt, während die Mehrheit zu Lohnabhängigen wird. Karl Marx und Friedrich Engels sehen in diesen Lohnabhängigen eine politische Kraft entstehen, die sich ihrer Bedeutung im Produktionsprozess in den Fabriken täglich gewahr wird. Indem der private Reichtum durch die vergesellschaftete Arbeit der sich neu bildenden proletarischen Klasse entsteht, sprechen ihr Marx und Engels das Begehren zu diesem Reichtum und das Privateigentum an Produktionsmitteln ebenfalls zu vergesellschaften. Der Kampf der proletarischen Klasse um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen birgt so die Möglichkeit der Überwindung einer inegalitären, auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhenden Gesellschaftsordnung in sich. Allerdings betonen Marx und Engels, dass der Arbeitsmarkt zu starker Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen führt, die nur durch eine übergreifende auf Solidarität beruhende Organisation überwunden werden kann (Marx/Engels 1985). In der Figur der Multitude wird diese zentralisierte Organisationsform durch eine dezentrale, netzwerkförmige Selbstorganisation ersetzt.

Indem der Mensch als gesellschaftliches Wesen bestimmt wird, sehen Vertreter_innen postmarxistischer Theorien das Sprachvermögen und die Fähigkeit zu produktiver Kooperation als Teil des historisch und gesellschaftlich bestimmten Vorindividuellen. Menschen werden nicht als Individuen geboren, sondern werden dies im Zuge des Prozesses der Individuation. Der Prozess der Individuation bleibt immer unvollständig und unabgeschlossen, während das Verhältnis von Vorindividuellem und Individuiertem durch

Affekte vermittelt ist (Virno 2005, S. 77 ff.). Die Multitude als zukünftiges, politisches Projekt ist in der postoperaistischen Theorie nun ein aktives gesellschaftliches Subjekt, das auf Grundlage dessen handelt, was allen Individuen gemeinsam ist. Die Frage, ob sich die Potentialität einer kooperativen und solidarischen Selbstorganisation realisiert, hängt für Virno davon ab, ob es der Multitude gelingt trotz der zunehmenden Einengung demokratischer Spielräume im Empire bestimmte Formen kollektiven Handelns zu entwickeln. Diese Formen kollektiven Handelns müssen sich einerseits auf ein Gemeinsames beziehen, das nicht auf Abhängigkeit und Servilität aufbaut, und andererseits diejenigen Aspekte des Individuationsprozesses verstärken, die auf der Universalität der verschiedenen Bereiche des Vorindividuellen beruhen (ebd., S. 82). Sprachliche und produktive Kooperation stellen somit die Grundlagen einer nicht-servilen Subjektivierung dar.

Die Veränderung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Zuge der Entwicklung digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien deutet für Hardt und Negri nun einen Wandel der Qualität lohnabhängiger Arbeit an, der dieser Form von Subjektivierung entgegenkommt. Die Digitalisierung und kommunikative Vernetzung weicher Teile des Produktionsprozesses stärken gerade jene Aspekte von Lohnarbeit, die dem Vorindividuellen zuzuordnen sind. Indem die Anforderungen immaterieller Arbeit in immer mehr Arbeitsbereichen nachgefragt werden, bilden Subjektivitäten zunehmend Kommunikations- und Vernetzungsfähigkeit sowie affektive Fertigkeiten aus. Allerdings ist Hardts und Negris Ansatz stark von den Zukunftsvisionen der Freien-Software-Szene der 1980er Jahre und der Medienkulturszene der 1990er Jahren geprägt. Diese Bewegungen setzten sich kritisch und experimentell mit den Versprechungen sowie Risiken der neuen Informationstechnologien auseinander und versuchten im Internet politische, soziale und kulturelle Möglichkeitsräume zu etablieren, die sich kommerziellen Interessen und einer kapitalistischen Verwertungslogik widersetzen (Apprich/Stalder 2012, S. 10). Damit thematisierten sie insbesondere jene Aspekte der neuen Informationstechnologien, die auf nicht hierarchischer und unmittelbarer Kommunikation, geteiltem Wissen und selbstorganisierter Kooperation aufbauten. Der Ausbau der Internet-Infrastruktur und die Entwicklung des Personal Computers wurden als Demokratisierung der Verfügung über Produktionsmittel interpretiert.

Diese teilweise euphorischen Zukunftsvisionen wurden durch die Monopolisierung der Kommunikationsdimension des Internets durch Werbekonzerne wie Google und Facebook oder autoritäre Staaten wie China nachhaltig gedämpft. Die seit den 1980er Jahren fortschreitende Kommodifizierung von zuvor außerhalb des Marktes organisierten Infrastruktur- und Dienstleistungsangeboten erfasste nicht nur die neuen Informationstechnologien, sondern nutzte sie auch als Vehikel zur Erschließung neuer Märkte. Indem

der mittlerweile umfassende Einfluss digitaler sozialer Netzwerke die allgemeine Fähigkeit affektiver Kommunikation und Kooperation zunehmend einer kapitalistischen Verwertungslogik unterwirft, stellt sich gegenwärtig die Frage inwiefern dies Auswirkungen auf Subjektivierungsweisen zeitigt. Dieser Frage gehen Andreas Reckwitz und Ingolfur Blühdorn nach. Während Reckwitz sich mit Prozessen der Kulturalisierung des Sozialen beschäftigt und diesbezüglich feststellt, dass Strukturmerkmale eines hoch kompetitiven Kreativdispositivs die gesamte spätmoderne globale Ökonomie erfasst haben und zu starken sozialen, kulturellen und politischen Polarisierungen führen (Reckwitz 2018), fragt Blühdorn ob sich durch die postdemokratische Wende die Qualität der Demokratie nicht schon soweit verändert hat, dass es angebracht wäre von einer reaktionären Demokratie zu sprechen (Blühdorn 2013b).

6.2.1. **Valorisierung des Sozialen**

Im Fokus von Reckwitz' Gesellschaftstheorie steht die Frage, welcher kulturelle Wandel die Spätmoderne einleitete und sie charakterisiert. Grundlage seiner Theorie ist die These, dass die Moderne von zwei widerstrebenden Logiken des Sozialen geprägt ist, der Logik des Allgemeinen und der Logik des Besonderen. Für die Entwicklung der Spätmoderne sieht Reckwitz die Veränderung des Verhältnisses zwischen diesen beiden Logiken des Sozialen als maßgeblich (Reckwitz 2018, S. 19). Insbesondere durch die wachsende Bedeutung einer digitalen Wissens- und Kulturökonomie kann sich die Logik des Besonderen verallgemeinern, da die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien die Infrastruktur einer maschinellen Besonderung oder Singularisierung bereitstellen (ebd., S. 73).

„Doing generality“ umfasst Praktiken, Diskurse und institutionelle Komplexe, die permanent Formen des Allgemeinen produzieren. Dieser Prozess der formalen Rationalisierung basiert auf vier Praktiken. Die Praxis der Beobachtung erfasst alle Elemente der Welt²⁶ als besondere Exemplare allgemeiner Muster. Die Praxis der Bewertung konnotiert alle jene Elemente, die sich für eine Verallgemeinerung eignen, positiv, während die Praxis der Hervorbringung Elemente produziert, die der Logik des Allgemeinen bis jener der Austauschbarkeit entsprechen. Die Praxis der Aneignung schließlich erhebt einen auf Funktionalität und Nützlichkeit ausgerichteten Umgang mit der Mitwelt zum primären Interaktionsmodus (ebd., S. 28 ff.). Auch wenn die Logik des Allgemeinen im Zuge der Industrialisierung hegemonial wurde, ist die zweite, gegenläufige Dimension der Moder-

²⁶ Als Elemente der Welt bezeichnet Reckwitz Objekte, Subjekte, Zeiten, Räumlichkeiten und Kollektive.

ne ebenso prägend, die Reckwitz als soziale Logik des Besonderen bezeichnet (Reckwitz 2018, S. 47). Diese beschreibt die kulturalistische Dimension der Wertzuschreibungen, Affektintensitäten und Singularisierung (ebd., S. 18), die drei Formen des Besonderen hervorbringt: das Allgemein-Besondere, die Idiosynkrasie und die Singularität (ebd., S. 48). Während das Allgemein-Besondere der Logik der formalen Rationalisierung folgt, sind Idiosynkrasien Entitäten der Welt, die sich jeglicher Rationalisierung und Verallgemeinerung entziehen. Idiosynkrasien sind als Eigentümlichkeit einer Person oder eines Gegenstandes nicht Ergebnis gezielten Gestaltens oder Bewertung, sondern als mannigfaltige Nebeneffekte des Sozialen einfach da (ebd., S. 50).

Singularitäten als dritte Form stehen zwischen diesen beiden Formen des Besonderen. Während das Allgemein-Besondere die Variationen des Gleichen bezeichnet und die Idiosynkrasien die vorsoziale Eigentümlichkeit, stellen Singularitäten sozialkulturell fabrizierte Einzigartigkeiten dar. ‚Doing singularity‘ basiert ebenso wie die formale Rationalisierung auf Praktiken des Beobachtens, Bewertens, Hervorbringens und Aneignens, allerdings wird im Zuge der Singularisierung die Einzigartigkeit von Einheiten des Sozialen positiv konnotiert und als Eigenkomplexitäten mit innerer Dichte erfahrbar gemacht (ebd., S. 51 f.). Die soziale Logik der Singularitäten fokussiert auf die qualitative sowie inkommensurable Differenz und konstruiert Einheiten im strengsten Sinn zwar als unvergleichbar, jedoch valorisierbar (ebd., S. 54). Diese drei Formen des Besonderen unterhalten ein reges Austausch- und Übersetzungsverhältnis. Idiosynkrasien und Exemplare des Allgemein-Besonderen können singularisiert werden, während Singularitäten durch Entsingularisierung ihren Charakter des Wertvollen verlieren. Ebenso können Singularitäten Vergleichstechniken unterworfen werden und damit ins Register des Allgemein-Besonderen wandern. Im Zuge der Spätmoderne werden Idiosynkrasien und Exemplare des Allgemein-Besonderen in einem beträchtlichen Maß zu Singularitäten transformiert, wodurch die soziale Logik der Singularität an Bedeutung gewinnt (ebd., S. 55 f.). Reckwitz spricht daher von der spätmodernen Gesellschaft der Singularitäten. Diese folgt aber nicht einfach der Logik des Besonderen, sondern stellt ein neuartiges Verhältnis zwischen den beiden Logiken der ‚doing generality‘ und ‚doing singularity‘ her, das zu einer tiefgreifenden Kulturalisierung des Sozialen führt (ebd., S. 17).

Die Moderne ist von Anfang an sowohl durch die organisierte Dimension, als auch die kulturalistische Dimension und somit von dem asymmetrischen Dualismus zwischen Standardisierung und Singularisierung, Rationalisierung und Kulturalisierung, Versachlichung und Affektintensivierung geprägt. Die zweite Dimension entstand im Zuge der künstlerischen Strömung der Romantik um 1800 und hat die rationalisierte Moderne als ästhetische, kulturevolutionäre Gegenbewegung maßgeblich mitgeprägt. Die sozia-

len und kulturellen Bewegungen, die mit der Jahreszahl 1968 assoziiert werden, sind für Reckwitz bis heute wirkungsmächtig, da sie den postmaterialistischen Wertewandel in der neuen Mittelschicht anstießen, der um Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung kreist. Reckwitz sieht in der dadurch ausgelösten postromantischen Authentizitätsrevolution der neuen Mittelschicht eine von drei Strukturkategorien, die zu der Herausbildung einer spätmodernen Kultur der Singularitäten führen (ebd., S. 18 f.). Die anderen zwei Strukturkategorien sind die Transformation der Ökonomie hin zu einer postindustriellen Wissens- und Kulturökonomie, sowie die technische Revolution der Digitalisierung (ebd., S. 103).

Diese drei Strukturkategorien besitzen für Reckwitz zwar eine Eigendynamik und relative Autonomie, bestärken sich aber auch gegenseitig. Die neue Mittelschicht, die ihren Aufstieg der Bildungsexpansion verdankt und über ein hohes Maß an formeller Bildung und kulturellem Kapital verfügt, ist nicht nur primär in der durch Digitalisierung schnell wachsenden Wissens- und Kulturökonomie tätig (ebd., S. 103), sondern wichtigste Konsument_innengruppe des sich ausweitenden Marktes nicht-materieller Dienstleistungen (Reckwitz 2006a, S. 433). Die postmaterialistische Orientierung der neuen Mittelschicht ist sowohl Motor, als auch Ergebnis des Aufstiegs des Kulturkapitalismus (Reckwitz 2018, S. 19). Ausgehend von den gegenkulturellen Bewegungen seit den 1970er Jahren sind Begriffe wie Authentizität, Kreativität, Lustprinzip, Transgression und Selbstverwirklichung in den Mainstream gesickert und machen Fragen nach der Lebensqualität sowie emotionalen Zufriedenheit zum Leitmotiv der neuen Mittelschicht (Reckwitz 2017, S. 192). Die ungehinderte Entfaltung der eigenen Besonderheit in allen Lebensbereichen soll die Authentizität des Selbst ermöglichen. Dieses Authentizitätsstreben verlangt aber auch nach nicht-standardisierten Gütern und Dienstleistungen, die nicht vorwiegend Kriterien der Nützlichkeit, sondern der Ästhetisierung des eigenen Lebens und der eigenen Person erfüllen müssen. In der Spätmoderne verbindet sich diese romantische Singularitätsorientierung mit expansiven ökonomischen und medientechnologischen Strukturen, wodurch die Kommunikations-, Repräsentations-, und Konsumwünsche der neuen Mittelschicht gesellschaftlich dominant werden (Reckwitz 2018, S. 106).

Der in der neuen Mittelschicht verankerte Wunsch nach einer Ästhetisierung und Kulturalisierung der Welt führt so zur einer Kulturökonomisierung des Sozialen, an der nicht nur die kommerzielle Wirtschaft und das digitale Netz, sondern die meisten gesellschaftlichen Felder wie Medien, Bildung, Städte, Religionen und Beziehungen partizipie-

ren (ebd., S. 107). Im Zuge dieser Entwicklung entstehen kulturelle Singularitätsmärkte²⁷, auf denen Objekte, Subjekte, Orte und Ereignisse darum konkurrieren als Güter mit kulturellem Einzigkeitswert anerkannt zu werden. Dabei ist die Praxis der Performance zentral. Kompetitive Singularitäten müssen ein Publikum auf sich aufmerksam machen und es affizieren um als singularär valorisiert zu werden. Die Singularitäten, die auf diesen Attraktivitätsmärkten bestehen wollen, müssen ihr Singularitätskapital akkumulieren und durch ein unverwechselbares Profil zum Ausdruck bringen (Reckwitz 2018, S. 106 f.). Der für die Spätmoderne leitende singularistische Lebensstil wird vorwiegend von der neuen Mittelschicht oder postindustriellen Dienstleistungsklasse (Reckwitz 2006a, S. 433) getragen, für die erfolgreiche Selbstverwirklichung und die Darstellung des besonderen Leben vor dem zumeist digitalen Publikum zur zentralen normativen Anforderung geworden ist. Gleichzeitig bringt dieser Lebens- und Konsumstil eine Hyperkultur hervor, die tendenziell alles, was die globale Gegenwart und die Geschichte bietet, als Kultur valorisieren und damit auf den Singularitätsmärkten kommodifizieren kann. Die Hyperkultur folgt einer kompositorischen Logik, durch die Elemente der Kultur fast uneingeschränkt miteinander kombinierbar und zueinander arrangiert werden können. Damit erzeugt sie massenhaft kompositorische Singularitäten, deren Besonderheiten sorgfältig kuratiert sind (Reckwitz 2018, S. 108).

Das gesellschaftliche Leitmotiv der Singularität basiert auf dynamisierten Prozessen der Valorisierung sowie Entwertung und bringt damit neue soziale und kulturelle Polarisierungen hervor. Reckwitz spricht von fünf Polarisierungen auf der Ebene der Güter, der Arbeitsverhältnisse, der Klassen und Lebensstile, der sozialen Räume sowie der Politik (ebd., S. 109). Singularitätsmärkte neigen zu Belohnung wie Missachtung im Übermaß, was sich auf die Arbeitsverhältnisse auswirkt. Einerseits nimmt die Anerkennungs- und Lohnspreizung zwischen hochqualifizierten Tätigkeiten in der Wissens- und Kulturökonomie sowie einfachen Dienstleistungen und standardisierten Tätigkeiten zu. Andererseits verlieren formale Qualifikationen an Bedeutung und bilden nur die Grundlage eines erforderlichen einzigartigen Kompetenzbündels. Bewerber_innen müssen für hochqualifizierte Berufe ein Profil mit hoher Eigenkomplexität und Unterscheidbarkeit ausbilden, dessen Kuratierung hohe zeitliche, finanzielle und kulturelle Ressourcen verlangt.

Diese Anforderungen entfalten eine Doppelstruktur aus Selbst- und Fremdsingularisierung, da sich der Wunsch nach einem authentischen Profil mit der Anforderung der employability verbindet (ebd., S. 209). Die dritte Polarisierung ergibt sich hinsichtlich der

²⁷ Neben diesen Singularitätsmärkten nennt Reckwitz auch heterogene Kollaborationen und Neogemeinschaften als die drei „genuin singularistischen Formen des Sozialen [...], welche die Spätmoderne bevölkern.“ (Reckwitz 2018, S. 107).

Klassen und Lebensstile. Die Sozialstruktur der Spätmoderne ist durch einen ‚Paternostereffekt‘ charakterisiert. Die Valorisierung des Lebensstils der neuen Mittelschicht geht mit der sozialen und kulturellen Entwertung der alten, nicht-akademischen Mittelschicht sowie der neuen Unterschicht einher (ebd., S. 282 ff.). Die Polarisierung der Orte führt zu als Wohn- und Arbeitsorte ‚attraktiven‘ sowie ‚abgehängten‘ Regionen. Indem auch das Politische Teil von Singularitätsmärkten wird, findet eine Singularisierung und damit Kulturalisierung politischer Themen statt, die als Konflikte um die Kultur der singulären Logik von aufmerksamkeitsgenerierender Performance und Affektion entgegentommen (ebd., S. 110).

6.2.2. Nicht-nachhaltige Demokratie

Auch wenn Reckwitz den Begriff der Subjektivierung nicht verwendet, kann seine Darstellung der Selbst- und Fremdsingularisierung von Personen als hegemoniale Subjektivierungsweise in der Spätmoderne gelesen werden. Diese Subjektivierungsweise, die weitgehend den Kommunikations-, Repräsentations-, und Konsumwünschen der neuen Mittelschicht entspricht, wird sowohl von Andreas Reckwitz als auch Ingolfur Blühdorn als Ergebnis eines doppelten Emanzipationsprozesses gegenüber den Normen des bürgerlichen Subjekts betrachtet. Damit fokussieren beide Autoren auf jene sozialen Schichten, die in Hardts und Negris Schriften die Multitude konstituieren, sowie in den Texten der Sozialen Bewegungsforschung zumeist als Träger_innen eines emanzipativen Diskurses erscheinen, der nachhaltige gesellschaftliche Veränderung fordert (Blühdorn 2007).

Reckwitz sieht im Zuge der Entstehung des modernen Konsumsubjekts die erste Emanzipationsbewegung schon Anfang des 20. Jahrhunderts, die im Rahmen der organisierten Moderne zur Herausbildung eines sozial kontrollierten Konsumsubjekts führte, während die gegenkulturellen Bewegungen der 1970er Jahre wiederum das singuläre Konsumsubjekt schufen (Reckwitz 2006a). Blühdorn hingegen bezieht sich nur auf die Phase der Spätmoderne. Er setzt den Beginn des emanzipatorischen Projekts damit Ende der 1960er Jahre, als im Zuge der partizipatorischen Revolution die Emanzipation der Bürger_innen gegenüber „der Fremdbestimmung durch Religion und Tradition und vor allem gegenüber der Eigendynamik und Übermacht des ökonomischen und administrativen Apparates“ (Blühdorn 2016, S. 53) ausgerufen wurde. Diese Bewegungen reaktualisierten damit das Kant'sche Ideal der freien, selbstbestimmten und mündigen Bürger_innen, die aus ihrer selbst verschuldeten Unmündigkeit ausziehen. Allerdings sieht Blühdorn schon in den 1990er Jahren den Beginn einer zweiten Phase, die er als Auszug aus der selbst erstrittenen Mündigkeit charakterisiert (Blühdorn 2013b, S. 144). Dabei ge-

ben die Bürger_innen ihren Gestaltungsanspruch aber nicht auf, sondern delegieren ihre politischen Aufgaben und gesellschaftliche Verantwortung an Institutionen und professionelle Dienstleister wie NGOs und Lobbygruppen, von denen sie „kompetente, effiziente und transparente Problemlösungsarbeit einfordern“ (Blühdorn 2013b, S. 145).

Die Anreizstruktur für die Emanzipation zweiter Ordnung ist für Blühdorn durch vier Entwicklungen gegeben. Erstens wird das Management des eigenen Lebens immer anspruchsvoller und ressourcenintensiver, ermöglicht aber auch gleichzeitig die Befriedigung einer hohen Zahl von Bedürfnissen im privaten Bereich und über Konsum. Zweitens steigt die Skepsis gegenüber der Problemlösungsfähigkeit demokratischer Institutionen, insbesondere in jenen Bereichen, welche die Bedingungen der persönlichen Lebensgestaltung beeinflussen. Drittens lässt die zunehmende Sichtbarkeit der ökonomischen und ökologischen Wachstumsgrenzen den Wunsch nach Erhalt oder Verbesserung des eigenen Status und Lebensstils in Konflikt mit dem normativen Ziel sozialer Teilhabegerechtigkeit treten. Viertens schließlich werden Beteiligungsverfahren und Verantwortungsübergabe an die Zivilgesellschaft zumeist dann von den Regierungen forciert, wenn Maßnahmen mit hohem Ablehnungspotential implementiert werden sollen (ebd., S. 154). Ausgehend von diesen Entwicklungen wendet sich insbesondere die Mittelschicht von egalitären demokratischen Normen ab, da diese vor dem Hintergrund der Wachstumsgrenzen in Konflikt mit den als unverhandelbar betrachteten eigenen Lebensstil- und Selbstverwirklichungsmustern geraten (ebd., S. 155). Damit sieht Blühdorn in der postdemokratischen Wende einen von der Mittelschicht unterstützten Prozess der Entsolidarisierung und einen umfassenden Ausstieg aus dem egalitär-distributiven Projekt (ebd., S. 158).

Indem Blühdorn einerseits auf die ressourcenintensiven Lebensstil- und Selbstverwirklichungsmuster der – wie Reckwitz zeigt – kulturell hegemonialen Mittelschicht und andererseits auf die massive Übernutzung natürlicher globaler Ressourcen und Senken fokussiert, konstatiert er eine umfassende Nachhaltigkeitskrise der Demokratie. Diesbezüglich sieht er insbesondere die Mittelschicht als kritische Masse des aktuellen Formwandels der Demokratie, durch welches sich diese zu einem reaktionären Instrument zur Erhaltung des nicht-nachhaltigen Status quo wandelt (ebd., S. 258 ff.). Dieser Formwandel stellt aber nicht die Aufgabe des demokratischen Projekts dar. Im Gegenteil bleiben bürgerliche Selbstbestimmungsansprüche zentrale Subjektivitätsnormen (ebd., S. 160) und gerade in den Mittelschichten lässt sich ein wachsender Anspruch auf Autonomie beobachten (Blühdorn 2013a). Demokratische Werte, Institutionen und Verfahren bleiben Voraussetzungen um sich als selbstbestimmtes Subjekt mit Freiheits- und Selbstverwirklichungsrechten erfahren zu können. Insofern entwickelt sich in der Mittelschicht auch keine antidemokratische Haltung, sondern eine paradoxe Verbindung aus Demokraties-

kepsis und Demokratieerlangen (Blühdorn 2016, S. 60 ff.). Blühdorn beschreibt dies als ambivalente Haltung, die sich daraus ergibt, dass die Mittelschicht demokratischen Regierungssystemen ihre emanzipatorischen Errungenschaften verdankt, die sich in den modernen Lebensstilen und Selbstverwirklichungsmustern ausdrücken, aber sich gleichzeitig darüber bewusst wird, dass diese angesichts der Grenzen des Wachstums weder nachhaltig, noch generalisierbar sind. Der eigene demokratische Lebensstil kann nur mehr durch die Organisierung zunehmender Ungleichheit und Exklusion gesichert werden (Blühdorn 2013b, S. 277 f.). Insofern verabschiedet sich der demokratische Diskurs von der Komponente der Egalität, kompensiert dies jedoch durch radikalisierte Forderungen nach individueller Freiheit und Selbstverwirklichung, die auch das Imaginäre einer ganz anderen Gesellschaft oder eines guten Lebens für Alle offen halten (Blühdorn 2007).

Wie Reckwitz zeigt geht die Herausbildung der spätmodernen Kultur der Singularitäten mit einer umfassenden Kommodifizierung des Sozialen einher. Gerade die digitalisierte Wissens- und Kulturökonomie als Leitökonomie dieser Entwicklung bedarf einer unbegrenzten Entfaltung der privaten Bedürfnisse sowie der Ausdifferenzierung und Singularisierung der Lebensstile (Blühdorn 2013a). Indem die normative Anforderung einer erfolgreichen Selbstverwirklichung im Rahmen der höchst unberechenbaren, ‚unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umstände‘ an spätmoderne Subjektivitäten das Lustprinzip zur Pflicht erhebt, bedürfen sie für ihre unendliche Suche nach Befriedigung auch effizient funktionierender Angebotsstrukturen (Reckwitz 2017, S. 193). Die gegenwärtig hegemoniale Subjektivierungsweise entspricht damit einem freien und vielseitigen Konsumsubjekt, das Demokratie durchaus einen Wert zuspricht. Im Sinne des Kuratierens des eigenen Profils steht die Zugehörigkeit zu einer demokratischen Gemeinschaft für ein hohes Maß an Selbstbestimmung und stellt die nötige Infrastruktur für eine authentische Selbstentfaltung zur Verfügung. Die freie Kulturszene garantiert eine unbegrenzte Auswahl ästhetischer Güter, während das Bedürfnis nach affektiver Zugehörigkeit auch in politischen Neogemeinschaften befriedigt werden kann. Auf diese Bedürfnisstrukturen antworten politische Akteur_innen, indem sie den performativen und affektiven Charakter des Politischen betonen. Demokratische Werte, Diskurse und Institutionen sind auch in der Spätmoderne nachgefragte und wertvolle Güter, solange sie das effiziente Funktionieren der Subjektivitätsmärkte nicht gefährden.

7. Conclusio

7.1. Dimensionen einer Krise

Diese Arbeit nimmt die These zum Ausgangspunkt, dass wir in Zeiten einer multiplen Krise leben. Diese Krise ist ein Ergebnis der gegenwärtig hegemonialen Produktions- und Lebensweisen, die auf Grundlage fossiler Energie und der globalen Ausbeutung von natürlichen Ressourcen die kapitalistische Verwertungslogik auf alle Lebensbereiche und Mitwelten ausdehnt. Gleichzeitig stabilisieren sich global sehr ungleiche Konsummuster, wobei diese zu einer massiven Übernutzung natürlicher Ressourcen und Senken führen. Vor dem Hintergrund der institutionellen Absicherung des neoliberalen Wettbewerbsimperativs auf nationalen und transnationalen Governance-Ebenen stellt sich die Frage, ob demokratische Akteur_innen und Institutionen in ihrer bestehenden Form über Handlungsmöglichkeiten verfügen die multiple Krise zu bearbeiten oder ob sie durch diese selbst unter existentiellen Druck geraten. Um mich einer möglichen Antwort anzunähern, versammelt diese Arbeit Analysen der Krise der Demokratie in der Spätmoderne.

Die Auswahl der diskutierten Konzepte spiegelt jene demokratietheoretischen Ansätze wider, die entweder in der spanischen Protestbewegung gegen Austeritätspolitik breit rezipiert wurden oder ein demokratisches Imaginäre thematisieren, welches sich als diskursiver Bezugspunkt in den Interviews mit den Aktivist_innen fand. Der zeitliche Rahmen der vorgestellten Konzepte demokratischer Krisendynamiken erstreckt sich auf die Phase der Spätmoderne ab Anfang der 1970er Jahre, wobei diese nicht chronologisch diskutiert wurden. Da die Spätmoderne von widersprüchlichen Ereignissen und Entwicklungen geprägt ist, verstehe ich sie vorwiegend als einen zeitlichen und keinen inneren Zusammenhang. Indem die Interviews mit Aktivist_innen der spanischen Protestbewegung meinen Blick auf demokratische Theorien schärften, halfen sie einen roten Faden in den vielschichtigen Diskussionen um die Krise der Demokratie in der Spätmoderne zu finden. Insofern folgt diese Arbeit im weitesten Sinne dem Krisendiskurs zu Demokratie, der in einer sozialen Bewegung artikuliert wurde, deren Mobilisierungspotential selbst Ergebnis der multiplen Krise ist.

Der Versuch den Diskurs um die Krise der Demokratie in der Spätmoderne nachzuzeichnen versammelt demokratiethoretische Ansätze, deren ontologische Annahmen teilweise unvereinbar sind oder die auf unterschiedliche gesellschaftliche Ebenen und Akteur_innen fokussieren. Gleichzeitig ließ sich die Darstellung einer Krisenanalyse oftmals nicht von der Explikation des zugrundeliegenden Demokratiekonzepts trennen, da erst durch die Rückbindung an spezifische theoretische Grundannahmen die These einer demokratischen Krise nachvollziehbar wurde. Ich habe mich in der Darstellung der verschiedenen Krisenkonzepte nicht auf vorher ausgewählte Kriterien beschränkt, sondern versuchte diese möglichst umfassend zu skizzieren. Die Diskurse um die Krise der Demokratie lassen sich trotz ihrer Heterogenität um zwei Referenzpunkte gruppieren. Sie beleuchten entweder die institutionelle Ebene und thematisieren Veränderungen von demokratischen Institutionen und ihrer gesellschaftlichen Einbettung, oder sie analysieren die Verschiebung des demokratischen Imaginären in hegemonialen gesellschaftlichen Diskursen. Die einzelnen Krisenbeschreibungen sind dabei mehrheitlich nicht einem Fokus zuzuordnen, sondern thematisieren Veränderungen auf beiden Ebenen.

Hinsichtlich der Veränderungen auf institutioneller Ebene finden sich vier Krisendimensionen in den diskutierten Demokratiethorien. Die erste Krisendimension wird insbesondere von Theoretiker_innen der sozialen Demokratiethorie thematisiert und beschreibt den Rückbau und Bedeutungsverlust jener Institutionen, in welchen die Interessen von Lohnabhängigen berücksichtigt werden und durch die sie Einfluss auf politische Entscheidungsfindung nehmen können. Dies betrifft einerseits korporatistische Institutionen, welche den Einfluss von Arbeitnehmer_innen- und Arbeitgeber_innenvertretungen bei steuer- und sozialpolitischen Entscheidungen sowie der Tarifgestaltung sicherstellen. Andererseits verlieren Parlamente ihre zentrale Funktion bei der Erstellung von Gesetzenormen. Die Vorbereitung von Gesetzestexten wird zunehmend in Expert_innengremien verlagert, in denen der Staat mit Vertreter_innen gesellschaftlich einflussreicher Interessen verhandelt. Zusätzlich gewinnen intra- und supranationale Institutionen an Relevanz, deren Entscheidungen in den wenigsten Fällen demokratisch legitimiert sind, obwohl diese globalen Einfluss auf die Lebensbedingungen von Menschen haben. Indem die Institutionen der parlamentarischen Demokratie zwar intakt, aber nicht mehr Ort der Entscheidungsfindung sind, nimmt der Einfluss privilegierter Eliten auf politische Prozesse zu, während jener der vulnerabelsten Gruppen von Lohnabhängigen abnimmt. Diese Entwicklung zieht auch eine Veränderung des Steuersystems nach sich, das nicht mehr auf Umverteilung ausgerichtet ist, während der Sozialstaat nur noch Hilfsleistungen für Arme zur Verfügung stellt. Damit verabschiedet sich der Staat von der Aufgabe staatsbürgerliche Teilhaberechte für alle sicherzustellen.

Die zweite Krisendimension wurde als genereller Rückgang der politischen Partizipation ressourcenschwacher Bevölkerungsschichten beschrieben. Wie feministische und postkoloniale Theoretiker_innen betonen erfolgt die Institutionalisierung des Repräsentationsprozesses entlang sozialer Trennungslinien und neigt dazu diese zu reproduzieren. Gerade subordinierte soziale Gruppen verfügen nicht über eine politisierte Identität oder den notwendigen rechtlichen Status um im Prozess der politischen Repräsentation sichtbar zu werden. Insofern werden armutsgefährdete Schichten kaum von politischen Parteien²⁸ vertreten. Auch die häufig als Selbstorganisation der Bürger_innen verstandene Einbeziehung außerparlamentarischer Akteur_innen stärken tendenziell den Einfluss privilegierter Bevölkerungsschichten auf politische Entscheidungen und führen dazu, dass NGOs und soziale Bewegungen teilweise ohne demokratische Legitimation beachtliche politische Macht erhalten. Staaten nutzen globale Governancestrukturen und das moralische Unternehmer_innentum der globalen Zivilgesellschaft um sich zunehmend der Verantwortung zu entziehen die Interessen ihrer verletzlichsten Bürger_innen zu schützen. Der Zugang zu den politischen Räumen der Zivilgesellschaft verlangt hingegen ‚Tugenden‘, wie Partizipation, Beteiligung und Engagement, die ein hohes Maß an kulturellen, sozialen und ökonomischen Ressourcen erfordern.

Die dritte Krisendimension besteht darin, dass der politische Bedeutungsverlust gering qualifizierter Lohnabhängiger zu einem Rückbau sozialstaatlicher, redistributiver Leistungen führt und dies Lohnabhängige einem unvermittelten Zugriff des Arbeitsmarktes aussetzt. Damit nimmt der Einfluss von kapitalistischen Subjektivierungsweisen zu, durch die Eigenverantwortung, Selbstführung und Selbst-in-Wert-Setzung zu unentbehrlichen menschlichen Fähigkeiten werden. Die Technik des Selbst- und Fremdregierens durch Unsicherheit erzeugt das Gefühl der Unmöglichkeit sowie Unwünschbarkeit von Gleichheit, da die Individuen in umfassender Weise zueinander in Konkurrenz stehen. Die fortschreitende Kommodifizierung von zuvor außerhalb des Marktes organisierten Infrastruktur- und Dienstleistungsangeboten erweitert den Markt privatwirtschaftlich erbrachter Dienstleistungen, geht aber auch mit einem Lohn- und Anerkennungsverlust in diesen Arbeitsverhältnissen einher. Der gleichzeitige Aufstieg einer digitalen Wissens- und Kulturökonomie verstärkt die Polarisierung zwischen hoch und niedrig qualifizierten Tätigkeiten sowie zwischen Lebensstilen. Diese soziale Polarisierung führt wiederum zu einer abnehmenden Wertschätzung egalitär organisierter Infrastrukturen in Bildung

²⁸ Auch wenn der populistische Anspruch der FPÖ für das ‚einfache‘ Volk zu sprechen oftmals gesamtgesellschaftlich als solcher anerkannt wird – egal ob affirmativ oder ablehnend –, nehmen in Österreich nur die Hälfte der Arbeiter_innen an Wahlen teil. Die andere Hälfte ist entweder aufgrund fremdenrechtlicher Bestimmungen vom Wahlrecht ausgeschlossen oder lässt ihre Beteiligungsrechte ungenutzt.

und Gesundheit seitens der akademischen Mittelschicht. Die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen, die eine hohe Lebensqualität sowie einen besonderen Lebensstil garantieren und zum Ausdruck bringen, unterwirft immer mehr Gemeingüter einer kapitalistischen Verwertungslogik.

Als vierte Krisendimension definieren Theoretiker_innen der radikalen Demokratietheorie eine zunehmende Verrechtlichung aller Lebensbereiche. Auf die Diversifizierung gesellschaftlicher Problemlagen reagieren staatliche Institutionen mit einer Feinsteuerung aller gesellschaftlichen Teilbereiche, die einerseits die Dezentralisierung politischer Macht und andererseits die Durchstaatlichung der Gesellschaft mit Rechtsformen nach sich zieht. Auf internationaler Ebene führt diese Entwicklung zur Herausbildung demokratisch schwach legitimierter Governancestrukturen, in denen Kapital und Souveränität tendenziell vollständig zur Deckung kommen. Demokratisches Regieren verwandelt sich in eine Verwaltungspraxis der wirtschaftlichen Notwendigkeiten, wobei die Staaten in ein hierarchisches System globaler Normenerzeugung eingebunden werden. Politischer Streit erfolgt zunehmend über die Anrufung der Justiz als Schlichtungsinstanz. Die Diffundierung politischer Verantwortlichkeit ermöglicht die Organisation zunehmender Ungleichheit und Exklusion durch demokratische Institutionen.

Diese Krisendimensionen gegenwärtiger Demokratien manifestieren sich aber nicht nur auf institutioneller Ebene, sondern führen auch zu einer Verschiebung im demokratischen Imaginären. In den vorgestellten Demokratietheorien wurden zwei Krisendimensionen hinsichtlich des demokratischen Imaginären artikuliert. Die erste Verschiebung findet statt, wenn Demokratie zunehmend als Verwaltungspraxis gedacht wird. Da politischer Streit als dysfunktionaler Moment des demokratischen Diskurses erscheint, besteht gute Regierungsführung darin einen rationalen Konsens zu finden, der alle Interessenskonflikte befriedet. Eine Politik ohne Streit ist aber auch ohne Alternativen und es stellt sich die Frage, worin das zu realisierende Gemeinwohl besteht, das keine Wünsche offen lässt. Das gegenwärtige demokratische Imaginäre ist die Vorstellung der Optimierung der Genüsse, wobei auf der Ebene demokratischer Politik keine Möglichkeit besteht die Bedingungen der Optimierung zu lenken. Die Verwaltung des ‚Fast-Nichts‘ des Möglichen, das zwischen Wohlstand oder Elend für alle entscheidet, liegt in der Selbstverantwortung jedes Individuums. Wenn das Versprechen der Steigerung des allumfassenden Genusses nicht eingehalten werden kann, obliegt es auch den Individuen den ‚schlechten Körper‘ zu finden, der das Genießen verunmöglicht. Das Versprechen kann nicht eingelöst werden, da die marktförmige Allokation immer zu einer Akkumulation des Genusses Weniger und der kontinuierlichen Abnahme des Genusses der Anderen führt. Insofern findet sich im demokratischen Imaginären kein politischer Streit darüber welche Genüsse optimiert

werden sollen, sondern eine moralische Anklage derer, die das Genießen verunmöglichen. Die medientechnologischen Entwicklungen der letzten zwei Jahrzehnte gestalten die politische Öffentlichkeit als Medium vielfältiger Casting-Shows der wahren Schuldigen, wobei soziale Netzwerke rege Publikumsbeteiligung sicher stellen. Die sich über den Werbemarkt finanzierenden Medien bieten im Kampf um die Aufmerksamkeit der Rezipient_innen immer neue Verdächtige an, wobei gerade populistische Politiker_innen und Bewegungen Avantgarde hinsichtlich der Artikulation von Gruppenidentitäten sind, die aus einem gemeinsamen Feindbild hervorgehen.

Die zweite Verschiebung im demokratischen Imaginären der Spätmoderne wird durch den doppelten Emanzipationsprozess gegenüber den Normen des bürgerlichen Subjekts angestoßen. Die Verschiebung besteht darin Demokratie als Widerstandshandlung zu denken, wodurch ein nicht realisierbar erscheinender, umfassender gesellschaftlicher Gestaltungsanspruch aufgegeben und politische Verantwortung delegiert werden kann. Allerdings wird das Subjekt damit in einer Position der Unterwerfung konstruiert, die im Widerspruch zu den starken Freiheits- und Selbstverwirklichungsansprüchen insbesondere der Mittelschicht steht. Das autonome, handlungsfähige Subjekt und der demokratische Gestaltungsanspruch werden daher auf der Ebene der Unmittelbarkeit rekonstruiert. Dort kann der demokratische Ethos der selbstbestimmten Lebensführung und authentischen Selbstentfaltung reaktualisiert werden. Diese Spaltung in die widerständige Unterworfenen und die selbstbestimmte Gestalterin eigener Lebensumstände dient aber auch der Befriedung eines zweiten Spannungszustandes. Der Lebensstil der Selbstentfaltung ist nicht-egalitär, als er angesichts der begrenzten globalen Ressourcen nicht generalisierbar ist. Als Unterworfenen delegiere ich die Organisation der unwünschten Ungleichheit, die aber als Optimum der Genüsse außer Streit steht.

7.2. Ambivalente Affinitäten

Ausgehend von den Diskussionen innerhalb der verwendeten demokratietheoretischen Ansätze lassen sich sechs Dimensionen der Krise der Demokratie in der Spätmoderne artikulieren. Die erste Dimension beschreibt die Entmachtung jener Institutionen, über die lohnabhängige Bürger_innen in organisierter Form Einfluss auf politische Prozesse nehmen können. Die zweite Dimension bezieht sich darauf, dass die Präferenzen und Forderungen vulnerabler Teile der Bevölkerung im politischen Prozess nicht abgebildet werden. Die dritte Dimension verweist auf die soziale Polarisierung in der Konkurrenz um Gemeingüter, während die vierte Dimension die Umgestaltung demokratischen Regierens zu einer Verwaltungspraxis nach Gesichtspunkten wirtschaftlicher und rechtlicher

Notwendigkeiten thematisiert. Die fünfte Krisendimension verweist auf artikulatorische und performative Praktiken der Entsolidarisierung, während die sechste Krisendimension die Reartikulation des demokratischen Gestaltungsanspruches als Konsumfreiheit beschreibt.

Die Anfangs gestellte Frage, ob demokratische Akteur_innen und Institutionen in ihrer bestehenden Form über Handlungsmöglichkeiten verfügen die multiple Krise zu bearbeiten oder ob sie durch diese selbst unter existentiellen Druck geraten, kann anhand der erarbeiteten Krisendimensionen nur so beantwortet werden, dass demokratische Institutionen und Prozesse, insbesondere des globalen Nordens, nicht nur Teil, sondern maßgebliche Akteur_innen der multiplen Krise sind. Demokratische Regierungssysteme haben in der Spätmoderne ein vielseitiges Institutionenensemble ausgebildet um die umfassende Kommodifizierung des Sozialen und die Überführung von Gemeingütern in eine kapitalistische Verwertungslogik zu organisieren und rechtlich abzusichern. Die nicht-nachhaltigen Lebensstil- und Selbstentfaltungsmuster der emanzipativen Mittelschichten, welche auf der Übernutzung natürlicher Ressourcen, sowie der prekären Einschließung eines Großteils der Weltbevölkerung aufbauen, werden über inter- und supranationale Governancestrukturen gewaltsam gewährleistet.

Es stellt sich insofern die Frage, ob die demokratischen Werte Gleichheit und Freiheit nicht einer bereits so veralteten Sprache moralischer Visionen und Hoffnungen angehören, dass sich mit ihnen gegenwärtige politische Prozesse weder beschreiben, noch kritisieren lassen (Scott 2004, S. 2). Gegen diese These spricht, dass der Begriff Demokratie seit der französischen Revolution als leerer Signifikant fungierte um in funktional auf Hierarchien angewiesenen Gesellschaften die Gültigkeit der Gleichheitserklärung einzufordern und daher immer unzeitgemäß war. Für die These spricht, dass dieses ‚nun als ob‘ immer prekärer wird. Angesichts der überdeutlich hervortretenden Begrenztheit natürlicher Ressourcen zeigt sich, dass demokratische Gesellschaften einen Lebensstil hervorgebracht haben, der nicht verallgemeinerbar ist und nur auf Grundlage von Gewalt aufrechterhalten werden kann. Das demokratische Imaginäre einer Selbstbestimmung aller Menschen ist in der Spätmoderne nicht mehr verfügbar.

Damit geht aber nicht das Ende des demokratischen Imaginären, sondern ein Formwandel einher. Indem ein demokratischer Lebensstil notwendig exklusiv ist, verabschiedet sich der demokratische Diskurs von der Komponente der Egalität, kompensiert dies jedoch durch die Idealisierung jener Freiheiten und Selbstverwirklichungsmuster, wie sie in den emanzipativen und singularistischen Lebensstilen der Mittelschichten zum Ausdruck gebracht werden. Diesbezüglich wäre von Interesse, ob sich die erfolgreiche Selbstverwirklichung und ästhetische Kuratierung des eigenen Lebens, die das Lustprinzip zur

Pflicht erhebt, als normative Anforderung an spätmoderne Subjektivitäten bereits globalisiert hat und wie dieses Begehren sich als autonomes Subjekt zu fühlen in nicht-demokratischen Gesellschaften befriedigt wird²⁹.

Sowohl im akademischen Diskurs zu Demokratietheorien, als auch in den von ihnen untersuchten gesellschaftlichen Diskursen zeigt sich eine bestimmte Positionierung, die ich als ambivalente Affinität bezeichnen möchte. Demokratie wird gleichzeitig für unmöglich und zur einzigen Hoffnung erklärt. Dieses Oszillieren zwischen dem Gefühl Teil eines Gemeinwesens zu sein, das wie ein Heuschreckenschwarm über seine Mitwelt herfällt und dem Blick auf eine neben mir liegende Tafel Schokolade, deren Verpackung verspricht, dass ich – kein Scherz – die Welt glücklicher essen kann, charakterisiert das demokratische Imaginäre in der Spätmoderne.

²⁹ Ariane Sadjed (2012) hat diese Fragestellung bezüglich der iranischen Mittelschicht untersucht.

Literaturverzeichnis

- Altvater, Elmar (2005): *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Apprich, Clemens; Stalder, Felix, Hrsg. (2012). Bielefeld: Transcript Verlag.
- Archer, Margarete S. (1995): *Realist Social Theory: The Morphogenetic Approach*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Arditi, Benjamin (2007): *Politics at the Edge of Liberalism. Difference Populism Revolution Agitation*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Bargetz, Brigitte; Freudenschuss, Magdalena (2012): „Der emotionale Aufstand. Verhandlungen um eine Politik der Gefühle in Zeiten der Krise“. In: *Femina Politica* (1): *Falsche Sicherheiten. Geschlechterverhältnisse in autoritären Regimen*, S. 107–115.
- Bargetz, Brigitte; Sauer, Birgit (2010): „Politik, Emotionen und die Transformation des Politischen. Eine feministisch-machtkritische Perspektive“. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften (ÖZP)* 39 (2): *Emotionen in der Politik(-wissenschaft)*, S. 141–155.
- Berend, Ivan T. (2007): „Social shock in transforming Central and Eastern Europe“. In: *Communist and Post-Communist Studies* 40, S. 269–280.
- Birkner, Martin; Foltin, Robert (2006): *(Post-)Operaismus. Von der Arbeiterautonomie zur Multitude. Geschichte und Gegenwart, Theorie und Praxis*. Stuttgart: Schmetterling Verlag.
- Blühdorn, Ingolfur (2007): „Self-description, Self-deception, Simulation. A Systemstheoretical Perspective on Contemporary Discourses of Radical Change“. In: *Social Movement Studies* 6 (1), S. 1–20.
- (2013a): „Das etablierte Lamento trägt nicht zur Veränderung bei“. Das Konzept der simulativen Demokratie. Ein Gespräch mit Ingolfur Blühdorn“. In: *INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft* (3/2013): *Rausch und Rationalität*, S. 131–141.
- (2013b): *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Berlin: Suhrkamp Verlag.

- Blühdorn, Ingolfur (2016): „Das Postdemokratische Diskursquartett. Kommunikative Praxen in der simultativen Demokratie“. In: *psychosozial* 143 (1): *Postwachstumsgesellschaft – Subjektivität – Demokratie*, S. 51–58.
- Boldt, Hans (2010): *Naturrecht*. In: *Lexikon der Politikwissenschaft, N-Z*. Hrsg. von Nohle, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf. 4. Aufl. Bd. 2. 2 Bde. München: Beck, S. 642–645.
- Borchert, Jens; Lessenich, Stephan (2004): „Spätkapitalismus‘ revisited. Claus Offes Theorie und die adaptive Selbsttransformation der Wohlfahrtsstaatsanalyse“. In: *Zeitschrift für Sozialreform* 50 (6), S. 563–583.
- Brand, Ulrich (2009): *Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. URL: <https://www.boell.de/de/content/die-multiple-krise> [Abfrage 2019-05-07].
- Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: oekom verlag.
- Buchstein, Hubertus (2004): „Demokratie“. In: *Politische Theorie. 22 Umkämpfte Begriffe zur Einführung*. Hrsg. von Göhler, Gerhard; Iser, Matthias; Kerner, Ina. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 47–64.
- Buchstein, Hubertus; Jörke, Dirk (2003): „Das Unbehagen in der Demokratietheorie“. In: *Leviathan* 31 (4), S. 470–495.
- Buchstein, Hubertus; Nullmeier, Frank (2006): „Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte“. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 19 (4), S. 16–23.
- Buckel, Sonja (2017): „Dialektik von Kapitalismus und Demokratie heute“. In: *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie*. Hrsg. von Eberl, Oliver; Salomon, David. Wiesbaden: Springer VS, S. 19–41.
- Butler, Judith (2001): *Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- (2002): „Zwischen den Geschlechtern. Eine Kritik der Gendernormen“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 33-34, S. 6–8.
- Butler, Judith; Spivak, Gayatri Chakravorty (2007): *Sprache, Politik, Zugehörigkeit*. Berlin und Zürich: Diaphanes.
- Butterwegge, Christoph (2018): *Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?* 3. Aufl. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Caixeta, Luzenir et al. (2004): *Homes, Care and Borders – Hogares, Cuidados y Fronteras*. Madrid: Traficantes de Sueños.

- Castro Varela, María do Mar; Dhawan, Nikita (2004): „Horizonte der Repräsentationspolitik. Taktiken der Intervention“. In: *Migration, Geschlecht und Staatsbürgerschaft. Perspektiven für eine anti-rassistische und feministische Politik und Politikwissenschaft*. Hrsg. von Roß, Bettina. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 205–226.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Della Porta, Donatella (2013): *Can Democracy Be Saved? Participation, Deliberation and Social Movements*. Cambridge und Malden: Polity Press.
- (2015): *Social Movements in Times of Austerity. Bringing Capitalism Back into Protest Analysis*. Cambridge und Malden: Polity Press.
- Della Porta, Donatella; Diani, Mario (2006): *Social Movements. An Introduction*. 2. Aufl. Malden, Oxford und Carlton: Blackwell Publishing.
- Dhawan, Nikita (2009): „Zwischen Empire and Empower. Dekolonisierung und Demokratie“. In: *Femina Politica (2): Geschlechterdemokratie. Ein neues feministisches Leitbild?*, S. 52–63.
- (2014): „Affirmative Sabotage of the Master’s Tool. The Paradox of Postcolonial Enlightenment“. In: *Decolonizing Enlightenment. Transnational Justice, Human Rights and Democracy in a Postcolonial World*. Hrsg. von Dhawan, Nikita. Opladen, Berlin und Toronto: Barbara Budrich Publishers, S. 19–78.
- (2015): „The Unbearable Slowness of Change. Protest Politics and the Erotics of Resistance“. Blogartikel. URL: <http://thephilosophicalsalon.com/the-unbearable-slowness-of-change-protest-politics-and-the-erotics-of-resistance/> [Abfrage 2019-03-06].
- Douglass, Frederick (1892): *Life and times of Frederick Douglass, written by himself*. Boston: De Wolfe & Fiske Co.
- Dzihic, Vedran; Segert, Dieter (2012): „Lessons from ‚Post-Yugoslav‘ Democratization: Functional Problems of Stateness and the Limits of Democracy“. In: *East European Politics and Societies* 26 (2), S. 239–253.
- Eberl, Oliver; Salomon, David (2017): „Soziale Demokratie in der Postdemokratie“. In: *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie*. Hrsg. von Eberl, Oliver; Salomon, David. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–15.
- Eley, Geoff (2002): *Forging Democracy. The History of the Left in Europe 1850-2000*. Oxford: Oxford University Press.
- Gill, Stephen (2000): „Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration“. In: *Die Konfiguration Europas. Dimensionen*

- einer kritischen Integrationstheorie. Hrsg. von Bieling, Hans-Jürgen; Steinhilber, Jochen. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 23–50.
- Gouges, Olympe de (1791): *Die Rechte der Frau*. URL: <https://www.europa.clio-online.de/essay/id/artikel-3555> [Abfrage 2018-07-17].
- Greven, Michael Th. (2010): *Freiheit*. In: *Lexikon der Politikwissenschaft, A-M*. Hrsg. von Nohle, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf. 4. Aufl. Bd. 1. 2 Bde. München: Beck, S. 277–280.
- Habermas, Jürgen (1973): *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. zitiert in (Buckel 2017). Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- (1987): *Theorie des kommunikativen Handelns. Band I. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*. 4. Aufl. Bd. 1. 2 Bde. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2002): *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- (2004): *Multitude. Krieg und Demokratie im Empire*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Hay, Colin (2011): *Political Ontology*. In: *The Oxford Handbook of Political Science*. Hrsg. von Goodin, Robert E. Oxford: The Oxford Handbook of Political Science, S. 460–477.
- Huke, Nikolai (2017): „*Sie repräsentieren uns nicht.*“ *Soziale Bewegungen und Krise der Demokratie in Spanien*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Jarosz, Maria (2012): „1989 und die Jahre danach. Licht und Schatten der polnischen Transformation“. In: *Legitimation und Protest. Gesellschaftliche Unruhe in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989*. Hrsg. von Bingen, Dieter; Jarosz, Maria; Loew, Peter O. Wiesbaden: Harrassowitz, S. 50–69.
- Jörke, Dirk (2005): „Auf dem Weg zur Postdemokratie“. In: *Leviathan* 33 (4), S. 482–491.
- (2006a): „Warum ‚Postdemokratie‘?“ In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 19 (4), S. 38–46.
- (2006b): „Wie demokratisch sind radikale Demokratietheorien?“ In: *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie*. Hrsg. von Heil, Reinhard; Hetzel, Andreas. Bielefeld: Transcript Verlag, S. 253–266.
- (2010): „Die Versprechen der Demokratie und die Grenzen der Deliberation“. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 20 (3-4), S. 269–290.
- (2011): „Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2011 (1-2): *Postdemokratie*, S. 13–18.

- Kersting, Wolfgang (1995): *Vertragstheorien*. In: *Lexikon der Politik I. Politische Theorien*. Hrsg. von Nohlen, Dieter. Bd. 1. 7 Bde. München: Beck, S. 731–734.
- Krastev, Ivan (2007a): „Is East-Central Europe Backsliding? The Strange Death of the Liberal Consensus“. In: *Journal of Democracy* 18 (4), S. 56–63.
- (2007b): „The Strange Death of the Liberal Consensus“. In: *Journal of Democracy* 18 (4), S. 56–63.
- Laclau, Ernesto (2005): *On Populist Reason*. London und New York: Verso.
- (2014): „Populism: What’s in a Name?“ In: *Ernesto Laclau: Post-Marxism, Populism and Critique*. Hrsg. von Howarth, David. London und New York: Routledge, S. 32–49.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (2006): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. 3. Aufl. Wien: Pasagen Verlag.
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. München: Hanser Berlin.
- Lorey, Isabell (2009): *Figuren des Immunen. Elemente einer politischen Theorie*. Habilitationsschrift. Wien: Universität Wien.
- (2010): „Gemeinsam Werden. Prekarisierung als politische Konstituierung“. In: *grundrisse. zeitschrift für linke theorie & debatte* 35 (3). URL: http://grundrisse.net/grundrisse35/Gemeinsam_Werden.htm [Abfrage 2019-05-13].
- (2011a): „Gouvernementale Prekarisierung“. In: *transversal texts* (08/2011): *inventions*. URL: <http://eipcp.net/transversal/0811/lorey/de> [Abfrage 2019-04-09].
- (2011b): „Non-representationist, Presentist Democracy“. In: *transversal texts* (10/2011): *occupy and assemble*. URL: <http://eipcp.net/transversal/1011/lorey/en> [Abfrage 2019-03-06].
- (2012a): *Die Regierung der Prekären*. Wien: Turia + Kant.
- (2012b): „Occupy. Exodus der beliebigen aus der juridischen Demokratie“. In: *Bildpunkt* Frühjahr 2012: „*dass etwas geschieht*“. URL: <http://www.igbildendekunst.at/bildpunkt/bildpunkt-2012/dass-etwas-geschieht/lorey.htm> [Abfrage 2019-03-05].
- (2013): „Präsentische Demokratie als konstituierender Prozess“. In: *arranca!* 47, S. 49–51.
- (2014): „Präsentische Demokratie. Exodus und Tigersprung“. Blogartikel. European Institute for Progressive Cultural Policies. URL: <http://eipcp.net/transv/blog/presentische-demokratie> [Abfrage 2015-07-09].

- Lütticken, Sven (2018): „Hito Steyerl: Postcinematic Essays After the Future“. Blogartikel. URL: <https://svenlutticken.files.wordpress.com/2018/04/hito-steyerl.pdf> [Abfrage 2019-05-08].
- Marchart, Oliver (2017): „Liberaler Antipopulismus. Ein Ausdruck der Postpolitik“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 44-45: *Wandel des Politischen?*, S. 11–16.
- Marx, Karl (1985a): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I [Auszüge]*. In: *Ausgewählte Werke Marx Engels*. Hrsg. von Marx, Karl; Engels, Friedrich. 11. Aufl. Bd. 3. 6 Bde. Berlin: Dietz Verlag, S. 153–452.
- (1985b): *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. In: *Ausgewählte Werke Marx Engels*. Hrsg. von Marx, Karl; Engels, Friedrich. 11. Aufl. Bd. 2. 6 Bde. Berlin: Dietz Verlag, S. 299–417.
- (1985c): *Einleitung [zur Kritik der politischen Ökonomie]*. In: *Ausgewählte Werke Marx Engels*. Hrsg. von Marx, Karl; Engels, Friedrich. 11. Aufl. Bd. 2. 6 Bde. Berlin: Dietz Verlag, S. 466–497.
- (1985d): *Thesen über Feuerbach*. In: *Ausgewählte Werke Marx Engels*. Hrsg. von Marx, Karl; Engels, Friedrich. 11. Aufl. Bd. 1. 6 Bde. Berlin: Dietz Verlag, S. 196–200.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (1985): *Manifest der Kommunistischen Partei*. In: *Ausgewählte Werke Marx Engels*. Hrsg. von Marx, Karl; Engels, Friedrich. 11. Aufl. Bd. 1. 6 Bde. Berlin: Dietz Verlag, S. 415–451.
- Maus, Ingeborg (1992): *Zur Aufklärung der Demokratietheorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Mbembe, Achille (2017): *Politik der Feindschaft*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Mendoza, Breny (2014): „Los ‚fundamentos no-democráticos‘ de la democracia. Un enunciado desde Latinoamérica postoccidental“. In: *Tejiendo de otro modo. Feminismo, epistemología y apuestas descoloniales en Abya Yala*. Hrsg. von Miñoso, Yuderlys Espinosa; Correal, Diana Gómez; Muñoz, Karina Ochoa. Popayán: Editorial Universidad del Cauca, S. 135–142.
- Merkel, Wolfgang, Hrsg. (2015): *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Moffitt, Benjamin (2016): *The Global Rise of Populism. Performance, Political Style, and Representation*. Stanford: Stanford University Press.
- Mouffe, Chantal (1993): *The Return of the Political*. London und New York: Verso.
- (2001): „Warum die Linke einen politischen Gegner braucht und keinen moralischen Feind“. In: *transversal texts* (04/2001): *experiment austria*. URL: <http://eipcp.net/transversal/0401/mouffe/de> [Abfrage 2019-05-09].

- (2013): *Das demokratische Paradox*. 2. Aufl. Wien: Turia + Kant.
- (2018): „Wir brauchen einen Populismus von links. Interview von Daniel Binswanger und Till Janz“. In: *Republik. Digitales Magazin für Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur*. URL: <https://www.republik.ch/2018/09/08/wir-brauchen-einen-populismus-von-links> [Abfrage 2018-11-06].
- Mudde, Cas (2004): „The Populist Zeitgeist“. In: *Government and Opposition* 39 (4), S. 541–563.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Przeworski, Adam (1992): „The Neoliberal Fallacy“. In: *Journal of Democracy* 3 (3), S. 45–59.
- Puar, Jasbir (2012): „Precarity Talk. A Virtual Roundtable with Lauren Berlant, Judith Butler, Bojana Cvejić, Isabell Lorey, Jasbir Puar, and Ana Vujanović“. In: *The Drama Review* 56 (4): *Precarity and Performance*, S. 163–177.
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- (2007): „Entsorgung der Demokratie. Interview durch Christian Höller“. In: *Springerin. Hefte für Gegenwartskunst* 3 (2007). URL: <https://www.springerin.at/2007/3/entsorgung-der-demokratie/> [Abfrage 2018-09-14].
- (2008): *Zehn Thesen zur Politik*. Zürich: Diaphanes.
- (2010): „Demokratie und Postdemokratie“. In: *Politik der Wahrheit*. Hrsg. von Badiou, Alain; Rancière, Jacques. 2. Aufl. Wien: Turia + Kant, S. 119–156.
- Reckwitz, Andreas (2006a): „Das Subjekt des Konsums in der Kultur der Moderne: Der kulturelle Wandel der Konsumtion“. In: *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München*. Hrsg. von Rehberg, Karl-Siegbert. Campus Verlag, S. 424–436.
- (2006b): „Ernesto Laclau. Diskurse, Hegemonien, Antagonismen“. In: *Kultur. Theorien der Gegenwart*. Hrsg. von Moebius, Stephan; Quadflieg, Dirk. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 339–349.
- (2017): „Auf dem Weg zu einer Soziologie des gelungenen Lebens?“ In: *Soziologische Revue* 40 (2), S. 185–195.
- (2018): *Die Gesellschaft der Singularitäten*. 5. Aufl. Berlin: Suhrkamp Verlag.

- Ritzi, Claudia (2014): *Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Kritik zeitgenössischer Demokratie – theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS.
- (2017): „Demokratischer Schein und soziale Erosion“. In: *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie*. Hrsg. von Eberl, Oliver; Salomon, David. Wiesbaden: Springer VS, S. 209–227.
- Röhrich, Wilfried (2000): *Vertragstheorien*. In: *Politik-Lexikon*. Hrsg. von Holtman, Everhard. 3. Aufl. Wien und München: Oldenbourg, S. 731–734.
- Rueschemeyer, Dietrich; Huber, Evelyne; Stephens, John D. (1992): *Capitalist Development & Democracy*. zitiert in (Della Porta 2013). Chicago: University of Chicago Press.
- Sadjed, Ariane (2012): *„Shopping für Freedom“ in der islamischen Republik. Widerstand und Konformismus im Konsumverhalten der iranischen Mittelschicht*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Salomon, David (2015): „Demokratie als Politischer Strategiekern“. In: *Linguistik Online* 73 (4): *Sprache und Demokratie*. URL: <https://bop.unibe.ch/linguistik-online/article/view/2192/3357> [Abfrage 2018-07-05].
- Samsonow, Elisabeth von (2008): „Demogorgon und die wilden Ungleichen. Politik aus dem Erdmittelpunkt“. In: *Frauen und Politik. Nachrichten aus Demokratien*. Hrsg. von Krondorfer, Birge; Wischer, Miriam; Strutzmann, Andrea. Wien: Promedia Verlag, S. 92–102.
- Sartori, Giovanni (1992): *Demokratietheorie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Sauer, Birgit (2009): „Transformation von Staatlichkeit. Chancen für Geschlechterdemokratie?“. In: *Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie*. Hrsg. von Ludwig, Gundula; Sauer, Birgit; Wöhl, Stefanie. Baden-Baden: Nomos, S. 105–118.
- (2011a): „Feministische Anmerkungen zur ‚Postdemokratie‘“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (1-2): *Postdemokratie*, S. 3–5.
- (2011b): „Only paradoxes to offer? Feministische Demokratie- und Repräsentationstheorie in der ‚Postdemokratie‘“. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften (ÖZP)* 40 (2): *Herausforderungen und Gefährdungen der Demokratie durch neue Bedingungen und AkteurInnen*, S. 125–138.
- (2016): „Staat, Demokratie und Machbarkeit“. Blogartikel. URL: <http://www.blog.feministische-studien.de/author/birgit-sauer/> [Abfrage 2019-05-13].

- Schäfer, Armin (2008): *Krisentheorien der Demokratie: Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie*. MPIfG Discussion Paper 08/10. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- (2010): „Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa“. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 4 (1), S. 131–156.
- Scharpf, Fritz W. (2002): *The European Social Model: Coping with the Challenges of Diversity*. MPIfG Working Paper, 02/8. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Scott, David (2004): *Conscripts of Modernity. The Tragedy of Colonial Enlightenment*. zitiert in (Dhawan 2014). Durham: Duke University Press.
- Segert, Dieter (2008): „Parteiendemokratie in der Krise. Gründe und Grundlagen in Ostmitteleuropa“. In: *Osteuropa* 2008 (1), S. 49–62.
- (2009): „Sozialer Wandel in Osteuropa nach 1989 und staatssozialistisches Erbe“. In: *Berliner Debatte Initial* 20 (4), S. 120–135.
- (2016): „Demokratieforschung“. In: *Friedensforschung, Konfliktforschung, Demokratieforschung. Ein Handbuch*. Hrsg. von Diendorfer, Gertraud et al. Köln, Weimar und Wien: Böhlau Verlag, S. 87–123.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (2008): *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*. Wien: Turia + Kant.
- Stoeger, Marion (2013): „Does the Many-Headed Hydra need to eat? Sozialer Ausgleich als inhärentes Moment oder nicht-beeinflussbare Vorbedingung von Demokratie?“ Seminararbeit. Wien: Universität Wien.
- (2014): „Der Raum des Politischen. Zur Raumdimension Isabell Loreys Begriff der präsentischen Demokratie“. Seminararbeit. Wien: Universität Wien.
- Strecker, David; Schaal, Gary S. (2001): *Die politische Theorie der Deliberation: Jürgen Habermas*. In: *Politische Theorien der Gegenwart II*. Hrsg. von Strecker, David; Schaal, Gary S. Bd. 1. 3 Bde. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 89–128.
- Touraine, Alain (1985): „An Introduction to the Study of Social Movements“. In: *Social Research* 52 (4), S. 749–787.
- Truth, Sojourner (1889): „Aint I A Woman“. In: *The History of Woman Suffrage*. Hrsg. von Stanton, Elizabeth Cady; Anthony, Susan Brownell; Gage, Matilda Joslyn. Bd. 1. Susan B. Anthony.
- Valchars, Gerd (2006): *Defizitäre Demokratie. Staatsbürgerschaft und Wahlrecht im Einwanderungsland Österreich*. Wien: Braumüller.

- Varga, Mihai; Freyberg-Inan, Annette (2009): „Demokratie okay, aber für alle? Demokratieunzufriedenheit und selektive Demokratie in Mittel- und Osteuropa“. In: *Berliner Debatte Initial* 20 (4), S. 104–119.
- Virno, Paolo (2005): *Grammatik der Multitude. Untersuchungen zu gegenwärtigen Lebensformen*. Berlin: ID-Verlag.
- Weiß, Ulrich (2010a): *Volonté de tous*. In: *Lexikon der Politikwissenschaft, N-Z*. Hrsg. von Nohle, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf. 4. Aufl. Bd. 2. 2 Bde. München: Beck, S. 1192–1193.
- (2010b): *Volonté générale*. In: *Lexikon der Politikwissenschaft, N-Z*. Hrsg. von Nohle, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf. 4. Aufl. Bd. 2. 2 Bde. München: Beck, S. 1193.
- Wolin, Sheldon S. (1996): „Fugitive Democracy“. In: *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*. Hrsg. von Benhabib, Seyla. Princeton und Chichester: Princeton University Press, S. 31–45.
- Wood, Ellen Meiksins (2010): *Demokratie contra Kapitalismus. Beiträge zur Erneuerung des historischen Materialismus*. 1. Aufl. Karlsruhe: Neuer ISP Verlag.
- (2015): *Der Ursprung des Kapitalismus – Eine Spurensuche*. 1. Aufl. Hamburg: LAIKA-Verlag.
- Working Men’s Association (1838): *The People’s Charter*. London: H. Hetherington. URL: <https://www.bl.uk/collection-items/the-peoples-charter> [Abfrage 2018-07-10].
- Young, Iris Marion (1996): „Communication and the Other. Beyond Deliberative Democracy“. In: *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*. Hrsg. von Benhabib, Seyla. Princeton und Chichester: Princeton University Press, S. 120–135.
- (2001): „Activist Challenges to Deliberative Democracy“. In: *Political Theory* 29 (5), S. 670–690.
- Zolo, Danilo (1997): *Die demokratische Fürsteherrschaft. Für eine realistische Theorie der Politik*. Göttingen: Steidl.

A. Anhang

A.1. Zusammenfassung

Die Masterarbeit nimmt die These zum Ausgangspunkt, dass wir in Zeiten einer multiplen Krise leben, die Ergebnis der gegenwärtig hegemonialen Produktions- und Lebensweise ist. Diese dehnt auf Grundlage fossiler Energie und der globalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen die kapitalistische Verwertungslogik auf alle Lebensbereiche und Mitwelten aus, wobei sie auf global sehr ungleichen Konsummustern und massiver Übernutzung von Ressourcen basiert. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob demokratische Akteur_innen und Institutionen in ihrer bestehenden Form über Handlungsmöglichkeiten verfügen die multiple Krise zu bearbeiten oder ob sie durch diese selbst unter existentiellen Druck geraten.

In Annäherung einer möglichen Antwort werden Analysen der Krise der Demokratie in der Spätmoderne diskutiert. Die Auswahl der Krisenanalysen spiegelt jene demokratietheoretischen Ansätze wider, die in der spanischen Protestbewegung gegen Austeritätspolitik rezipiert wurden und sich auf die Phase der Spätmoderne ab Anfang der 1970er Jahre beziehen. Diese Masterarbeit folgt im weitesten Sinne dem Krisendiskurs zu Demokratie, der in einer sozialen Bewegung artikuliert wurde, deren Mobilisierungspotential selbst Ergebnis der multiplen Krise ist.

Als Ergebnis der Masterarbeit werden sechs Dimensionen der Krise der Demokratie in der Spätmoderne präsentiert. Diese zeigen, dass demokratische Akteur_innen und Institutionen maßgebliche Produzent_innen der multiplen Krise sind. Die kulturell hegemonialen Lebensstile demokratischer Gesellschaften sind angesichts überdeutlich hervortretender Begrenztheit natürlicher Ressourcen nicht verallgemeinerbar und nur auf Grundlage von Gewalt aufrechtzuerhalten.

Das demokratische Imaginäre einer Selbstbestimmung aller Menschen ist in der Spätmoderne nicht mehr verfügbar. Damit geht ein Wandel des demokratischen Imaginären einher. Die Komponente der Egalität wird aufgegeben, jedoch durch die Idealisierung jener Freiheiten kompensiert, wie sie in den emanzipativen und singularistischen Lebensstilen der globalen Mittelschichten zum Ausdruck kommen.

A.2. Abstract

The master thesis starts from the assumption that we live in times of multiple crisis. This is the result of the current hegemonic way of production and living, which is based on fossil energy and the global exploitation of natural resources. This way of living extends the capitalist logic of exploitation to all spheres of life and environment, while realizing very unequal patterns of consumption and a massive overuse of resources. Against this background, the question arises if democratic actors and institutions have the means to deal with the multiple crisis or if they themselves come under existential pressure as a result of it.

The discussion of analyses of the democratic crisis in late modernity can lead to an answer. The selection of analyses used in this master thesis reflects democratic-theoretical approaches that activists of the Spanish protest movement against austerity policies related themselves to and refer to the phase of late modernity from the early 1970s onwards. This thesis follows in its broadest sense the discourse on democratic crisis articulated in a social movement whose mobilization potential is itself the result of the multiple crisis.

As a result of the master thesis, six dimensions of democratic crisis in late modernity are presented. These show that democratic actors and institutions are decisive producers of the multiple crisis. The culturally hegemonic lifestyles of democratic societies cannot be generalized in the face of the unignorable limitations of natural resources and can only be maintained on the basis of violence.

Therefore the democratic imaginary of self-determination for all people is no longer available in the late modernity, which leads to a change within the democratic imaginary. The component of equality is abandoned, but compensated by the idealization of those freedoms as expressed in the emancipative and singularistic lifestyles of the global middle classes.